

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 8,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pr. Monat. Einziger in der Welt-Verlagsgesellschaft für 1894 unter Nr. 6219.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Bereinigungs- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1608.
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 7. Juli 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Quittung.

Im Monat Juni gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Allenwerder u. Umgegend, 17. hannoverscher Wahlkreis, von Genossen 11,25. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 300,— (darunter Gefangen, Gerechtigkeit 30,—; Feringebändiger 5,—; zwei durch Zeugenaussagen eines Gendarmen unschuldig beurtheilt 20,55; Statklub 13, G. S. 8,—). 3. Kreis 1000,—. 6. Kreis, Oranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen 600,—. 6. Kreis, Köpenicker Vorstadt 200,—. Berlin, diverse Beiträge: P. S. 50,—. A. S. 50,—. Dr. 2. A. 20,—. E. D. 3,—. Gesammelt auf einer rothen Hochzeit von Brandhagen 1,50. Feiler Kaskaden-Klee Nr. 26 4,25. Rother Buchbinder, Grünstraße 5,—. Sieberei Oranienstraße 9 4,40. Pfeiffer's Brotbäckerei, Brunnenstraße 1,50. Frankfurter 0,75. Von zwei Genossen 3,—. Von einem Nothen aus dem dunklen Münsterland 2,45. Stammgenossen bei Henschel, Alsbachstr. 4 8,—. Ungenannt 3,85. Ehemaliger Student 1,67. 1,—. Jugendbund 6,50. 400. im „Vorwärts“ 4,—. Vom Militär freigekommener Sozialdemokrat 2,—. Von Higel durch U. — Dr. 3,00. Breslau (Ost) 100,—. Breslau (West) 200,—. Bielefeld, Kornblume 5,—. Charlottenburg, Malerwerkstatt Riecke 11,50. Charlottenburg, von den Töpfern Spreestraße 1,50. Cronberg, von einer amerikanischen Auktion 4,50. Dornbusch, zwei zielbewusste Genossen vom Lande, 19. hannoverscher Kreis, 8,—. Dresden, durch B. zurück 12,—. Dresden, in dem Nürnberger Trichter 10,—. Elberfeld 300,—. Fallenberg (Oberchl.) 2,—. Fürstenaalbe, durch den Vertrauensmann 20,—. Fürstenaalbe, G. für einen Vortrag 3,—. Flensburg, durch den Vertrauensmann 50,—. Fallenstein i. B. 54,00. Furtwangen 12,—. Froburg 5,—. Gera (Neuß) 50,—. Hamburg, Rathhaus-Bau, Ueberich vom Kämmerl und Bier 30,—. Hamburg, rothe Geburtstagsfeier Steinbamm, Haus 1, 2. Etage, 5,—. Hamburg, St. Pauli, Ueberich vom Sparklub Einigkeit v. 1889 15,—. Hanau, aus dem Wahlkreis 100,—. Hainichen, S. B. 200,—. Hamburg, Bierprocente vom Großen Burstah durch Budde 15,—. Höchst a. M., Ueberich v. d. am 24. Juni abgehaltenen Volksfeier durch W. 2 30,—. Hamburg, bei einer Capler Geburtstagsfeier Gr. Theaterstr. 2,45. Königsberg, R. R. 10,—. Pichterfelde, Rischmann 2,66. Lothmen, gebrochener Tanzgelübde 1,50. L. B. 200,—. Lauenburg a. d. Elbe, rothes Nichtfest bei A. R. durch G. R. 3,60. München, von den Genossen 500,—. Mann im Mond 500,—. Mülhausen i. Elz, von den Genossen von M. und Umgegend, sowie von den Branten Mühlhausens 20,40. Nollan, Ueberich vom Biletverkauf 2,—. Nürnberg 300,—. Neudamm, zielbewusste Genossen 4,—. Offenbach, durch den Vertrauensmann 50,—. Offenbach, von den vereinigten G. 25,—. Offenbach i. B., von der Gesellschaft 8,— (darunter vom Regelsabend 2,30). Reimscheid-Haften, gef. am Polterabend eines Nothen 5,50. Rathenow,

durch D. 17,50. Stuttgart, aus Schwaben 100,—. Sagan, gef. von mehreren Genossen auf einem Spaziergang 2,80. Schönberg, amerik. Aktion 2,—. Sebnitz i. S., gesammelt durch W. F. 2,—. Wilmersdorf, von Bauarbeitern durch Schütte 10,—. Weimar, Grachen 10,—.

In der Quittung vom 12. Juni d. J. Nr. 188 des „Vorwärts“ sind unter den Berliner diversen Beiträgen unter „Ost“ fälschlich aufgeführt 50,—. Diese 50 M. gehören unter den vom 4. Berliner Wahlkreis (Osten) eingegangenen Beitrag von 500,—. Ferner fehlt in der gleichen Quittung bei dem aus Nieder-Schönweide eingegangenen Beitrag von 7,40 der Zusatz: von 5 Arbeitern, die den 1. Mai nicht feiern konnten.

Berlin, den 6. Juli 1894.

Für den Parteivorstand
A. Gerisch, Raybachstraße 9, 1 Treppe.

Reichs-Versicherungsamt, Arbeiter und Unfallversicherungs-Geschnovelle.

Unternehmer und Polizei sind die beiden Hauptmächte, die in der jetzigen Unfallversicherung die wichtigste Rolle spielen, wenn es gilt, den Arbeiter wegen eines Unfalles zu entschädigen. Der Unternehmer hat die Anzeigepflicht, wenn einem seiner eigenen Arbeiter etwas passiert ist. Vom Unternehmer wird angenommen, daß er dieser Pflicht in heller Menschenfreundlichkeit und Uneigennützigkeit stets pünktlich und richtig nachkommen wird. Natürlich — kein Kanakad wird ja in der Regel so väterlich für den Verunglückten sorgen, als gerade der Unternehmer! Deshalb darf der Unternehmer auch durch allzu große Eile bei solchen Unfallanzeigen nicht bedrückt werden. Er kann sich zwei Tage Zeit dazu nehmen, denn so arg werthvoll ist eine verunglückte Arbeitergesundheit nicht, und eine Entschädigung wird ja doch bloß gezahlt, wenn die Krankheit länger als 13 Wochen dauert. Die löbliche Polizei aber ist noch um einen Grad glimpflicher behandelt; eine Frist, innerhalb welcher sie den Unfall untersuchen soll, ist ihr überhaupt nicht vorgeschrieben. „Sobald wie möglich“ soll sie die Untersuchung vornehmen, d. h. wenn es ihr paßt. Daß inzwischen der Schauplatz des Unglücks meistens anders aussieht, als in der Stunde, in welcher der Unfall geschah, ist selbstverständlich. Ein Arzt oder technischer Sachverständiger von außerhalb des Kreises der Unfallversicherung wird bei dieser Untersuchung nicht zugezogen. Für den Verletzten „können an den Unter-

suchungsverhandlungen theilnehmen“ Bevollmächtigte seiner Krankenkasse, natürlich nicht der freien, sondern der Zwangs-Krankenkasse, aber man weiß nicht, in wie weit von diesem Rechte überhaupt Gebrauch gemacht wird. Auf Grund so mangelhafter Voruntersuchungen erfolgt dann die Feststellung der Unfallentschädigungen durch die Unter-n e h m e r im Vorstand oder in der Section der betreffenden Berufsgenossenschaft. Wenn kein Todesfall vorliegt, ist für diese Feststellung wieder keine andere Vorschrift da, als das berüchtigte „so bald wie möglich“, das schon so mancher Arbeiter an seinem Leibe gespürt hat. Ist die Feststellung der Unfallentschädigung ungerecht ausgefallen, was ja bei der Souveränität der Unternehmer nicht Wunder nehmen kann, so gab es bisher noch zwei Instanzen: die Berufung an das Schiedsgericht, in welchem ein Staatsbeamter als Vorsitzender mit zwei Unternehmern stets die Mehrheit gegen die beiden zahnlosen Arbeitervertreter besitzen, welche aus den Zwangsklassen indirekt und hundertfach gewählt sind, sowie schließlich den Rekurs an das Reichs-Versicherungsamt, der einzigen Stelle, an welcher die Unternehmer keinen direkten Einfluß mehr haben. Auf diesem ungeheuerlich gewundenen Wege kam der verunglückte Arbeiter bisher nach Jahr und Tag zu seinem „Rechte“ bei den Unternehmern, denen die Verwaltung der ganzen Unfallversicherung übertragen ist. Sein letzter Trost blieb immer noch das einigermaßen unabhängige Reichs-Versicherungsamt als oberste Instanz. Und deshalb ist es wiederum so außerordentlich bezeichnend für den seit Kurzem vorliegenden „Verbesserungs-Entwurf“ der Regierung zum Unfallgesetze, daß an diesem ungeheuerlichen Verfahren in den unteren, den Arbeitern ungünstigen Instanzen so gut wie Nichts geändert, dafür aber die oberste, bis jetzt noch am humansten denkende Beschwerdestelle abge-schnitten werden soll. Es geht eben nichts über die Arbeiterfreundlichkeit unserer Regierung!

Die Begründung dieser „Reform“ ist von klassischer Einfachheit; sieht man näher zu, so muß man fast an freivolles Spott auf Kosten der Arbeiter glauben. Der Rekurs an das Reichs-Versicherungsamt, dessen Entscheidungen den Unternehmern längst ein Dorn im Auge waren, soll nicht mehr zulässig sein, weil dieses Amt dringend der „Entlastung“ bedürfe. Das mag sein — damit ist doch aber entfernt noch nicht gesagt, daß die Entlastung

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Ich bin schon zu Ende“, versetzte der Bauer: die Frau wurde gestohlen, und ich lief heim, ohne zu wissen, wo sie hingekommen. Einer von den Teufelsburschen hat mich gejagt wie einen Hasen, und Willbild mich noch oben-dreien ausgescholten. Und da die Frau nicht wiederkam in den nächsten Tagen, und keine Kunde von hier aus, so redete meine liebe Willbild zu mir: „Morgen, Paul, nimmst Du das Nägglein im Korbe mit Dir, und trägst es zu Frau Margarethen, denn die Mutter, fürchte ich, ist dahin, und ich könnte nicht ruhig sterben, wenn das Kind nicht versorgt wäre. Sage der ehrlichen Frau, sie soll mir nicht böse sein; allein ich mußte reden, um unser beider Seelenheil, und daß der alte Herr nicht fernher betrogen sei.“ — „Hörst Du, alter Thor?“ fragte Diether lautstehend in sich hinein: — „Weiter, Paul!“ — „Laß Dich aber nicht vom Herrn erwischen, sagte das gute Weib ferner.“ fuhr Paul fort: „es könnte mit diesem Kinde auch einen Haken haben, wie mit dem Johannes, und zu viel Verdruß auf einmal, wie man dem lieben Herrn nicht machen.“ — „Schweig!“ herrschte Diether dem Erzähler zu, welcher erschrocken zusammenfuhr. Aus seinem Munde will ich nicht wissen, was noch zurück ist. Laß das Kind hier und packe Dich, so lieb Dir Dein Leben ist, schnell aus der Stadt in die Heimath. Mit Dir, Du Tölpel, habe ich nichts zu schaffen. Aber Willbild soll kommen; übermorgen soll sie hier sein, oder es schwer bereuen. Hinweg!“ — „Na, na,

lieber Freund“, sprach Paul begütigend, „ich will's wohl anrichten, und die arme Willbild wird freilich kommen, wenn sie kann. Aber...“ hier fragte er sich wieder hinter den Ohren — „es ist ein kühlich Ding.“ — „Wieso?“ fragte Diether streng. — „Das arme Weib wird wohl gestorben sein“, versetzte Paul weinerlich: „der Pfaffe gab ihr, da ich heute früh aufbrach, nur zwei Stunden noch zu leben.“ — „Versucht!“ zürnte Diether dumpf, und setzte das Kind nieder. — „Wenn Ihr jedoch ein vertrauter Freund des Herrn wart, wie der ehrlichen Frau“, fuhr Paul fort, „so wollte ich Euch wohl ein Brieflein für denselben zustellen.“ — „Das Bekenntniß meiner Schande!“ seufzte Diether für sich, und griff fester nach dem Zettel, den ihm der Bauer reichte. „Ein verdorbener Mann gab ihn mir, da ich Moorweiler verlieb“, setzte dieser hinzu: „er mag wohl seine Ursachen haben, warum er ihn nicht selbst überbringt.“

Diether öffnete bedächtig den Zettel, und las zu seiner Verwunderung ganz andere Worte, als er vermuthet hatte. Es standen darin folgende: „Wisset, Schöff und Rathsherr, Diether Frosch, daß ein Freund seine Ehre bewahrt will haben, und Euch verrathen, an welchem Ort sich befindet Eure Tochter Wallrade. So Ihr am Tage da der nächste Vollmond eintritt, zur ersten Stunde der Nacht Euch wollt einfinden an dem Feld- und Dammseine, das Sprünglein genannt, unsern von Bergen, und mitbringen wollt einen Sack mit vierhundert Mark löthigen Silbers, sollt Ihr alles wissen, und erfahren, wie Ihr wieder zu Eurer Tochter gelangen könnt. Kommt allein, sonder Gefährte, sonst sucht Euch der rothe Hahn dabei. Ich bin der Niemand.“ — „Mit finster gerunzelter Stirne sah Diether von dem Zettel zum Boten auf; lechterer hatte aber für gut gefunden, sich — einem Umwetter vorzubeugen — aus dem Staube zu machen. Diether rief seinen Leibdiener herbei. Der Mensch wollte jedoch nichts von dem Bauern gesehen haben. — „Gut!“ sprach Diether unwirsch, da sein Auge wieder auf

das Kind fiel, das still und furchtsam in der Ecke saß, ist meiner Tochter Knecht noch nicht heimgelehrt von dem Streifzuge des Jungheern?“ Der Diener verneinte. — „Liegt die Magd noch krank?“ fuhr der Hausherr fort. — „Nicht berichtet, daß seit dem gestrigen Tage das Fieber nachgelassen habe, das von dem Schrecken des Ueberfalls ergeht, die Dirne bisher außer Stand geschickt hatte, außer dem Bette zu bleiben, und Antwort auf die ihr vorgelegten Fragen zu ertheilen. Diether befahl, die Jose herauszusenden. Ueberlegend ging er auf und nieder. „Soll ich denn von der Magd erfahren, was mein Blut jetzt schon siedend macht? was mir jetzt schon klar wie der Tag ist?“ fragte er endlich: „Rein! Diether.“ — antwortete er entschlossen; — „nein, sei Du gerade, bleibe Du redlich, wenn Dich auch der hinterlistige Verath umgiebt, Schirme, so viel als möglich, die Ehre Deines Namens.“

Er führte das Kind in die Kammer, und unmittelbar darauf trat die Jose Wallradens, eine hübsche, etwas blasse Dirne zu ihm ins Gemach, gewärtig, seine Befehle zu empfangen.

„Du bist eine feine Magd“, begann Diether ernst, „Deine Gebieterin schmachtet in arger Hast, und Du denkst nicht einmal an das Kind, das sie hilflos zurückgelassen?“ „Ihr Kind?“ entgegnete die Dirne betroffen, und ihr Angesicht wurde blutroth: „Ach, gestrenger Herr, Ihr wißt...?“ — „Wie sollt ich nicht?“ fragte Diether mit scheinbarer Unbefangenheit entgegen, obwohl die Bestätigung von Pauls Bericht sein Herz durchschneit: „Unverzeihlich ist es von Euch, zugegeben zu haben...“ — „Ach Herr“, seufzte das Mädchen ängstlich: „Vergebt uns. Der Diener muß gehorchen und schweigen, so die Herrschaft besteht. Und da es Gott so gut gemacht hatte mit dem Kleinen, ... in welchen Händen konnten wir das Kind lieber sehen...?“ — „Als in Willbildens Hütte bei der Sterbenden?“ unterbrach sie Diether rasch: „Unverzeihliches Beginnen der Mutter und der Pfleger! und mir ein Geheimniß aus dem

zum Schaden der Arbeiter herbeigeführt werden muß. Man stelle einfach ein paar Rente mehr an — dann ist die Ueberlastung beseitigt, ohne daß die Versicherten darunter zu leiden haben. Mit diesem „Grunde“ ist es also nichts. Ebensonenig stichhaltig erscheint die allerdings nur verschämte auslauchende Andeutung, als ob die Arbeiter frivol von dem Refus an das Reichs-Versicherungsamt Gebrauch machen. Es heißt hierüber in den Motiven zur erwähnten Unfallversicherungsgesetz-Novelle:

„Das bisher zugelassene Rechtsmittel des Refus hatte im Jahre 1892 in 1812 von 9244 Fällen, mithin in 55,8 pCt. aller Fälle ausschließlich Streitigkeiten über die tatsächlichen Fragen zum Gegenstande, ob ein Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit oder welcher Grad der letzteren anzunehmen sei. Dabei handelt es sich meist lediglich darum, ob aus tatsächlichen Gründen einige Prozente der Vollrente mehr zu gewähren, oder die Rente nach einem etwas höheren Lohne zu bemessen, und demgemäß die Beiträge der Rente etwas höher anzunehmen seien, als vom Schiedsgericht festgestellt war. Es ist offenbar ein Uebelstand, wenn die letzten Instanzen sich mit einer Reihe derartiger Entscheidungen befassen müssen.“

Die Sprache der Bureaucratie in dieser Motivensstelle ist deutlich! „Einige Prozente der Vollrente mehr“ — „Renten nach einem etwas höheren Lohne“ — „derartige“ Dinge erscheinen dem Verfasser des Entwurfes so unwesentlich und unerheblich, daß er nicht begreifen kann, wie Arbeiter ihre Wege bis in die höchste Instanz gehen. Woher sollte auch ein in der Wolle stehender Geheimrath den Werth von „Renten nach etwas höherem Lohne“ für einen verunglückten Arbeiter zu schätzen wissen. Daß ein solches Opfer des Kapitalismus mit Pfennigen in der Woche zu rechnen hat, bleibt dem Bureaucrat auch ewig unverständlich. Daher die empörende Gleichgültigkeit gegen die Interessen der Arbeiter auch an diesem Punkte, daher der amtliche Widerwillen gegen die Befassung mit „derartigen“ Dingen. Den Geheimrath schaudert, wenn er daran denkt, daß er in 56 pCt. aller Fälle über eine andere Meinung des Verunglückten bezüglich Kleinlicher, tatsächlicher Fragen, die für den Arbeiter freilich von entscheidender Bedeutung sind, weiter zu befinden haben soll. In wie vielen Fällen aber die Arbeiterbeschwerden vollberechtigt waren, das wird nicht mitgeteilt. Und das ist doch das einzig Entscheidende. Würde der Entwurf den Beweis haben erbringen können, daß die Refuse an das Reichs-Versicherungsamt von den Arbeitern frivol eingelegt würden, so fehlte dieser Beweis in den Motiven sicher nicht. Er fehlt aber, und schon daraus ist zu schließen, daß er nicht erbracht werden kann. Die Refuse an das Reichs-Versicherungsamt sind gerade bei der verfehlten berufsgenossenschaftlichen Organisation unentbehrlich auch zur Feststellung tatsächlicher Unrichtigkeiten in den Vorinstanzen, nicht bloß zur Austragung juristischer Kniffeleien, an denen hauptsächlich die Unternehmer ein Interesse haben, und es ist geradezu ein Schlag ins Gesicht der Versicherten, nicht bloß die Unternehmerorganisation der Unfallversicherung beibehalten zu wollen, was wir in unserem ersten Artikel ausführlich besprochen haben, sondern auch außerdem noch das letzte Hilfsmittel gegen die Ausschreitungen der Unternehmer gegen die Versicherten zu entfernen.

Das Zugeständniß, das man als Tauschobjekt für diese bewußte Benachteiligung der versicherten Arbeiter im Verfahren bietet, ist von lächerlicher Geringsfügigkeit. Es heißt hierüber in der Begründung zu § 57: „Von verschiedenen Seiten ist dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, daß die Stellung des Verletzten im Verfahren vor den Genossenschaftsorganen verschärft werden möchte. Bisher ist nur vorgesehene, daß die Unterlagen für die Festsetzung der Entschädigung dem Verletzten zur Verfügung zuzustellen sind. Es erscheint zweckmäßig, ihm darüber hinaus das Recht zu geben, seinen Anspruch vor dem Feststellungsorgan mündlich zu vertreten. Hierdurch gewinnt er eine wertvolle Garantie für die angemessene Behandlung seines Anspruchs, und wird die in erster Reihe wünschenswerthe Verschärfung über das Maß der Entschädigung gefördert werden. Schwierigkeiten, welche sich aus dem Umfange des Genossenschaftsbezirks ergeben sollten, kann durch Bestimmung von Ausschüssen (§ 57 des Gesetzes vom 6. Juli 1884) an verschiedenen Orten

des Genossenschaftsbezirks begegnet werden.“ Das klingt wunderbar arbeiterfreundlich. Schade nur, daß dieser schöne Klang lediglich durch eine Art Täuschung erzielt wird. Die neue „mündliche Vertretung“ des Arbeiters wird vor den Genossenschaftsvorstand oder seine Unterorgane gewiesen, und beide Stellen bestehen lediglich aus Unternehmern. Was machen sich diese aus der schönsten „mündlichen Vertretung“ des Arbeiters? Außerdem verschweigt die Begründung, daß die mündliche Vertretung nicht etwa stattfinden muß, wenn das Verfahren nicht ungünstig sein soll, sondern daß sie nur stattfinden kann — wenn der Arbeiter sie extra beantragt! Wird der Antrag versäumt, so bleibt es beim Alten. Und schließlich verrät die Begründung noch den Pferdesuß der angeblich so arbeiterfreundlichen Neuerung, der sich selbst für den Fall zeigen wird, daß von ihr auf dem Wege rechtzeitigen Antrages immer Gebrauch zu machen versucht werden sollte: „der Umfang des Genossenschaftsbezirks“, d. h. die Entfernungen des Arbeiters von dem Sitz des Feststellungsorgans mindert ihm vollends das „mündliche Vertretungsrecht“ noch praktisch aus den Händen, und es bleibt von Allem nichts übrig, als die sehr fühlbare Beschneidung des Berufsrechtes beim Reichs-Versicherungsamt.

So versucht der Regierungsentwurf nicht bloß die Beibehaltung, sondern sogar noch die Verschlechterung der verfehlten berufsgenossenschaftlichen Organisation der Unfallversicherung zum speziellen Schaden der Arbeiter. Es ist thöricht, als hätten unsere Machthaber zum Schaden auch noch den Spott fügen wollen. Und das alles unter der Firma „Arbeiter wohlthätigkeit!“ Das heißt jetzt: *F a h r t w o h l*, ihr letzten Illusionen, die sich noch jemand über diese Sorte preussisch-deutscher Arbeiterversicherung gemacht hat.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Juli.

Anarchisten und Sozialdemokraten in einen Topf zu werfen, ist das eifrigste Bemühen unserer nach Ausnahmesehen lüsternden Gegner, so vor allem der großen Schlotbarone, der Stumm, Krupp, Hammacher, Möller und ihrer Organe wie z. B. der „Post“ und der „National-Zeitung“. Gestern hatten wir eine derartige Verdächtigung der „Post“ zurückzuweisen, deren Replik wir in der nächsten Notiz gebührend abfertigen. Heute tritt die „National-Zeitung“, in die Fußstapfen der „Post“. Auf ihr albernes Gerede, womit sie beweisen will, daß Sozialismus und Anarchismus mehr oder minder identisch sind, einzugehen, lohnt nicht, da jeder, der die wissenschaftliche und agitatorische Literatur der Sozialdemokratie, ihre Neuerungen in parlamentarischen Körperschaften, in Versammlungen und der Presse verfolgt hat, der nur etwas von der Taktik des Anarchismus erfahren hat, wissen muß, daß Anarchismus und Sozialdemokratie sich wie Feuer zu Wasser verhalten. Doch was scheert dies die Lügenbrut, die schon mehr gegen besseres Wissen behauptet hat und der es nicht auf die Wahrheit, sondern auf die Sicherung der schrankenlosen Ausbeutung ankommt, die nach der Meinung der ewig Blinden durch brutale Ausnahmesehe gegen die Sozialdemokratie gesichert wird.

Die geistige und sittliche Ohnmacht der Reaktionäre tritt recht sinnfällig in dem stetig lauter werdenden Geschrei nach neuen Unterdrückungsmahregeln zu Tage. Die würdige „Post“, in der ganzen Meute die lauteste Kläfferin, sucht die Thatsache, daß sie von uns auf einer strengen Lüge ertappt wurde, durch ein spaltenlanges Gezeiter über die Sozialdemokratie zu vertuschen, indem sie allerhand Angriffe gleichgesinnter Reptilblätter, des „Hannoverschen Courier“, des „Volk“, der „Hamburger Nachrichten“ auf einen Haufen zusammenträgt. Besonders geschmackvoll ist das Organ des ehemaligen Reichsanzlegers, der zunächst die Anarchisten mit der indischen Mörderfeste der Thugs in Vergleich stellt und dann mit dem bekannten Kunstgriff die Sozialdemokratie als „Nährboden des Anarchismus“ für dessen Treiben mitverantwortlich macht.

Die „Post“ selbst kommt wieder mit direkten Vorschlägen für ein Ausnahmesehe heraus. Jetzt ist es ihr

schon nicht mehr genug, die Agitation und die Agitatoren zu treffen, sie empfiehlt schlanweg das Press-, Vereins- und Versammlungsrecht der polizeilichen Maßregelung, schreibt aber weiter: „Es mag dazu noch ergänzend an Schutzmaßregeln gegen Mißbrauch des Koalitionsrechts und des Boykotts, und zwar auch hier mit der Spitze nicht gegen die Verführten, sondern gegen die Heher erinnert werden.“

Das ist ja schon ein ganz beträchtliches Programm für die neue Staatskreterei.

Den sächsischen Konservativen scheint der Uebereifer ihrer Regierung gegen die Sozialdemokratie noch immer nicht zu genügen. Der konservative Verein zu Dresden hat nämlich am 8. Juli eine „Petition, betreffend Abwehrmaßregeln gegen die Sozialdemokratie, Aenderung des Pressgesetzes und der Gewerbe-Ordnung“, beschlossen.

Aus den Wünschen unserer gemiedlichen Freunde haben wir die Bitte hervor, daß der Versuch zu einer Auforderung zum Boykott mit Gesandniß befrachtet werden soll; ferner wird behauptet, daß Monarchie und Religion gegen Angriffe noch immer zu wenig geschützt sind, daß unser Pressgesetz noch immer zu freibeitlich ist; die Herren fordern u. a. das Verbot des Weitererscheinens von Zeitungen, die zweimal im Jahre verurtheilt wurden. Wir können uns eines Urtheils enthalten, da doch selbst der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ eine Nachprüfung dieser von ihr zum Theil als zweischneidig bezeichneten Vorschläge nötig erscheint.

Die Vogel-Straußpolitik wird selbst von der sonst vernünftig redigirten „Kreuz-Zeitung“ der Sozialdemokratie gegenüber nicht verschmäht; das feudale Blatt triumphirt wieder, daß die Sozialdemokratie keine Fortschritte auf dem Lande macht und beruft sich dabei auf die Aeußerung eines Liegnitzer Genossen. Es ist doch merkwürdig, daß dieser Aeußerung mehr Gewicht beigelegt wird, als den fünf Stichwahlen in Mecklenburg, den Stichwahlen in Pommern, dem Wahlsiege in Pinneberg-Elmsborn u. a. Wir gönnen der „Kreuz-Zeitung“ den billigen Trost.

Deutsche Berufsstatistik. Am 1. Dezember nächsten Jahres wird wieder eine allgemeine Volkszählung in Deutschland vorgenommen werden müssen. Die Volkszählung von 1890 sollte bekanntlich dazu benutzt werden, um in Verbindung mit ihr eine Gewerbezählung vorzunehmen. Inzwischen hat sich das Bedürfnis nach der Schaffung einer Berufsstatistik, welche über die seit 5. Juni 1882 außerordentlich veränderten Verhältnisse des deutschen Erwerbslebens authentischen Aufschluß zu geben bestimmt ist, noch gesteigert. Es soll deshalb, wie die hochhoffizösen „Berliner Politischen Nachrichten“ melden, der Plan bestehen, an die Volkszählung von 1895 eine Gewerbezählung zu knüpfen. Eine recht frühzeitige Inangriffnahme der Vorbereitung der Zählungen ist dafür die unerlässliche Voraussetzung. Man wird deshalb gut thun, diesmal die Vorbereitungen für die Doppelzählung so frühzeitig als möglich einzuleiten. Ein Jahr ist dafür ein durchaus nicht zu langer Zeitraum.

Wir erwarten, daß die breiteste Oeffentlichkeit zur Besprechung der Fragebogen herangezogen wird. Wie nötig dies ist, beweisen die in der Einleitung zu der eben vom eidg. Statistischen Amte veröffentlichten Berufsstatistik abgedruckten Korrespondenzen über einzelne gestellte Fragen. Oeffentlich werden die bei den letzten österreichischen und schweizerischen Berufsstatistiken gemachten Erfahrungen auch voll ausgenutzt, und Erhebungen über die Arbeitslosigkeit, wie über gelernten und ausgebildeten Beruf bei dieser Gelegenheit gemacht. Wir wollen anlässlich des offiziellen Communiqués daran erinnern, daß der „Vorwärts“ das erste Blatt in der deutschen Presse war, das, und zwar wiederholt, die Behörden daran erinnerte, wie nothwendig eine Wiederholung der vor mehr als 12 Jahren aufgenommenen Berufsstatistik ist. Während zwischen der Gewerbezählung vom 1. Dezember 1875 und der Berufsstatistik vom 5. Juni 1882 bloß 6 1/2 Jahre verfloßen sind, hat man in einer Zeit eifrigster Beschäftigung mit sozialen

zu machen, was ich wollte, blieb das arme Kind verwahrloßt zurück!“ — Die Magd wollte reden. — „Rein Wort: bei meinem Jörn!“ — fuhr Diether auf: „Ich sehe hell und brauche Euer Deuteln nicht. Hier ist das Kind“ — er führte das Mädlein aus der Kammer. . . heute mag es noch bei Dir im Hause bleiben; ich mache Dir's jedoch zur Pflicht, von niemand es sehen zu lassen; vor meiner . . . vor Frau Margarethen am allerwenigsten. — Wo die Mutter nicht gern gesehen ist, wird das Kind verachtet; schaltete er bitter ein, und enbte mit dem Versprechen, der Jofe und dem Töchterlein mit dem nächsten Tage eine Zuflucht anzuweisen, in welcher sie bis zur Befreiung der Mutter zu verbleiben hätten. — Die Jofe schwieg gehorsam; in ihren Augen war jedoch ein gewisses Staunen nicht wohl zu verkennen, da Diether ihr das Mädlein hinreichte, das sich mit dem Schmeichelworte: „Ach, Du liebe Gunde!, Du bist da?“ an der Ertröthenden Brust schmiegte. „Sieh da, Agnes, Du hier?“ entgegnete der Mund der letzteren endlich, und nachdem sie noch einige Fragen des Altbürgers, die er, geistlich den Aufenthalt im Wiesbad und die Geschichte des Kindes umgebend, über einige Umstände des Raubes auf der Heerstraße an sie richtete, beantwortet hatte, ging sie stille und demüthig mit der müden Agnes hinweg.

Diether sah lange da, und konnte des Grollens in seiner verwundeten Brust nicht Herr werden. Der Groll wich endlich auf kurze Weile, und ein unsäglicher Schmerz trat für ihn ein. Der Gedanke, von Weib und Sohn sich verrathen, von der tugendhaft geglaubten Wollrabe entehrt zu sehen, presste dem alten Manne dicke Tropfen der innersten Marter aus den Augen, und in solcher Niedergeschlagenheit fand ihn der Oberstrichter, welcher plötzlich in dem Gemache erschien. Der Eintritt desselben machte keinen unangenehmen Eindruck auf den Leidenden. In einer nicht unbedeutenden Reihe von Jahren durch die Geschäfte des Kriegs und des Friedens verbunden, hatten sich beide einander freundschaftlich genähert, ohne innige Freunde geworden zu sein. Der Oberstrichter, dessen größter Fehler ein Jähzorn war, leicht zu werden, schwer zu besänftigen, hatte keinen Grund gehabt, Diethern gehässig zu sein, und dieses letzteren Mißtrauen, von des höflichen Schultheißens Bewerbungen um Margarethen's Gunst aufgereizt, hatte den für Frauen nicht empfänglichen Oberstrichter unver-

wehrt dann und wann das Haus besuchen lassen. Sogar der verdriessliche Austritt mit Dagobert auf Limpurg hatte Diether nicht von dem Richter entfernt, obgleich der letztere unverhohlen auf des Schultheißens Seite gewesen. Gewohnheit hatte sie, die beide gegen Dagobert grollten, zusammen gehalten. Auch heute reichte Diether dem Gaste die Hand zur stummen Begrüßung. — „Gott walte im Hause!“ sprach der Oberstrichter: „Vergelt, Alter, daß ich einbreche wie ein Rundscharfer. Von Eurer Wallrade ist noch keine Spur zu finden, und der Stadthauptmann in Verzeihung, Euch nicht kräftiger dienen zu können. Die Aussagen des Knechtes reichen nicht hin, und nicht die der Jofe, wie ich vernehme. Beide wissen nur, daß die Beste, in welche man sie geschleppt, weit von hier liegen muß, und aussteht, wie ein jedes Schloß im Innern auszuheben pflegt. Man muß von der Zeit erwarten, was sich jeho nicht fördern mag. Ein ander Geschäft bringt mich hierher. Ich suche Vollbrecht, Eures Sohnes Knecht. Sein ehemaliger Herr ist in den Handel des Juden verwickelt, und am Ende weiß der Knecht mehr davon, als wir alle.“ — „Vollbrecht ist mit Dagobert auf die Streife gezogen“, erläuterte der Altbürger. — „Um!“ brummte der Oberstrichter, „da werden wohl beide nimmer heimkehren. Eurem Sohne ist schwerlich ernst, die Schwester aufzusuchen, deren Gefängniß ihm bekannt genug sein mag. Und das böse Gewissen wird schon das Uebrige thun. Ich bedaure Euch, alter Freund, Ihr habt keine Freude an dem Erben Eures Namens, denn . . . was den Johannes betrifft . . .“ — „Schweig, um's Himmels willen.“ unterbrach ihn Diether, „Schmerz und Jörn zer Sprengen mein Herz. Nicht der leiseste Zweifel bleibt mehr. Dies sei Euch genug. Mein lasterhaftes Weib ist aus meiner Liebe gestoben, wie ich es schon aus meinen Armen stieß.“ — „Und dennoch wollt Ihr nicht glauben, was die ganze Stadt glaubt;“ erinnerte der Oberstrichter: „das Laster geht riesengroß einher, sobald man es nicht im Wachsthum tödtet. Glaubt mir, Ben David wollte Euch erwürgen; Ben David wurde dafür von Margarethen gebunden. Schüttelt nicht das Haupt. Die Zeit trifft zusammen. Gittel, Euer Knecht, glaubt in jenem Manne, der bei Nachtzeit aus dem Hause schlich, den mit Geld beladenen Juden entbedt zu haben. Dagobert hatte dazumal schon den Freibrief von dem Papste erwiekt; Dagobert sollte zurückkehren.

Gatte und Vater war im Wege.“ — „O, daß ich es glauben muß!“ seufzte Diether trübsel: „aber, hörten meine Ohren nicht selbst, wie die Sänderin ihrem Duhlen die Rettung des Juden so dringend empfahl? Warum, wenn nicht . . .?“ — „Hört ferner,“ fuhr der Oberstrichter fort: „In unserem Thurm liegt ein junger Bube, ein angehender Helfershelfer der Blutgasser; ein Begehring des Webergesellen von Bonames. Ein einzig Mal ist der Bube in der Mörder Genossenschaft gekommen, ohne, wie er schwört — einen einzigen derselben zu kennen, noch den Ort wieder bezeichnen zu können, an den er damals in einer Schneenacht geführt worden. In jenem Nordwintel jedoch, behauptet er, gehört zu haben, daß ein Ritter mit dem Juden einen Handel abgeschlossen, Euch aus der Welt zu schaffen; um zehn Pfund Heller, glaubt er, seiet Ihr verkauft worden.“ — „O der Niederträchtigkeit!“ rief Diether empört. „Und dieser Ritter . . .?“ — „Dagobert, oder Euer Schwager von Leuenburg,“ antwortete der Freund achselzuckend. — „Schändlich!“ jammerte der trübselige Vater. „Ich bin preisgegeben dem abscheulichsten Mordelord, und weiß es nicht, in welcher Hand der Dolch mich bedroht.“ — „Das Mittel, hell zu sehen,“ fuhr der Oberstrichter fort, „wäre, der Anklage freien Lauf zu geben, die ich gegen Euer Weib verhängen will, und die das Geständniß des Juden bekräftigen muß. Die Wahrheit muß alsdann durch Gottes Fürsicht an den Tag kommen.“ — „Nimmermehr!“ erklärte Diether mit schneller Fassung: „nicht also beschimpfe ich selbst mein Haus. Das Weib, das ich einst liebte, sollte ich der öffentlichen Schande preisgeben, einem schmachvollen Tode überliefern? Nein! ich will nicht klagen, und verbiete Euch, es zu thun. Ich werde die Sänderin von mir entfernen, aber als eine letzte Gnade empfangen sie ihr Leben von mir.“ — „Ihr seid die Milde selbst,“ ärgerte der Oberstrichter: „ich weiß jedoch nicht, ob ich Eurer Barmherzigkeit werde willfahren können. Des Schultheißens Befehl dürfte . . .“ — „Der Schultheiß wird nicht als Kläger auftreten können, so lange ich schweige,“ versetzte Diether heftig. — „Wohl und recht,“ sprach der andere noch einer Weile: „erlaubt jedoch, daß ich Euch auf meine Pflicht aufmerksam mache, die Ihr — bösslich, will ich nicht glauben — aber lässig zu übersehen scheint.“ (Fortsetzung folgt.)

Fragen den doppelten Zeitraum verstreichen lassen, bevor man an eine neue Berufsstatistik dachte.

Auch ein Zeichen für den Ernst, mit dem man bei unseren amtlichen Stellen Sozialpolitik macht!

Zur Tabakengründe theilt die „Neue Badische Landeszeitung“ ein Schreiben mit, welches die großherzoglichen Bezirksämter an die Bürgermeisterien richteten. Dasselbe lautet:

„Das Reichs-Schatzamt wünscht über die Zahl der im Lande bestehenden Tabakfabrikationsbetriebe, die Menge der darin hergestellten Fabrikate und die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter eine Uebersicht zu gewinnen. Zu diesem Zweck erhalten Sie für jeden Betrieb zwei Fragebogen übersandt. Sie werden beauftragt, diese Bogen sofort an die betreffenden Betriebsunternehmer zu verteilen und dieselben zu veranlassen, die Bogen umgehend auszufüllen und zurückzugeben. Bis längstens 15. Juli d. J. sind je ein Exemplar der auszufüllenden Fragebogen einzusenden.“

Ein Mißbrauch mit der Institution der Fabrik-Inspektion ist es, wenn einer der Beamten derselben mit den lediglich zu steuerpolitischen Zwecken vorgenommenen Erhebungen über die Tabakindustrie beauftragt wird. Das Mißtrauen der Unternehmer wie der Arbeiter gegen die Fabrikinspektion, die vollständig unparteiisch sein soll, ist ohnedies schon groß genug, als daß es klug erscheinen könnte, sie mit so gefäßigen Aufgaben auch noch zu betrauen.

Es sagt. Selbst die „Preussischen Jahrbücher“ können sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen, daß unser Steuerwesen einschließlich der Steuerreform sich auf der Vorzugung der Besitzenden auf Kosten der Gesamtheit aufbaut. Sie tritt entschieden für die Konversion der vierprozentigen Anleihen ein. Preußen hat 8600, Bayern 1800 Millionen, das Deutsche Reich 450 Millionen solcher Anleihen. Die Umwandlung derselben in 3 1/2 prozentige würde allein den beiden Staaten und dem Reiche eine Ersparnis von fast 28 Millionen oder die Zinsen von einer 3 1/2 prozentigen Anleihe von mehr als 800 Millionen ergeben. Die 3 1/2 prozentigen Konfols stehen auf 102-103, ein Zeichen, daß dieser Zinsfuß hinreichende Anlockungskraft für das Kapital hat. Dadurch, daß die Staatsanleihen den Zinsfuß künstlich erhöhen, wird auch der allgemeine Zinsfuß erhöht. Die Jahrbücher weisen die Absurdität der Behauptung nach, daß das Kapital im Falle der Zinsenherabsetzung sich nach dem Auslande ziehen werde und behaupten die auffallende (?) Haltung der national-liberalen Presse in dieser Frage. So schreibt die „Münchener Allgemeine Zeitung“:

Die Rücksicht auf die Besitzlosen, die ja in unserer ganzen Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts eine so große Rolle spielt, kann für diese Frage nicht in Betracht kommen. Dieselben haben allerdings kein Interesse daran, ob der Zinsfuß 4 oder 3 1/2 pCt. beträgt, sie tragen weder in dem einen, noch in dem anderen Falle bei, da sie keine Steuern zu zahlen haben.

Man denke, rufen die Jahrbücher dieser Bemerkung gegenüber aus:

Wir besteuern das Salz, das Petroleum, den Reis, den Kaffee, den Branntwein, das Bier, und die „Münchener Allgemeine Zeitung“ druckt, die Besitzlosen zahlen bei uns keine Steuern!

Diese Steuern mögen notwendig sein, weil wir dringende Bedürfnisse hätten, die ohne sie nicht zu decken seien, aber es mühet die Jahrbücher doch hart an, daß sie dazu dienen sollen, den Reutenbesitzern eine freiwillige Zulage zu bezahlen.

Gegenüber solchen Zumuthungen, können die Jahrbücher sich nicht über den schon oft gehörten Satz wundern: „Die Sozialdemokraten haben in vielen Dingen ganz einfach recht“, und sprechen es offen aus:

Sie haben recht darin, daß unsere bestehenden Klassen die Herrschaft, die sie ausüben, häufig mißbrauchen zu Gunsten ihrer eigenen materiellen Interessen. Die „National-liberale Korrespondenz“ fürchtete die „Erbitterung“ der Klassen, denen der weitere Gewinn des halben Prozents entzogen werden soll — wir fürchten mehr die Erbitterung der Klassen, die gezwungen werden sollen, den Reutenbesitzern fort und fort diese durch nichts gerechtfertigte Abgabe zu entrichten.

So die „Preussischen Jahrbücher“ — ihre Stimme wird freilich in den Bourgeoispartei ungehört verhallen, sie wird eben eine Stimme in der Wüste bleiben.

Gegen die königlich preussische Orthographie wendet sich der Landesverein preussischer Volksschullehrer in einer Petition an den Kultusminister. In den Namen des Herrn v. Puttkamer knüpft sich nicht nur die Blüthezeit der „Nicht-Gelehrten“, als deren Protektor er sich bewährte, und mit deren Hilfe er die Sozialdemokraten tödlich angriff, sondern auch die Kulturthat, eine neue Orthographie, die „Puttkamer'sche“, den Volksschulen zu oktroyieren. In jedem andern Lande tödtet die Lächerlichkeit. Bei uns her ist jedoch die Scheinheiligkeit, eine nur erhabte Potenz des Lächerlichen. Aber freilich, so wenig Herr v. Puttkamer die Sozialdemokratie zu tödten vermochte, so wenig konnte er seine Orthographie zur Anerkennung bringen. Den Volksschulen mochte er sie aufzwingen, aber sonst trägt kein Mensch nach ihr; sie ist den Bestgestellten etwas ebenso Fremdes, wie eine chinesische Grammatik. Keine Behörde, weder in Preußen noch im Reiche, richtet sich nach ihr; kein Schriftsteller wendet sie an, nicht einmal irgend ein offizielles oder sonst „gutgeheimes“ Blatt, „Reichs-Anzeiger“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, „Neue Zeitung“ und „Staatsbürger-Zeitung“ ignorieren sie vollständig. Den Kindern unserer Volksschule bleibt eine Rechtschreibung aufgegedrängt, die nirgends sonst gilt, so daß sie in den Schülern auch nicht Wurzel fassen kann. Und doch hat die Puttkamer'sche Orthographie für die Zukunft eine Bedeutung. Sie ist ein wichtiges Dokument in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte, und mag neben den andern Herrlichkeiten desselben, der altkatholischen Kirche, dem Sozialistengesetz, den Jüding-Mahlows u. s. w., noch der fernem Nachwelt Kunde geben von der Zeit, in welcher das deutsche Volk so erniedrigt war, daß man ihm alles bieten konnte.

Zum Kampf um die Erweiterung des Kommunalwahl-Bürgerrechts in Sittin wird uns, die bez. Notiz in unser Nr. 163 richtend, geschrieben, daß der Stadtverordnete Amelung, der einen Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechts gestellt hat, von uns mit dem reaktionären Bürgermeister Paalen verwechselt wurde, dessen Bemühungen die Nichtzustimmung des Magistrats zu den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung zu danken ist. Wir haben somit Herrn Amelung ob der Verwechslung mit dem Oberbürgermeister um Verzeihung zu bitten.

Oesterreichische Rechtspflege. Der Rukh der Prager Richter läßt die Triestiner nicht schlafen, sie haben nun einen Volksschüler (!) wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten schweren Kerkers verurtheilt.

Mit Dampf wird in Paris gegen die Anarchisten gearbeitet, hunderte von Verhaftungen werden gemeldet und sechs Untersuchungsrichter werden sich von heute ab ausschließlich mit der Untersuchung gegen die Anarchisten beschäftigen.

Nachwahl zum englischen Parlamente. Bei der Neuwahl eines Mitgliedes zum Unterhause in Uttercliffe, einem Stadttheile von Sheffield, an stelle Coleridge's (liberal) wurde Langley (liberal) mit 1486 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Unionisten erhielt 3495 Stimmen, der Arbeiterkandidat 1249 Stimmen.

Die Crispi'sche Schandwirthschaft in Sizilien findet selbst in der „National-Zeitung“ einen scharfen Kritiker. Einer palermitanischen Korrespondenz, die heute als Leitartikel von der „National-Zeitung“ veröffentlicht wird, entnehmen wir die folgenden Stellen, die doppelt bedeutungsvoll sind, weil sie sich in der für Crispi und alle Unterdrückungsmaßregeln begeisterten „National-Zeitung“ finden:

„Es sind nun bereits 6 Monate, daß in Sizilien der Belagerungszustand dauert, und in diesem halben Jahre ist nichts geschahen, um die verbitterten Gemüther zu beruhigen; man kann vielmehr, ohne Furcht, Zügen gestraft zu werden, behaupten, daß heute die Zustände in Sizilien schwieriger sind, als sie es vor 6 Monaten waren.“

Vor sechs Monaten war die öffentliche Meinung in Sizilien aufs äußerste erbittert gegen die Felice und Genossen; heute, dank dem Prozeß, habe ich diese öffentliche Meinung total umgewandelt gefunden. Die Leute, welche damals die Angeklagten verurtheilten, sind nun voller Mitleid für die Verurtheilten, deren Freunde schon begonnen haben, ihr Haupt wieder zu erheben, obwohl der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben ist. Die Zustände in den Schwefelgruben beginnen von neuem, und man spricht wiederum von neuen Drohungen der Bauern in jenen selben Gegenden, wo vor sechs Monaten die Unruhen stattfanden. Diese Symptome haben den General Morra aufgeschreckt, der in diesen Tagen sich verpflichtet glaubte, die Provinzen der Insel zu besuchen; aber dieser Besuch, abgesehen davon, daß er sehr spät erfolgt, war auch nur einer gleichsam im Vorüberfliegen. Der General hat die ganze Insel in wenigen Tagen durchkreuzt und es nicht einmal der Mühe werth gehalten, die Schwefelgruben und die Agrardistrikte zu besuchen, wo die größte Unzufriedenheit herrscht. Er hat sich darauf beschränkt, flüchtig die großen Städte zu besuchen und die unvermeidlichen offiziellen Bankette mit seiner Gegenwart zu beehren. Der General ist nun wohl dem Ende seiner schwierigen Aufgabe nahe. Sizilien kann nicht ewig unterm Belagerungszustand bleiben. Nach Vollendung der Arbeiten der Kriegsgesichte und nach Schluß des Parlaments wird die Regierung diesen aufheben müssen; dann erst wird man mit Händen greifen können, was man jetzt in Privatunterhaltungen über die Lage Siziliens erfährt. Bis jetzt kennt man offiziell nichts, als das lange Verzeichniß der von den Kriegsgesichten in Palermo, Caltanissetta und Messina Verurtheilten.“

Internationale Maßnahmen gegen die Anarchisten. Aus Rom wird telegraphirt:

Durch eine Pariser Zuschrift bestätigt es sich, daß ein offizieller Meinungsaustausch über internationale Maßnahmen gegen die Anarchisten bis jetzt noch nicht erfolgt ist.

Gegen Stambulow, der mit Polizei und Gerichten seine Gegner zu vernichten suchte, wenden jetzt seine aus Regierungsruber gelangten politischen Feinde dieselben Waffen an. Aus Sofia wird hierzu telegraphirt:

Der Redakteur der „Smoboda“, des Organs Stambulow's, ist wegen Verleumdung des Staatsanwalts in erster Instanz zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Das Blatt theilt mit, daß gegen seinen Redakteur noch mehrere andere Prozesse wegen Preßvergehen anhängig gemacht sind.

Der nordamerikanische Zolltarif ist mit der Annahme durch den Senat der Vereinigten Staaten noch nicht Geseh geworden, denn die Beschlüsse des Staatenshauses weichen in wesentlichen Punkten von denen der Repräsentantenkammer ab. Ob sich beide parlamentarische Körperschaften einigen können, und wie lange es dauern wird, bis diese eventuelle Einigung herbeigeführt ist, das kann niemand sagen, sicher ist aber, daß das gesammte Erwerbsleben der Vereinigten Staaten und auch aller nach denselben exportirenden Staaten, also auch Deutschlands, schon unter der Ungewißheit über die künftigen Zolltarifsätze leidet.

Der nordamerikanische Eisenbahnarbeiter-Streik scheint seinen Höhepunkt noch nicht erreicht zu haben. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und den aufgetretenen Truppen. Wir theilen im folgenden die heute eingetroffenen Depeschen aus Chicago mit:

Eine zahlreiche Volksmenge empfing den Bürgermeister und den Polizeichef, welche bemüht waren, einen Eisenbahngang abgehen zu lassen, mit Pfeisen. Die Eisenbahnbeamten, welche die Hindernisse von den Schienen beseitigten, wurden verhöhnt und ebenfalls mit Pfeisen empfangen. Die Behörden befehlen den Truppen, auf alle diejenigen Feuer zu geben, welche versuchen sollten, die Jäger auseinander zu lockeln. Die Streikenden brachten den Zug zum stehen. Der Lokomotivführer gab Revolverschüsse ab, wurde aber von der Polizei entworfen. Kurze Zeit darauf waren die Polizeibeamten genöthigt, auf die Streikenden Feuer zu geben; mehrere der letzteren wurden verwundet. Die Streikenden sind unbeschränkt Herren der Lage in Oakland; es wurden Militärtruppen nach der Stadt gefandt. In Sacramento weigerten sich die Truppen, vorzugehen, da ihnen der Marschall nicht gestatten wollte, auf die Menge, selbst wenn dies erforderlich, zu schießen. Der Streik in Indianapolis ist beendet.

Nachdem es zwischen den Regierungstruppen und den Unabhängigen zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen, setzten letztere viele Eisenbahnwaggons in Brand und zerstörten mehrere Verwaltungsgebäude der Eisenbahn und der Grubengesellschaften. 4000 Bergleute bemächtigten sich gewaltsam der Michigan-Grube.

Der Gouverneur von Illinois protestirte beim Präsidenten Cleveland gegen die Entsendung von Bundesstruppen nach dem Staate Illinois und ersuchte um sofortige Zurückberufung derselben. Cleveland erwiderte, die Anwesenheit der Truppen sei nöthig, um den Posidienst zu sichern. Die Gegenwart der Truppen löst den Unabhängigen keine Furcht ein. General Miles erklärte, daß die Proklamirung des Belagerungszustandes nöthig würde, wenn die gegenwärtige Lage andauern sollte. Gegen den Führer der Unabhängigen Debs ist ein Haftbefehl erlassen worden. Zahlreiche Schlägereien und Brände, die vorgekommen sind, werden (natürlich durch den Berichterstatter des „Wolff'schen Bureaus“) den Streikenden zugeschrieben.

Parteinachrichten.

Gelder zur Unterstützung der ausgesperrten Böttcher und Brauerei-Arbeiter ersuchen wir, um Verhörungen zu vermeiden, nicht an das Parteibureau zu adressiren; weder an den Kassirer Gerisch, noch an den Genossen Auex, der zur Zeit gar nicht in Berlin anwesend ist. Bediene man sich zu dem Zwecke der Adresse der Expedition des „Vorwärts“, womit der Vortheil der sofortigen Kontrolle durch die öffentliche Quittung gegeben ist.

Die für die Parteikasse bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse des Kassirers Albin Gerisch, Raybachstr. 9, 1, zu richten.

Ueber die Bekämpfung der Sozialdemokratie in Sachsen, speziell in Dresden, hatte kürzlich die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ eine auch von uns wiedergegebene Zusammenstellung veröffentlicht, in der alle Polizei- und Unterdrückungsmaßregeln registriert waren, die dort an der Tagesordnung sind. Dem Chemnitzer „Wobachter“ zufolge steht es in Chemnitz und im Erzgebirge dort noch bei weitem schlimmer.

Alle größeren Lokale, so heißt es dort, sind der Partei abgetrieben worden. In Chemnitz haben die Gegner es erreicht, daß, nachdem wir kaum „Stadt London“ erobert hatten, das Lokal uns wieder genommen wurde. In Chemnitz selbst haben wir, neben kleineren Lokalen, nur noch das „Schühnhaus“. In diesem dürfen aber seit geraumer Zeit keine öffentlichen Versammlungen mehr stattfinden, bis zu den vorhandenen Ausgängen noch ein weiterer Ausgang nach dem Garten geschaffen ist.

Zu den Versammlungen des sozialdemokratischen Vereins, welche in diesem Saale stattfinden, und die bei der Stärke der Mitgliederzahl sich eines stets großen Besuches seitens der Chemnitzer Arbeiter erfreuen, werden seit einiger Zeit durch die zahlreich aufgetretenen Schutzleute nur sozial Personen zugelassen, als sich setzen können. Stehende Personen werden nicht geduldet. Das natürlich stets mehr Zuhörer kommen als Stühle vorhanden sind, ist klar und so müssen stets viele Besucher umbleiben.

Mehrfach ist der Vorsitzende des Vereins, Genosse Karl Walsch, mit Geldstrafen belegt worden, weil sich Personen als Mitglieder hatten aufnehmen lassen, obwohl sie noch nicht 21 Jahre alt waren. Das geschah ohne Bewußtsein der Vorstandsmitglieder, die mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bei der Aufnahme verfahren, sich aber natürlich nicht schämen können, wenn Jemand über sein Alter unwahre Angaben macht. Veshin hat der Vorsitzende wiederum 100 Mark Geldstrafe erhalten, wodurch die Geldmittel des Vereins nahezu erschöpft sind.

Daß in Chemnitz die Partei unter das sächsische Vereinsgesetz gestellt und der Vertrauensmann Jenschner mit Geldstrafe belegt wurde, wissen unsere Genossen.

Daß in letzter Zeit verschiedene Versammlungen, in denen auswärtige Referenten sprechen sollten, der Person des Referenten wegen verboten wurden, ist ebenfalls bekannt.

Reichsausländer, welche in öffentlichen Versammlungen das Wort ergreifen und organisatorisch thätig waren (Vorreis) wurden ausgewiesen.

Bevollmächtigte von Gewerkschaften wurden polizeilich vernommen. Es herrscht in Parteikreisen die Meinung, daß auch ein Schlag gegen die Gewerkschaften geplant ist.

Um Chemnitz herum, sowie im Erzgebirge steht es mit der Lokalfrage gleich traurig aus. Im 21. Wahlkreise ist von den wenigen Lokalen wieder ein neuerdings verloren gegangen. Nun haben die Parteigenossen in den einzelnen Orten auf Grundstücken Versammlungen einberufen. Die Amtshauptmannschaft hat in letzter Zeit derartige Versammlungen verboten. Eine in Nieder-Rabenstein anberaumte Versammlung unter freiem Himmel wurde aus Sicherheits- und sittenpolizeilichen Gründen verboten. Darauf legte die Bestgerin eigens Aborte an und umgab das Grundstück längs des vorbeischießenden Bahns mit einer aus Holzplanen hergestellten Umzäunung. Nun wurde wiederum eine Versammlung einberufen, in welcher Genosse Rosenow über die wirtschaftliche Lage sprechen sollte. Die Versammlung wurde wieder verboten wegen Verkehrs- und feuerpolizeilicher Bedenken.

Arbeiter-Gesangvereine, die den Sozialistenmarfch und andere Lieder sangen, wurden unter das Vereinsgesetz gestellt.

Arbeiter-Turnvereine, die dem Turntag in Hohenstein beigewohnt hatten, wurden aufgelöst.

Natürlich werden alle diese Maßnahmen nicht im Stande sein, die Sozialdemokratie zu unterdrücken; diese Verfolgungswuth wird im Gegentheil nur dazu beitragen, der Partei immer mehr Anhänger zuzuführen.

Vom Brauereiboykott in Braunschweig. Auf ein Schreiben der dortigen Boykottkommission hat der Verein der Brauereibesitzer geantwortet, daß er mit einer Kommission, in der der Kolportagebuchhändler Kießling und der Brauer Joh. Müller vertreten sind, nicht verhandeln könne. Dagegen sei er gern bereit, mit irgend einer anderen Kommission, ohne diese Personen, über Aufhebung der Sperre, in Unterhandlung zu treten. Wodurch die Genannten den Jörn der Brauereibesitzer erregt haben, vermögen wir nicht zu sagen, jedenfalls aber haben die Genossen richtig gehandelt, indem sie sich öffentlich bereit erklärten aus der Kommission auszutreten, falls die Arbeiterschaft sie davon entbinde. Eine heute (Sonntag) stattfindende Vollversammlung wird darüber befinden, beschließt sie demgemäß, so stünde dann den Einigungsversuchen nichts mehr im Wege.

Von den Braunschweiger Saalbesitzern wird die „Landes-Zeitung“ beglückwünscht auch von uns abgedruckten Mittheilung darauf aufmerksam gemacht, daß die Absicht, ihre Säle nicht mehr zu sozialdemokratischen Veranstaltungen herzugeben, falls die Langbeschränkung aufgehoben werde, nicht bei ihnen bestehe. Ein dahin zielender Vorschlag sei „von anderer Seite“ gemacht worden.

Von der Agitation. Planmäßige Vertheilung an der Landagitation beschloß der Arbeiter-Wahlverein in Grimnitzschau.

Auch in dem „Schwarzesten Winkel“ Deutschlands, dem Kreise Niederbarnen, wird in nächster Zeit eine sozialdemokratische Parteikonferenz abgehalten werden. So gute Fortschritte hat dort der Sozialismus trotz aller Unterdrückungen der Schwarzen dort gemacht; die Konferenz soll nach Plattling einberufen werden. Die niederbarnischen Zentrumsblätter erheben bereits großes Geraus und beweisen dadurch, daß sie kräftige Gründe zu der Befürchtung haben, die niederbarnische Bevölkerung werde ihnen und ihren konfuzierten Hintermännern über kurz oder lang den Rücken kehren, wenn sie von den Sozialdemokraten reinen Wein eingeschenkt bekommen hat.

In Köln sprach Reichstags-Abgeordneter Meiß in der jüngsten Versammlung unter großem Beifall über die Bestrebungen unserer Partei.

In Spenge, wo seinerzeit der Prälat die Bauern zu Gewaltthaten gegen wehrlose Sozialdemokraten aufhetzte, konnte dieser Tage unser Parteigenosse Th. v. Wächter unter reichem Beifall über die Stellung unserer Partei zum Christenthum sprechen, und daß in einer Volksversammlung, die von 200 Personen, also für einen kleinen Ort gut besucht war. Die Gegner waren ferngeblieben, was jedenfalls ein Zeichen dafür ist, daß ihre Aktien in Spenge gegen früher um ein bedeutendes gefallen sind. So kurzlebig ist die Agitation gegen den Sozialismus.

Ein schöner Sieg wurde in Waldenburg in Schlesien von den organisierten Bergleuten erfochten. Ihre Kandidaten zum Berggewerkschaftsgericht erlangen überall die große Mehrheit. Auf den Hemsdorfer Gruben erhielten die Kandidaten der sogenannten „Reichstreuer“ ungefähr 136 gegen 700, 96 gegen 650 und 50 gegen 600 Stimmen.

Ueber die Entwicklung der Sozialdemokratie im Großherzogthum Baden veröffentlichte Oskar Geel in der Mannheimer „Volkstimme“ eine statistische Studie, woraus für heute folgende Tabelle wiedergegeben sei. Es wurden in Baden abgegeben am

Datum	0 sog. Stimmen
3. März 1871	
10. Januar 1874	3516
10. Januar 1877	3593
30. Juli 1878	3803
27. Oktober 1881	4700
28. Oktober 1884	11027
21. Februar 1887	13088
20. Februar 1890	20094
15. Juni 1893	37559

Jedenfalls geht daraus hervor, daß die badiſchen Parteigenossen seit 20 Jahren sehr fleißig gearbeitet haben, um dem Sozialismus neue Anhänger zu werden.

Die Parteigenossen des Liegnitzer Agitationsbezirks beschloſſen auf einer Konferenz, die am 24. Juni in Liegnitz abgehalten wurde und durch 18 Delegirte beſetzt war, den Agitationsbezirk in fünf Sektionen zu theilen, um die in den Hauptſtätten des Bezirks wohnenden Parteigenossen zur regelmäßigen Mitarbeit heranzuziehen und dadurch die Propaganda zu erleichtern. Die Eintheilung des Agitationsbezirks ist nun folgende: die Sektion Liegnitz umfaßt die Kreise Liegnitz, Jauer, Volkshain und Löben; die Sektion Haynau die Kreise Haynau, Goldberg, Schwan und einen Theil des Löbener Kreises (Kohena), die Sektion Bunzlau die Kreise Bunzlau und Löwenberg, die Sektion Dirschberg die Kreise Dirschberg und Landeshut, und die Sektion Görlitz die Kreise Görlitz, Lauban, Rothenburg und Hoyerwerda. Die Aufbringung und Verwendung von Geldern ist Sache der einzelnen Sektionen. Die Anordnung von Agitationstouren ist einer Sektion, der von Liegnitz, vorbehalten. In Sektionsbezirken, wo noch kein Organ für die Agitation beſteht, ist je eine zweigliedrige Kommission einzusetzen.

Mit der Thätigkeit der Reichstagsfraktion erklärten sich die Parteigenossen aus dem Wahlkreis O d d s t - U s i n g e n in einer gut besuchten Volksversammlung einstimmig einverstanden. Referent war der Genosse Brühne.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Zur Handhabung des preussischen Vereinsgesetzes. Als Vorsitzender einer aus 6 bis 7 Mitgliedern bestehenden sozialdemokratischen „Beschwerde- und Protestkommission“ hatte sich am Dienstag der Figgarenhändler S. zu Frankfurt a. M. unter der Anklage des Vergehens gegen das Vereinsgesetz in der Revisioninstanz vor dem Strafamt des Kammergerichts zu verantworten. Derselben war, weil er mehrere „Besprechungen“ der Kommission nicht vorher der Polizeibehörde angezeigt hatte, von letzterer ein Strafmandat in Höhe von 20 M. zugegangen, wogegen er richterliche Entscheidung beantragte. Das Schöffengericht erachtete die Polizei zum Erlaß der betreffenden Verfügung nicht für zuständig und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Die Strafkammer war in dieser Beziehung gegenbessiger Ansicht, sprach aber gleichwohl den Angeklagten frei, indem sie in Betracht nahm, daß nicht erwiesen, wann und ob überhaupt innerhalb der letzten drei Monate jene „Besprechungen“ stattgefunden und dann tatsächlich festgestellt, daß es sich gar nicht um Sitzungen eines Vereins oder einer Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes gehandelt habe. Die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft, welche die betr. Besprechungen als Vereinsſitzungen oder Versammlungen hingestellt wissen wollte, wurde nach dem Antrage der Oberstaatsanwaltschaft vom Strafsenate des Kammergerichts zurückgewiesen. In Rücksicht auf die erwähnte tatsächliche Feststellung des Vorderrichters erübrigte sich — so wurde ausgeführt — ein Eingehen auf die Frage, ob es sich hier um Vereinsversammlungen gehandelt habe.

Aufgehoben worden ist der Termin in Sachen der Genossin M. Kunert und Genossen Groß betr. die „Wekruſe“, die bekannte Gedichtsammlung des Genossen Friz Kunert. Der Termin sollte am kommenden Montag vor dem Landgericht zu Halle a. S. stattfinden. Ueber den Grund der Aufhebung ist noch nichts Näheres bekannt.

Genosse Gustav Kehler aus Berlin wurde von der Anklage, das Magdeburger Schwurgericht in Sachen der Staſfurter Meineltsprozeſſe in einem am 18. November v. J. zu Schönebeck gehaltenen Vortrage beleidigt zu haben, von der ersten Strafkammer freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt. Es ist dies das vierte Mal, daß Kehler vom Magdeburger Gericht freigesprochen wurde.

In der Druckerei der Expedition und der Redaktion des Zwickauer Bergarbeiter-Organs „Glück auf!“ suchte die Polizei nach Exemplaren eines Flugblatts, das nennlich in starker Auflage unter den Bergleuten ganz Sachsens verbreitet worden ist und das von Verbandsvorsitzenden Sachsens unterzeichnet, die Antwort auf eine Petition enthielt, die von angeblich königstreuen Arbeitern an den Landtag gerichtet worden war. Die Hausdurchsuchung war erfolglos.

21 Parteigenossen aus Zeitz waren vom dortigen Schöffengericht bestraft worden, weil sie als Mitglieder des Arbeiterbildungvereins zu einem Vergnügen dieses Vereins auch ihre Frauen mitgebracht hatten und trotz polizeilicher Aufforderung nicht auseinander gegangen waren. Sie hatten die Genugthuung, von dem Landgericht in Naumburg als Verurtheilungsfähig freigesprochen zu werden. Auf Freisprechung wurde erkannt, weil das Vergnügen keinen politischen Charakter gehabt hatte.

Wegen angeblicher Religionsmährung sollte dem Redakteur der „Breslauer Volkswacht“, Reinhold Scheib, der Prozeß gemacht werden. Die Staatsanwaltschaft hat aber das Verfahren einstellen müssen.

Soziale Ueberſicht.

Eine sonderbare Beschwerde haben die Rittergutsbesitzer v. Uechtritz-Steinsdorf, v. Kuffer-Conradsdorf und v. Robenau-Woitsdorf an das königliche Landratsamt zu Goldberg gerichtet. Sie behaupten, daß aus ihren Forſten unangeſetzt Holz g. hohlen werden und zwar durch das sächsische Proletariat. Sogar mit Wagen lämen die Leute und ganze Stämme würden weggeholt. Die Herren ersuchen nun das Landratsamt, die sächſiſchen Behörden in Haynau anzuhalten, Maßregeln zum Schutze ihres Eigenthums zu treffen. — Ob die Herren verlangen, fragt die Breslauer „Volkswacht“, der wir diese Notiz entnehmen, daß die Stadt ihren Fortwächter stellen oder welche sonstige Art von Maßregeln die Stadt zur Verhütung der Forstdiebstähle in Conradsdorf, Steinsdorf und Woitsdorf treffen soll, entzieht sich unserer Kenntnis. Woher wissen denn aber die Herren, daß die Holzdiebe, die mit Wagen ganze Stämme aus dem Walde holen, zum sächſiſchen Proletariat gehören? Das „sächſiſche Proletariat“ hat keine Wagen und auch keine Wohnungen, wo ganze Stämme untergebracht werden könnten. Man sieht, was die blaublütigen Junker für eine Ahnung von den Verhältnissen des Proletariats haben. Hoffentlich ist

den Herren „von“ und „zu“ die gebührende Antwort vom Haynauer Magistrat zuteil geworden. Das Antwortschreiben des Magistrats soll denn auch eine kleine Beleuchtung des ländlichen Proletariats enthalten, das nach den Städten vertrieben wird. Thatsächlich suchen die ländlichen Gemeinden sich ihres Proletariats soviel wie möglich zu entledigen, indem den Leuten Geld gegeben wird, daß sie nach der Stadt ziehen können; ja man bezahlt sogar noch die Wohnungsmiete, bis sie das Recht der Unterſtützung in der Stadt erlangt haben. Derartige Fälle könnten in Haynau zahlreich nachgewiesen werden. So müssen die Städte zum größten Theile das ländliche Proletariat ernähren.

Eine neue Industrie ist in Thüringen eingeführt worden, um den in den Dörfern wohnenden nothleidenden Weibern aufzuhelfen. In Schwarzhausen bei Thal werden jetzt Drahtwaaren aus Eisen, Stahl, Messing, Kupfer, Zinn, Silber und Gold hergestellt, wofür Indien Hauptabſatzgebiet ist. Aus den ehemaligen Schwarzhäuser Tuchwebereien, die bei ausgedehnter Arbeitszeit täglich mehr als 1 M. verdienen, sollen Drahtweber werden, deren Wochenlohn 16—18 M. beträgt. Es ist allerdings fraglich, bemerkt das Wiener „Handelsmuseum“, dem wir diese Mittheilung entnehmen, ob die neu eingeführte Industrie auch nur einem nennenswerthen Bruchtheil der Weberbevölkerung Beschäftigung wird bieten können.

Ein Sieg der Frauen. Die auf einem Gute bei Pilsen beim Juchterebau beschäftigten Frauen hatten die Arbeit niedergelegt. Sie setzten sich am Rain und erklärten, die Karte nicht früher in die Hand zu nehmen, bevor ihnen nicht 25 Kr. per Beet zugesichert worden. Und der Pospäcker mußte nolens volens nachgeben. Die Solidarität der Frauen siegte.

Eine Heilanstalt für nubemittelte Lungenkranke soll, wie die „Blätter für soziale Praxis“ mittheilen, im Spessart errichtet werden. Dem Komitee, das sich in Würzburg gebildet, stehen bereits 50 000 M. zur Verfügung; die Kosten sind auf 250 000 M. veranschlagt.

Fußangel als Sozialpolitiker. Die „Arbeiterfreundlichkeit“ dieses Zentrumsführers hat sich neuerdings wieder einmal aufs glänzendste bewährt. Wir berichteten f. J. von der Arbeitsniederlegung seines gesammten Geheerpersonals wegen Ueberarbeit, schlechter Bezahlung und d. h. m. d. r. Den damals zu Streikbrechern gewordenen Sehm hat er die gleiche Behandlung zu Theil werden lassen. Die Eintretenden mußten sich sofort schriftlich zur Sonntagsarbeit verpflichten; auch an den katholischen Feiertagen läßt der fromme Herr Nachmittags bis spät in die Nacht hinein arbeiten, ohne Ueberstunden zu zahlen. Vor kurzem sind wieder mehrere Arbeiter entlassen worden, weil sie am Sonntag nicht genügend gearbeitet hatten. Was sagt die Zentrums- partei zu dieser Auffassung über die Heiligkeit des Sonntags?

Verpolizei-Verordnung, betreffend Sicherheits- Maßregeln gegen Schlagwetter und Kohlenstaub-Explosionen.

Das Ober-Bergamt für den Bezirk Dortmund hat für eine Reihe von Zechen neue Bestimmungen erlassen, durch welche die Gefahr der schlagenden Wetter vermindert werden soll.

Der § 16 der Verpolizei-Verordnung vom 12. Oktober 1889/4. Juli 1888 enthält folgende Fassung:

Die Wettermenge, welche dem ganzen Bergwerk zugeführt wird, ist so zu bemessen, daß auf jeden Arbeiter mindestens drei Kubikmeter entfallen. Den einzelnen unterirdischen Abtheilungen des Bergwerks sind für jeden daselbst beschäftigten Arbeiter zwei Kubikmeter, für jedes daselbst verwendete Pferd mindestens zehn Kubikmeter frischer Wetter pro Minute zuzuführen. Bei der Berechnung dieser Wettermengen ist die größte Belegfähigkeit einer Schicht zu Grunde zu legen. Wenn diese Wettermengen nicht genügen, um den Kohlenwasserstoffgehalt der die einzelnen Abtheilungen durchströmenden Wetterströme unter ein Prozent herabzubringen, so müssen sie dementsprechend erhöht werden.

Nach einem andern Paragraphen wird bestimmt, daß die Schichtarbeit nur durch besonders hierzu angestellte Schichtmeister angeleitet werden darf. Der § 4 verlangt, daß an den durch den Revierbeamten bestimmten Stellen halbjährlich einmal Proben der ausziehenden Wetterströme zu nehmen und auf ihren Gehalt an Kohlenwasserstoff und Kohlenſäure zu analysiren sind. Das Ergebnis der Analyse ist baldmöglichst dem Revierbeamten mitzuthellen und dabei anzugeben: a) die Menge der Wetter, welche an dem Punkt der Probenahme zurzeit derselben in der Minute vorbeigeflohen sind; b) die Anzahl der von diesem Wetterstrom versorgten Arbeitspunkte, Arbeiter und Pferde.

Am Nächſten gegen die Unternehmer hat man es auch hier nicht fehlen lassen; für die Einführung der Sicherheitslampen mit innerer Zündvorrichtung wird eine Frist bis zum 1. Januar 1896 gewährt.

Für einzelne Zechen lauten die Bestimmungen in einigen Punkten etwas abweichend. Die Schießverbote erstrecken sich z. B. auf einige Zechen nur auf Gaslohlenſäure; auf einer Zeche darf der Wetterstrom Arbeitspunkte bewettert, in denen zusammen 40 Mann arbeiten.

Der „Glückauf“, das Organ der Grubenbesitzer theilt mit, daß die betroffenen Zechen gegen diese Bestimmungen Nulur einlegen wollen. Was soll? Et, des Profits halber! Was gilt den Herren das Risiko der Glieder, das die Bergleute laufen, wenn nur das Risiko des Kapitals durch fette Dividenden bezahlt wird. Die Bergleute thäten gut, gegen diese Demonstrationen der Zechen laut und deutliche Stellung zu nehmen!

Die Generalversammlung des Unterſtützungvereins Deutscher Tabakarbeiter, welche zur Zeit in Nordhausen tagt, beschloß nach langer, heftiger Debatte mit 25 gegen 24 Stimmen die Beibehaltung der „Schuhmarke“. In der darauffolgenden Sitzung beschloß man sich vornehmlich mit den Bestimmungen des Reglements über die Schuhmarke. Die Wintergeneralversammlung wird außerdem die Einführung der Arbeitslosenunterſtützung zu berathen haben, wodurch man eine Verschmelzung mit der noch bestehenden zweiten Tabakarbeiter-Organisation, dem Unterſtützungverein der Sortirer, herbei zu führen hofft.

Die Mitgliederzahl des Vereins betrug Juni 1894 13 771. Die höchste Mitgliederzahl hatte der Verein in den Jahren 1886 und 1890, wo dieselbe über 16 000 stieg, die niedrigste 1885 mit circa 6000 Mitgliedern. Seit dem 1. Januar 1884 bis zum 31. Dezember 1893 sind im Ganzen

vereinnahmt	785 311,03 M.
verausgabt	752 008,78
In Unterſtützungen wurden hiervon gezahlt:	
Reiseunterſtützung	208 319,53 M.
für Gemahregelte	36 598,23
Unterſtützungen beim Ableben der Ehegatten	19 980,—
Anzugskosten	2 661,77
Zusammen	267 559,53 M.
Für Streiks wurden dagegen nur verausgabt	174 005,17

Das Jahr 1893 ergiebt eine

Einnahme von	211 317,13 M.
Ausgabe von	208 316,48

Das Vermögen des Vereins betrug am 31. Dezember 1893 86 471,48 M.

Streiks sind in den letzten Jahren fast gar nicht unternommen worden; man beschränkte sich auf Abwehrstreiks und solche, wo es sich um die Erhaltung der Organisation handelte. Ein Antrag, den „Gewerkschafter“ in eigenen Verlag zu übernehmen, wurde nach langer heftiger Debatte abgelehnt. (Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.)

Gewerkschaftliches.

Au die Schneider und Schneiderinnen! In nicht allzu ferner Zeit treten unsere Kollegen von den verschiedenen Gauen Deutschlands zu einem am 20. August in Erfurt tagenden Industriefongress und Verbandstag zusammen und gemeinschaftlich zu berathen, ob unsere Organisationen für die Zukunft weiter so bestehen sollen oder ob es zweckmäßiger ist einen Industrieverband zu gründen. Am 29. August nehmen die Beratungen des Verbandstages der Schneider und Schneiderinnen ihren Anfang. Zur Wahl derjenigen Personen, welche die Berliner Kollegen und Kolleginnen auf den Verbandstag und Industriefongress vertreten sollen, findet Montag, den 9. Juli, Abends 6 1/2 Uhr, eine Versammlung in der Berliner Ressource, Kommandantenſtr. 57, statt, wo der Kollege Timm über das Thema „Die Preisſechter der modernen Arbeiterbewegung“ referiren wird. Punkt 3 der Tagesordnung: Wahl der Delegirten.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist eure Pflicht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen und diejenigen Personen zu wählen, von denen ihr überzeugt seid, daß sie die Interessen der Organisation voll und ganz vertreten werden. Der Bevollmächtigte.

Der Zuzug von Tischlern ist ferngehalten nach Bremen (Schulze's Werkstätte), Delmenhorst, Danzig (Bautschler), Fürth, Hof (Bayer), Raage i. M., Rabenau, Zürich, Völsch-Viala, Weyer (Oesterreich); von Würzburg nach München (Werkstätte von Holzhauser).

Zur Unterſtützung der ausländigen Arbeiter der Oldenburger Glashütte sind nach einem Bericht des „Norddeutschen Volksblatts“ allmähentlich 2000 M. erforderlich. Durch den Streik sind, einschließlich der Frauen und Kinder, rund 700 Personen in Mitleidenschaft gezogen.

In Nürnberg ist von den Formern über sämtliche dortigen Eisengießereien die Sperre verhängt worden.

Ein Kongress deutscher Zuschneider findet am 29. und 30. Juli c. in Berlin statt. Die Organisation derselben, der Verband deutscher Zuschneider, umfaßt gegenwärtig 45 Vereine. Aus der reichhaltigen Tagesordnung des Kongresses ist erwähnenswerth, daß der Reichstag um gesetzliche Bestimmung der Kündigungsfristen angegangen werden soll.

Eine Konferenz der sächſiſchen Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist zum 5. August nach Chemnitz einberufen.

Die Buchdrucker-Lehrlinge der Zukarester Hofbuchdruckerei freieren. Die Zustände in dieser Musteranstalt spotten aller Beschreibung. So dauert für die Arbeiter die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden, für die Lehrlinge aber 13 und 14. Die Besitzer der Druckerei, Gebrüder Goebel, welche dem feigsten Ausbeuter noch um ein ganzes Stück überflügeln, sind auf eine eigenartige Methode der Ausbeutung gekommen; anstatt erwachsene Arbeiter zu engagiren, die einen Gehalt von 100—120 Franken monatlich beanspruchen, füllten sie ihre Ateliers mit Lehrlingen, die für einen elenden Lohn von 30—40 Franken, 14 Stunden täglich, arbeiten mußten, um, wie sich die Herrn Besitzer ausdrücken, so viel wie ein Arbeiter zu leisten. Natürlich waren auch 2 „Beamte“ angestellt, deren Kasse das Antreiben war. Diese Antreiber mißhandelten die armen Lehrlinge in brutalster Weise, sobald sie nicht, trotz aller Mühe, die ihnen zugewiesene Arbeit fertigstellten. Doch alles hat ein Ende und so auch die Leiden der Lehrlinge; sie erklärten den Streik.

Was uns freut“ sagt die Manca, ist die Thatsache, daß sich bei dieser Gelegenheit die Solidarität der Lehrlinge aus anderen Werkstätten zeigte. . . . Sicherlich wird diese Generation die Reihen der zielbewußten Kämpfer für die Befreiung der arbeitenden Klasse vermehren.

Natürlich steht auch dieses Mal die Polizei — wie üblich — auf Seite der Kapitalisten. Sie wendet alles auf, um den Streik zu verhindern und schreckt auch nicht vor Mißhandlungen zurück. Uebrigens kann das, bei der Bescheidenheit der rumänischen Polizei, niemand wundern. Statt daß sie so schöne behandelten Lehrlinge verteidigt, verteidigt sie die — Kapitalisten Gebrüder Goebel; ob dadurch der Streik verbindert wird? Nein, er wird gefördert, der Sieg der Lehrlinge ist gesichert.

Ueber die kommunale Stellenvermittlung in Paris etnnehmen wir dem „Sozialpolitischen Zentralblatt“ folgendes: Die kommunalen Bureaus für unentgeltliche Stellenvermittlung in Paris haben einen Versuch der Gemeinde und des Wohltätigkeitsbureaus vom 18. Arrondissement im Juli 1887 zum Ursprung. Die hierauf in dieser Richtung eingeleitete Aktion hatte in den folgenden Jahren die Schaffung kommunaler Stellenvermittlungsbureaus in 18 von den 20 Pariser Arrondissementen zur Folge. Für das Jahr 1894 hat der Gemeinderath in seiner Sitzung vom 2. Juni eine Subvention von 28 500 Franken, das sind 3000 Franken mehr als im Vorjahre, für diese Bureaus ausgemessen. Leider fehlen die Nachweisungen bezüglich der Thätigkeit dieses Arbeitsnachweises, die ziemlich erfolgreich zu sein scheint; die „Société du Travail“, welche das kommunale Bureau im 11. Bezirke ersetzt, weist für 1893 1285 vermittelte Stellen aus.

Depeschen.

(Volk's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 6. Juli. Deputirtenkammer. Méline trat für das neue wirtschaftliche System ein, das eine Erhöhung des Nationalvermögens durch einen sehr mächtigen Zolltarif bezweckt. Die Verminderung der Geschäfte lähre von anderen Ursachen her; Frankreich sei eines der Länder, welche am wenigsten davon betroffen sind. Der Handelsminister bekämpfte die von der Kommission aufgestellten Zahlen und verlangt Festhaltung der Zollſätze auf 25 und 40 Fr. Roux brachte danach einen Antrag ein, welcher lautet: „Die Kammer ist entschlossen, die Tarife von 1892 ohne Vornahme häufiger Abänderungen weiter zu erproben und geht zur Tagesordnung über.“ Dieser Antrag wurde durch Händegeben und lebhaften Widerspruch von verschiedenen Seiten angenommen. Brouſſe stellte hierauf einen neuen Antrag, wonach die Zölle für getrocknete Trauben auf 25 und 40 Franken erhöht werden sollen, und verlangte die Dringlichkeit und sofortige Besprechung seines Vorschlags. Die Dringlichkeit wurde mit 233 gegen 228 Stimmen angenommen.

Rom, 6. Juli. Die „Agenzia Stefani“ erklärt die Meldung, daß die Beziehungen zwischen Italien und Brasilien plötzlich einen ernsten Charakter angenommen haben und Italien beschloſſen hätte, Schiffe in die Gewässer von Rio de Janeiro zu entsenden, für unbegründet. Die Regierung vertraue ihrem Gesandten Tugini und habe ebenso das Vertrauen, daß selbst bei Zwischenfällen im Laufe der Erörterung Brasiliens wie früher freundschaftlich und gerecht vorgehen werde, so daß das gute Einvernehmen zwischen beiden Regierungen nicht gestört werde.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Chicago, 6. Juli. Die Meldungen über den Streik lauten sehr ungünstig und beunruhigend. Der Anführer Debbis richtete an die Arbeitervereine die Aufforderung, dem Streik beizutreten und äußerte gegenüber der Erklärung der Eisenbahngesellschaften, nicht mit ihm unterhandeln zu können, daß die Folge des Streikes ein Bürgerkrieg sein werde, für den die Behörden selbst die Verantwortlichkeit zu tragen hätten. In Sacramento und Oakland kamen zahlreiche Ausschreitungen der Streikenden vor. In Chicago brachten die letzteren einen Güterzug zum Entgleisen, plünderten denselben und steckten ihn in Brand.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Einigungsversuche vor dem Gewerbegericht sind an dem Widerstande des Bier-Ringes gescheitert. Den Herren ist es noch zu früh zu Verhandlungen; der Kampf muß daher weiter geführt werden. Die Ehre der Arbeiterschaft Berlins verlangt gebieterisch ein energisches Eintreten jedes Arbeiters für die gemeinsame Sache.

Wenn Ihr Arbeiter Eure Pflicht thut, kann der Bier-Ring nicht siegen.

Verdoppelt also Eure Aufmerksamkeit! In keiner Werkstätte, in keinem Hause, bei keinem Ausfluge, nirgends darf ein Tropfen Boykott-Bier getrunken werden! Das ist Eure Pflicht, dann ist der Sieg bald unser!

Hoch die Solidarität der Arbeiter!

Die Boykott-Kommission.

Boykottiert sind:

1. Schuttheiß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Sappoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregor, Berlin (Adler-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Nixdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Bachmann, Westend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.

Nach dem Brauerering während des Boykotts sind ausgetreten und die Arbeiter-Forderungen haben anerkannt: Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichentron, Charlottenburg. Brauerei Wilhelmshöhe, C. Lehmann, Berlin. Nabeberger Exportbrauerei (Brauerei Nixdorf).

Dem Brauerering gehören nicht an und die Arbeiter-Forderungen sind durchgeführt bei:

- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin

Dem Brauerering gehören nicht an, Äußerungen über die Durchführung der Arbeiterforderungen liegen aber nicht vor von

- G. Bauer, Werder a. S.
- Brauerei Muggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Kaiser-Brauerei, Dummer und Kahl, Charlottenburg.
- Brauerei Phönix, Lichterfelde.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Verh. u. Plettenberg, Werder a. S.

Durch Vermittelung der Bierkommission oder auf deren Anregung führen nachstehend verzeichnete Brauereien von auswärts Bier nach hier ein:

- Brauerei in Wasserhausen.
- Exportbrauerei Mathensow.
- Bürgerliches Brauhaus, Dresden.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Quintern), Luckenwalde.
- Brauerei Maß, Rottbus.

Tokales.

Die Sprechstunde von 12-1 Uhr fällt vom 7. bis 11. Juli aus.

Die in einigen bürgerlichen Blättern enthaltene Mitteilung über die Verhandlung wegen des Bierboykotts bedarf, bezüglich der dem Genossen Singer in den Mund gelegten Äußerung, einer Ergänzung. Singer soll gesagt haben: „daß die sozialdemokratische Parteileitung allerdings in der Lage gewesen wäre, durch ihren Einfluß den Verzicht über die Vereinsbrauerei rückgängig zu machen, daß man aber keine Veranlassung gehabt habe, von diesem Einfluß Gebrauch zu machen.“

Genosse Singer hat sich etwas deutlicher geäußert. Selbstverständlich hat er den Einfluß der Parteileitung auf die Nixdorfer Genossen nicht geleugnet; er hat jedoch hinzugefügt, daß für die Berliner Arbeiterschaft und deren Vertreter nicht die geringste Veranlassung vorlag, vor den Drohungen des Brauerings zu knicken zu kriechen, und, in Ausführung des brauererischen Willens, nach Nixdorf zu laufen, um dort den Boykott — an dem sie nicht mitgewirkt haben — rückgängig zu machen.

Aus dem Lager der Saalverweigerer. Am Freitag Nachmittag waren sie wieder einmal beisammen, die zwischen Frucht und Hoffnung hin und her geschüttelten Herren vom Schänktisch, um sich gegenseitig Trost zuzusprechen. Die Bedienten des Herrn Kosiade nämlich, soweit sie dem berühmten „Verein Berliner Gastwirthe“ angehören. Der „Macher von's Janze, Herr Subertus Jacobi, erzählte den freudig aufhorchenden Kollegen außer einigen bekannten Räubergeschichten, daß die Saalverweigerer, wie er aus ganz authentischer Quelle wisse, sich des Besonderen Schutzes der Behörden zu erfreuen hätten; das Polizeipräsidium habe sich die betreffende Liste ausgeben und werde „dementsprechend vorgehen“. Leider habe die Behörde keine andere Handhabe — — —! Die sehr ehrenwerten Kollegen machten trübe Gesichter und darum schlug der redselige Herr schnell einen anderen Ton an. 12 5/8 M. genau aufgerechnet, hat der gute Mann in ein paar Tagen zusammengesoffen, leider — hier kam schon wieder das verdammte Wort und mit ihm die betrübten Mienen — habe das Vorgehen des großen Schänktische-Verbandes (der, wie bekannt, eine ganz andere Stellung zum Brauerering einnimmt), das eble Fochgewerbe tiefig geschädigt. Wenn nun erst die in Aussicht gestellten größeren Summen gekommen, so meinte dieser große Bierredner, dann wird der Stand unserer Sache noch viel, viel günstiger sein, denn die Noth ist faktisch groß. — Ob dieser Schluss der Trostrede Schuld daran war, oder ob, wie andere Anzeichen vermuten lassen, die Geduld Einzelner endlich ihren Höhepunkt erreicht hatte — man war „faktisch“ mit diesem Bericht nicht zufrieden und stellte allerlei vorlaute Fragen an den „Führer“, auf die es den zwar unerwarteten, aber nichts-ahnenderen deutlichen Bescheid gab, daß über eine

derartige Sache nicht „debattirt“ werde. Sehr schön gesagt und sehr klug ohne Zweifel, aber „leider“ konnte trotzdem nicht verhindert werden, daß man infolge der Unachtsamkeit des Vorsitzenden durch einen Redner doch mancherlei erfuhr, z. B. daß man ungehalten ist über den voreiligen Ausdruck des geliebten Nixde: man könne es ein ganzes Jahr aushalten, daß eine Schankwirthvereins-Versammlung zwanzig Mal so viel einbringt, als eine Arbeiter-Versammlung (glücklicher Volks) und daß man bitterböse ist, daß immer noch „Einzelne“ (dieses „Einzelne“ verdient allein prämiirt zu werden) ihre Säfte „diesen Leuten“ zur Verfügung stellen. — Wenn wir noch mit Vergnügen registriren, daß der geschätzte Verein nach Angabe der kompetenten Personen „viele Mitglieder verloren hat“ und in anbetrach der schwierigen Zeiten den gewohnten Beitrag von 1 M. zum Sommerfest nicht erheben will, so dürften wir unserer publizistischen Pflicht Genüge geleistet haben, wenn nicht eines noch erwähnt werden müßte — die ausgezeichnete Jenjur, welche das berühmte Berliner „Intelligenzblatt“ erhielt. Das hat wirklich noch gefehlt!

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ kriegte einen mordsmäßigen Rüssel, weil „er unsere gute Sache so schlecht vertretet“. Aber wie anders steht das große Weltblatt an dem anderen Ende der Zimmerstraße da! — Unter dem Siegel der tiefsten Verschwiegenheit wollen wir unseren Lesern die Mittheilung machen, daß man auf Grund dieses freudigen Ereignisses beabsichtigt, schleunigst ein Extra-Blatt herauszugeben. „Anner „Lokal-Anzeiger“, nun bist Du geliefert!

Ueber den wahrscheinlichen Ausgang des Berliner Bierkrieges wird von stoffamen hiesigen Korrespondenten auswärtiger Bourgeoisblätter viel fabulirt und orakelt. Selbstverständlich wird von diesen Neumalweisen, wie das nicht anders zu erwarten, da hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist, den Brauerieren der schließliche Sieg über die aufstrebende sozialdemokratische Arbeiterschaft prophezeit. In einem Bourgeoisblatte kann natürlich ein anderer Gedanke, als dieser, nicht aufkommen, und der Korrespondent, der anders berichten und orakeln würde, könnte sich verlohren halten, daß seine Weisheit nicht als Einschläferungsmittel sich räkelnder Nichtsther Verwendung findet. So wird von den Herren Korrespondenten, den Wünschen ihrer Auftraggeber entsprechend, der hiesige Kampf zwischen Kapital und Arbeit bereits zu gunsten des ersteren entschieden, obgleich viel deutlichere Anzeichen für das Gegentheil sprechen. Mögen die Gegner auch getrost mit allen Kräften dazu beitragen, daß der erste Sieg der Brauherrn nach Möglichkeit beschleunigt werde, indem sie sich bemühen, recht viel Bier, selbst über den Durst zu trinken, die sozialdemokratischen Arbeiter werden unbedeutend auf dem bisherigen Wege weiter wandeln und kein boykottirtes Bier trinken. Mag man den Arbeitern das selbe auch noch so verlockend ansmaalen, mag die Hitze auch eine noch intensivere werden, als sie die letzteren Tage war, die Sehnsucht nach dem boykottirtem Gerstenjaße ist bei den Arbeitern keineswegs so groß, als daß sie sich den lebenden Gaumen nicht lieber mit einer kühlen Blonden oder mit dem Biere nicht-boykottirter Brauereien oder sonst einem Getränke leben sollten. Allerdings — keine Regel ohne Ausnahme, und wir sind die letzten, die es abstreiten wollen, daß auch Fälle zu verzeichnen sind, wo Arbeiter nicht so handeln. Ja, wir ziehen derartige Fälle selber in die Öffentlichkeit und machen gar kein Hehl daraus. Derartige Fälle sind aber meistens zurückzuführen auf die ökonomische Abhängigkeit der Arbeiter oder auf den Indifferentismus derselben. Und daß es leider noch übergenug indifferente Arbeiter giebt, das kann man tagtäglich in allen Arbeiter-versammlungen hören. Ist es da besonders verwunderlich, wenn auch in dem jetzigen Bierkrieg von Arbeitern gesündigt wird? Gewiß nicht! Aber geradezu lächerlich ist es, wie sich unsere Gegner auf derartige Vorkommnisse festbeissen, sich daran festklammern, wie der Ertrinkende an einen Strohhalm. Diese Superklugen übersehen dabei ganz, daß gegenüber der prinzipientreuen Arbeiterschaft solche Ausnahmen eben nur Ausnahmen und gar nicht ausschlaggebend sind. Diese werden reichlich aufgewogen durch die Angehörigen anderer Klassen, welche sich dem Boykott angeschlossen haben und denselben durchführen. Die Wirkung des Boykotts wird also nicht abgeschwächt und jeder, der sehen will, der sieht, daß diese Wirkungen nicht von der Arbeiterschaft, sondern von den Brauerieren trotz der Hitze immer empfindlicher gespürt werden. Die nächste Dividende wird es nur zu deutlich lehren. Denn die Herren Brauereibesitzer und ihr Anhang, die den Hochmuth, der vor dem Fall kommt, noch mit aller Gewalt eine Zeit lang zur Schau tragen wollen, können versichert sein, daß die Arbeiterschaft mit der Energie, die ihr eigen, alle Vorkehrungen getroffen hat, um den Kampf fortan so lebendig zu gestalten, daß den Herren Hören und Sehen vergehen wird!

Zum Sängerkreis in Schmargendorf! Auf Beschluß der Anstiftung des 1. Kreises diene den Gesangsvereinen des Westens hiermit zur Nachricht, daß sich dieselben am Sonntag bis Vormittags 9 Uhr im Kurhaus zu Friedenau treffen (kein Ringbier), um dann in corpore nach dem Festplatz in Schmargendorf zu gehen (Weg 35 Minuten). Bis 9 Uhr werden Posten auf den Bahnhöfen Friedenau-Wilmersdorf (Ringbahn) und Friedenau (Wannseebahn) anwesend sein, welche die Vereine nach dem Kurhaus geleiten.

Sänger und Sangesfreunde, welche ihren Weg über Wilmersdorf machen, werden ersucht, dort nicht einzukehren, da daselbst sämtliche Lokale gesperrt sind.

J. A.: Otto Kluth, Steglitz, Dönhofsstr. 10.

Die Lokalkommissionsmitglieder der Umgegend Berlins werden aufgefordert, bis zum 12. d. M. ihre Lokallisten an den Unterzeichneten einzusenden, da spätere Zusendungen nicht berücksichtigt werden können. Es wird vor allem um genaue und deutliche Aufstellung der Listen ersucht, damit Berücksichtigungen vermieden werden.

Die Lokalkommission. J. A.: G. Gumpel, Weinstraße 31.

Zur Lokalfrage. Im Etablissement Elysium, Landsberger Allee 40 und 41, welches bekanntlich zu Arbeiter-Festlichkeiten und Versammlungen zu haben ist, wird, weil der Wirth durch den Grundbesitzer, den Dekonomen des Böhmisches Brauhauses, Reuths, hierzu verpflichtet ist, Bier aus dem Böhmisches Brauhaus verzapft. Die Obermacher des Ringes beweisen hier, daß bei ihnen das Prinzip sofort in die Brüche geht, so-

bald der Geldbeutel in Frage kommt. Elysium sowohl als auch Sanssouci gehören zu denjenigen Lokalen, die den Arbeitern nach wie vor zur Verfügung stehen. Konsequenter Weise müßten nun, daß der Ring so beschloffen, die betreffenden Brauereien — hier die Viktoria-Brauerei, dort das Böhmisches Brauhaus — die Bierlieferungen an jene Wirthe einstellen. Der den Wirthen lästige Kontrakt, der sie zu jahrelangem Bierbezug aus benannten Brauereien zwingt, wäre gebrochen und diese auf solche Weise davon entbunden. Darunter würde aber der Profit all zu sehr leiden und so hat der Ring in beiden Fällen eine Ausnahme gestattet. Was nun das Elysium betrifft, so gelangen in diesem Lokal jedoch auch Weißbier, Nürnberger Bier, Spatenbräu etc. zum Ausschank, so daß nicht boykottirtes Bier in genügender Auswahl vorhanden ist und daher dem Besuch dieses Lokals seitens der Genossen nichts im Wege steht.

Das Lokal Wirthshaus zum Schwan (W. Jarehke), Grunewald, ist fortan gesperrt, der Wirth hat sich mit den Ring-Brauereien solidarisch erklärt und einen Kontrakt unterschrieben, worin er sich verpflichtet, keine sozialdemokratischen Versammlungen mehr anzunehmen.

Die Grünauer Lokalkommission giebt bekannt, daß der Restaurateur Gustav Lindenheim, Friedrichstr. 3, kein Ring- oder Boykottbier verzapft. Bier aus dem Böhmisches Brauhaus verschänken das Wendenschloß und die Waldschänke, sowie Gustav Stein, Friedrich- und Kurfürstenstraßen-Ecke.

In Rummsburg ist der Kaufmann Bort, Kant- und Schillerstraßen-Ecke gegen den Willen der Kommission in den Besitz eines Boykott-Plakats gelangt. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, diese Mittheilung zu beachten.

Die Parteigenossen, welche am Sonntag ihre Ausflüge nach dem Norden richten, machen wir auf den Stand des Bierboykotts in Pantow und Nieder-Schönhausen aufmerksam und erwarten, daß dieselben und im Kampfe unterstützen, indem sie sich streng an unsere Mittheilung halten. Wir bitten die Parteigenossen, folgende Lokale, die kein Ringbier und kein Boykottbier verschänken, zu berücksichtigen: in Pantow: Buge, Schulze-straße; Lehmann (Nordstern), Sonntag, Richter, Wollanstraße; Bennard, Popenstraße; Gübner, Breite-straße; Mielke, Wicht, Kaiser Friedrichstraße. In Kolonie Schönholz nur Wagandt. — Nur boykottirtes Bier führen: Raak, Rauert (Firma Sommerfeld), Schulze-straße; Gager, Mühlenstraße; Puhlmann-Seger, Klein, Fischer, Verlinerstraße; Schreyer, Parkstraße; Thron, Breitestraße. Alle anderen Lokale, auch die von Thieme, Siwert und Rasch in Nieder-Schönhausen führen boykottirtes bzw. Ringbier.

Die Lokalkommission für Pantow u. Umgegend

Zur Nichtigstellung. Südlicher Ufer 6, Fechner schänkt kein Böhmisches Brauhaus, sondern Bier der Brauerei Schulz und Hildebrandt, Werder a. S. Frankfurter Allee 73 J. Feldbahn verzapft kein boykottirtes Bier, sondern Luden-walder Versandbier.

Der Destillateur F. Dümchen, Köpstr. 11, Ecke der Ritter-gasse, führt nicht Boykottbier, sondern Bier der National-Brauerei. Auch sind nicht, wie berichtet, die Kontrolleure beschimpft und hinausgeworfen worden.

Ferien-Kolonien. Das „Komitee für Ferien-Kolonien“ läßt jetzt durch die bürgerliche Presse verhandeln, daß in diesem Jahre 3070 Kinder in Wäber und Sommerfrischen geschickt werden. Es sei das wieder ein Fortschritt gegen das Vorjahr, und es sei somit seit 1880 ein ununterbrochenes Anwachsen der Zahl der Ferien-Kolonisten zu verzeichnen. Wir haben früher geäußert, daß dieses „Anwachsen“ in den letzten Jahren immer mehr nach gelassen hat, sodas man bereits von einem Anfang zum Rückschritt sprechen kann. Das ist in diesem Jahre noch deutlicher zu bemerken als im vorigen. 3070 Kinder in diesen Jahre, 3000 im vorigen, das macht eine Zunahme von nur 70 Kindern. 1893 konnte noch eine Zunahme von 154, 1892 von 251 Kindern gemeldet werden. Dagegen hat sich in demselben Zeitraum in dem Anwachs, in der Zahl der Zurück-gewiesenen noch kein ebenso deutlicher Rückschritt gezeigt. 1892 wurden 2846 Kinder ausgesandt und mehr als 3000 zurück-gewiesen, 1893 standen 3000 ausgesandten Kindern bereits 4000 zurückgewiesene gegenüber, und 1894 hat man nur 3070 Kindern den Sommeraufenthalt gewähren können und nahe an 6000 zurück-weisen müssen. Im nächsten Jahre wird man voraussichtlich wieder einige Tausend Kinder mehr berücksichtigen und dafür wird man ein rundes Tausend mehr zurückweisen, u. s. w. Wir bedauern und beklagen das mindestens ebenso aufrichtig, wie irgend einer von denen, die an der Sache der „Ferienkolonien“ thätigen Antheil nehmen. Aber eine begründete Veranlassung, darüber zu klagen, daß so wenig für die Erholung und Kräftigung armer, kranker Kinder geschehen kann, haben jene Kreise eigentlich nicht. Die bürgerliche Klasse will von einer radikalen Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ohne die eine wirksame Bekämpfung des proletarischen Elends nicht möglich ist, nichts wissen. Sie bekämpft sogar alle auf eine solche Umgestaltung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie und empfindet als Allheilmittel die „Privat-wohlthätigkeit“, obgleich deren Unzulänglichkeit und Ohnmacht gegenüber dem stets wachsenden Ansatze des Elends nach-gerade auch dem Blödesten klar geworden sein müßte. Mittheilung an der Zunahme der Noth sind also gerade jene bürgerlichen Kreise, die durch ihre wohlthätigen Bestrebungen über die Nothwendigkeit einer radikalen Hilfe hinwegtäuschen. Hier und da mag es sich um eine unbedachte Täuschung handeln. Aber in den allermeisten Fällen dürfte es sich bei solchen Bestrebungen um die bewusste Absicht handeln, die Größe der vorhandenen Noth zu verdecken und das begehliche Proletariat einigermassen zu beschwichtigen. Diese Absicht ist nicht überall nachweisbar, aber wir haben sie bereits in zahl-reichen Fällen nachweisen können, und oft genug wird sie direkt von den „Wohlthätern“ zugegeben. Wir werden es nach wie vor für unsere Pflicht halten, auch denjenigen, die ihre wahre Absicht zu verbergen trachten, die Nase herunterzureißen.

Achtung! Parteigenossen Moabit! Laut Beschluß der letzten Parteiversammlung machen wir die Genossen nochmals

darauf aufmerksam, daß vom 1. Juli ab die Parteiblätter wie überhaupt alle sozialdemokratischen Schriften durch die Partei verbreitet werden. Wir ersuchen die Genossen, uns in diesem Unternehmen zu unterstützen, denn einzeln sind wir nicht, vereint sind wir alle.

Abonnements nehmen entgegen: Johann Farr, Wilsnackerstraße 49, S. 2 Tr. Georg Schmitz, Havelbergerstr. 87, S. 2 Tr. Otto Hempel, Stephanstr. 8. Die Vertrauenspersonen des 6. Wahlkreises.

Den Parteigenossen sei im Anschluß hieran noch mitgeteilt, daß den Genossen Peper, Schröder und Henjer die Revision des Expediteurs obliegt.

Die Expedition des „Vorwärts“ und der Parteiliteratur ist dem Genossen Hempel, Stephanstr. 8, übertragen.

Gewerbegerichtliches. Unter den Arbeitnehmer-Beisitzern sind zur Zeit folgende, an den Ausschuss des Gewerbegerichts für Gutachten u. gerichtete Anträge im Umlauf, die zu ihrer Sanktionierung je dreifig Unterschriften von Beisitzern bedürfen: 1. Auf Grund des Gesetzes, betreffend die Gewerbeurtheile, beantragen die Unterzeichneten, der Ausschuss möge den seinerzeit von den Arbeitgeber-Beisitzern durch Antrag herbeigeführten Beschluß, der die Entschädigung der Ausschussmitglieder für die Wahrnehmung von Sitzungen des Ausschusses zur Folge hatte, wieder aufheben. Gründe: Während früher unter dem Vorsitz des Magistrats-Ressford Dr. Freund eine genügende Anzahl von Sitzungen anberaumt wurde, werden zur Zeit die Erörterungen notwendiger Fragen anscheinend aus dem Grunde zurückgestellt, weil die Ausschuss-Sitzungen mit Unkosten verbunden sind und deshalb nur dann einberufen werden, wenn man an zuständiger Stelle glaubt, es dem Magistrat gegenüber verantworten zu können. — 2. Auf Grund des § 70 des Gewerbeurtheil-Gesetzes beantragen Unterzeichnete: Der Ausschuss möge beschließen, daß die Gewerbeurtheil-Deputation des Magistrats der Stadt Berlin um Auskunft darüber erucht wird, in wie weit die Verhandlungen betreffs der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises geblieben sind. Gründe: Seit Verathung des in Frage kommenden Antrages an die Gewerbeurtheil-Deputation durch den Ausschuss ist eine lange Zeit verstrichen, in welcher es nach Ansicht der Antragsteller möglich gewesen wäre, den Gegenstand gehörig zu erörtern und eventuell dem Ausschuss des Gewerbeurtheil-Gerichts zu erstatten. — 3. Auf Grund des § 80 des Gewerbeurtheil-Gesetzes für die Stadt Berlin, betreffend das Gewerbeurtheil zu Berlin, stellen die Unterzeichneten den Antrag, den Herrn Polizeipräsidenten zu ersuchen, daß er dem Ausschuss des Gewerbeurtheil-Gerichts zu Berlin eine offizielle und ausführliche Auskunft ertheilt auf die Frage: In wie weit sind im Bezirk der Gewerbe-Inspektion für Berlin die im § 120b Absatz 3 und 4 der Gewerbe-Ordnung vorgeschriebenen Einrichtungen getroffen? Gründe: Es ist im November vorigen Jahres im Ausschuss ein Antrag verhandelt worden, dessen Erledigung der Vorliegen von der gewünschten Auskunft abhängig machte. (Der erwähnte Antrag vom November 1893 betraf die Waschvorrichtungen für das Personal von Bierereien.)

Bei den neuen Vereindwählern des „Grundbesitzervereins Nordwest“, welche für Monat des Schlüsselamtes wählten, haben die ihnen für ihre Mühen zugedachten weißen Streifen mit Inschrift keinen Beifall gefunden. Auf Wunsch der Wähler ist diese Verzierung gefallen: „Sie wollten nicht aussehen wie — die Gichtfischer!“

Die mit Wasserstoffgas gefüllten farbigen Kinderballons dürfen von jetzt ab laut Verfügung des Eisenbahn-Betriebsamts der Stadt- und Ringbahn in die Wagen der letzteren nicht mehr mitgenommen werden. Das Betriebsamt hat infolge der neulich vorgekommenen Explosion solcher Ballons und der dadurch verursachten Verletzung von Fahrgästen in einem Wagen III. Klasse auf Grund der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands das Mitnehmen solcher Kinderballons in Wagenabteile verboten, und die Billettschaffner sind angewiesen worden, Passagiere mit derartigen Ballons den Bahnsteig zur Fahrt nicht betreten zu lassen.

Folgende Steckbrief bringt ein hiesiges Blatt:
Jüngste, junge, blonde Dame, kirchbraunes Kleid, Vandy-Armel, mit weißen Spitzen, kleiner, heller Strohhut, welche Mittwochs Vormittag 11 Behren-, Kanonier-, Maurer-, Kaiserhof-, Wilhelm- nach Astraße mit kleinem Paket ging, wird herzlich um Nachricht gebeten, falls Annäherung gestattet, unter „J. 18“ Exped. d. Bl.

Wir haben Namen und die Nummer der Straße fortgelassen, aber die Frage sei erlaubt: Was würden bürgerliche Blätter sagen, wenn dieser Unfug in einem sozialdemokratischen Blatte geandert hätte?

W! W! Hübsch ruhig! Franz Feld's Trauerspiel „Ein Fest auf der Waise“, welches bisher bei den Vorstellungen der „Freien Volksbühne“ im Nationaltheater zur Aufführung gelangte, ist der genannten Bühne vom Polizeipräsidenten zur öffentlichen Aufführung genehmigt worden, doch schließt die der Direktion gegebene Erlaubnis folgendermaßen: „Indes bemerke ich ausdrücklich, daß, falls Theaterbesucher sich bei den in dem Stücke zahlreich enthaltenen revolutionären Schlagworten zu ärmlichen Kundgebungen politischer Tendenz sollten hinreißen lassen, die Wiederholung der Aufführung alsbald unterlagert werden wird. Der Polizeipräsident v. Nitzsch.“ — Die Direktion des Nationaltheaters bittet nun, wie das „Freudenblatt“ meldet, das Publikum, sich während der Vorstellung des genannten Stückes im Theater aller störenden Kundgebungen zu enthalten, da anderen Falles weitere Aufführungen in Frage gestellt sind. Nicht etwas grober Unfug gefällig?

Ein Portemonnaie mit 13 Mark, das vermutlich einem Maurer zugehört, ist am Donnerstag Abend von einem Passagier des Nordringzuges gefunden und dem dienstthuenden Stationsbeamten am Schlesischen Bahnhof übergeben worden. Vielleicht tragen diese Feilen dazu bei, dem Verlierer wieder zu seinem Eigenthum zu verhelfen.

Poliklinik. In Schöneberg, Kaiser Wilhelmplatz 2, neben dem Rathhause, haben die Herren Dr. G. Arnheim, früher Assistent am Kaiser und Kaiserin Friedrich Kinderkrankenhaus und Dr. Fr. Rubinstejn, früher Assistent des Herrn Professor Dr. Schäfer eine Poliklinik für Kinderkrankheiten und Chirurgie eröffnet. Sprechstunden (für Unbemittelte) täglich von 11—12 (Dr. G. Arnheim) und von 1—2 (Dr. Fr. Rubinstejn).

Ein Mordversuch ist am Donnerstag Abend in Groß-Lichterfelde verübt worden. Der Rentner Garb aus der Parallelstr. 11 hat den Agenten, früheren Bankier und angehenden niederländischen Reserveoffizier Antonius Dagnelin, der eben daselbst in der Ferdinandstraße 30 wohnt, durch einen Revolvererschuss zu tödten versucht. Den Anlaß dazu hat getränkte Familienehre gegeben. Die Familien Garb und Dagnelin, deren erste mit drei Kindern gesegnet, während die letztere ohne Nachkommenschaft geblieben ist, standen längere Zeit hindurch in engem Verkehr miteinander. Dann erfolgte eine Ablösung, weil D. für G. aus einer Vermittlung einen Anspruch auf Provision zu haben glaubte. Vor einigen Wochen verhandelte sich dann die dicke ebemalige Freundschaft in Urfeindschaft, weil D. eine die Ehre der Frau G. tief verletzende Beleidigung dem Gatten der letzteren zugeschieben hatte. G., der nicht an die Wahrheit glaubte und auch von seiner Ehefrau gegentheilige Versicherungen erhielt, brütete seitdem Rache gegen den Verleumder. Während nun G. am Donnerstag Nachmittag in dem Erdkeller des Kaufmanns Steinbring, der in demselben Hause mit ihm wohnt, saß, näherte sich D. von seiner benachbart gelegenen Wohnung aus. In großer Aufregung verließ G. das Geschäft

durch einen nach hinten zu belegenen Ausgang, um sich in seine im ersten Stock belegenen Räume zu begeben und alsbald auf demselben Wege zurückzukehren. Einen geladenen Revolver in der Hand, trat er an D. heran, der seinen verlassenen Platz auf einem Stuhl vor dem Ladentisch eingenommen hatte, und rief ihm zu: „Wißt Du das widerrechtlich, was Du gesagt hast?“ D., der sich von seinem Sitz erhuben hatte, gab nur die kurze Antwort „Nein“ zurück. In diesem Augenblick drückte G. die auf seinen Widerlacher gerichtete Waffe ab und traf ihn in der Herzgegend. Ruhig entfernte sich G., und auch der Verletzte konnte seine Wohnung noch aufsuchen. Der sofort hinzugekommene Dr. Breiderhof stellte fest, daß D. nur durch einen Zufall dem Tode entgangen war. Das Geschloß war dicht unter dem Herzen auf eine Rippe geschlagen, an dieser herum nach hinten gedrungen und im Fleisch stecken geblieben. Die Kugel mußte durch einen Schnitt entfernt werden. Inzwischen war auch die Polizei benachrichtigt worden, und der Kriminal-Kommissar Mohr traf G. vor der Wohnung an. Als ihm seine Verhaftung bekannt gegeben wurde, antwortete er ruhig: „Ich hätte mich morgen früh selbst gehängt“ und folgte dem Beamten. Er giebt zu, mit Vorbedacht und Ueberlegung die That vollführt zu haben und wird im Laufe des Tages dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden.

Unthat eines Wahnsinnigen. Der in der Weissenburgerstraße 12, Seitenflügel 2 Tr., wohnhafte Schneider Demandt verfiel gestern Vormittag plötzlich in Irrenn und drohte, seine Familie zu erschlagen. Der mit ihm im gleichen Gebäude parterre wohnhafte Schuhmacher Schulz ging hinaus, um Frieden zu stiften. Hierüber geriet D. jedoch erst recht in Wuth und schlug mit einem eisernen Kreuzer den Schulz nieder, so daß an dessen Aufkommen geweielt wird. Demandt wurde schließlich von drei Schulzeuten überwältigt und nach der städtischen Irrenanstalt Herzfelde eingeliefert.

Der Fall v. Koge. Aus dem Militärgefängnis entlassen wurde am Donnerstag Abend der Rgl. Zeremonienmeister v. Koge, der, wie wir f. J. kurz registrierten, in Untersuchungshaft abgeführt war, weil er unter dem Verdacht stand, Mitglieder der Hofgesellschaft mit anonymen Schmähchriften belästigt zu haben. Es charakterisirt die tiefe Erbarmlichkeit der bürgerlichen Presse, daß sie, seit diese widerliche Affäre spielt, mit wahrer Eier an den schmutzigen Brocken herumgerert hat, die ihr aus hohen Ferkeln heraus vorgeworfen wurden. Mit einer Schamlosigkeit, die eben nur Hundennaturen eigen ist, wurde der widerliche Klatsch von unächtigen Versen und unächtigen Bildern breit getreten, mit denen man sich in hohen Regionen gepöpst haben soll. Die Wäppler, die diesen Schmutzgeschichten inaltenlange Artikel widmeten, schwelgten in Dönne, weil die Nachrichten von diesen Unfläthern eben aus der Crème der Gesellschaft kamten. Wie neuerdings gemeldet wird, soll v. Koge aus der Haft entlassen sein, weil sich ergeben habe, daß ein „sehr hochgestellter“ Mann der Urheber der Schweinereien sei.

Freiheit. Wie gemeldet wird, will ein Honoratiorenverein in Friedrichshagen einen „ultrigen“ Korso veranstalten, an welchem — Kinderwagen mit Insassen teilnehmen sollen. Ausgesetzt sind drei Preise, und zwar der erste Preis für das schönste Baby, der zweite für den schönsten Kinderwagen, der dritte für das „edelfste Gespann“. Unter Gespann versteht der Honoratiorenverein die Kindermädchen. Wir nehmen an, daß die Korrespondenz, die diese Geschichte berichtet, mythisirt worden ist. Andernfalls sollten die Mädchen, denen in der That zugemuthet würde, sich zum Amüsement der gelangweilten Bourgeoisie zu prostituiren, ein derart freches Verlangen mit Entrüstung zurückweisen.

Polizeibericht. Am 5. d. Mts. früh wurde in einem hiesigen Hotel ein Abends vorher eingeleiteter Fremder mit vier Schußwunden im Beite liegend vorgefunden und nach der Charitee gebracht. — Nachmittags kürzte der 9 Jahre alte Sohn eines Arbeiters aus dem Fenster der in der Spinnmühlensstraße im ersten Stock belegenen elterlichen Wohnung hinaus und erlitt eine Gehirnerschütterung und Verletzung des Rückgrats. — Ein Kaufmann erkrankte in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße. — Im Hausflur eines Grundstücks der Pappel-Allee schoß sich ein Schlosser eine Revolverkugel in den Kopf. Er wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht. — Ein Maurer erkrankte in seiner Wohnung in der Stephanstraße. — Abends wurde in der Wallstraße ein Mann durch eine Droschke überfahren und so schwer verletzt, daß er bewußtlos liegen blieb. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 6. Juli 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (h = 49 F.).
Swinemünde . . .	768	NOB	2	halb bedekt	19
Hamburg . . .	769	SO	3	wolkenlos	18
Berlin . . .	769	N	2	wolkenlos	20
Bielefeld . . .	767	NO	2	wolkenlos	20
München . . .	768	NO	3	wolkenlos	17
Wien . . .	768	St.N	—	wolkenlos	17
Saparanda . . .	768	ONO	4	heiter	19
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	700	ONO	3	Regen	16
Aberdeen . . .	769	ESO	2	heiter	16
Paris . . .	764	St.N	—	wolkenlos	21

Witterung in Deutschland am 6. Juli, 8 Uhr Morgens.
Bei gleichmäßig vertheiltem, hohem Luftdruck herrscht jetzt in ganz Deutschland trockenes Wetter mit fast überall wolkenlosem Himmel. Die Winde wehen in den östlichen Landestheilen aus nordwestlicher Richtung, allgemein jedoch in sehr geringer Stärke. Die Temperatur hat wieder zuzunehmen begonnen und beträgt heute Morgen in den meisten Gegenden schon zwischen 18 und 20 Gr. Celsius.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 7. Juli 1894.
Vorwiegend heiteres, sehr warmes Wetter mit schwachen südöstlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Besuchszeit

verschiedener Museen und sonstiger Sehenswürdigkeiten.
Alte und Neue Museen am Lustgarten. Besuchszeit täglich, mit Ausnahme des Monats in den 3 Wintermonaten von 10—5 Uhr, in den 3 Sommermonaten von 9—3 Uhr; Sonntag im April—September von 10—5 Uhr, Oktober und März 12—5 Uhr, November und Februar 12—4 Uhr, Dezember und Januar 12—3 Uhr (Anstehend). — Die Nationalgalerie in der Museumsstrasse. Besuchszeit: Sonntags von 10—3 Uhr (Vorläufig ausgenommen). — Sonntags im April—September von 12 bis 3 Uhr, im März und Oktober 12—3 Uhr (Anstehend). — Kunsthistorisches Museum im Sommer von 9—3 Uhr, im Winter von 10—3 Uhr, Sonntag, April—September von 12—5 Uhr, Oktober und März 12—3 Uhr, November und Februar 12—4 Uhr, Dezember und Januar 12—3 Uhr (Anstehend). — Museum für Vögelkunde, Königgrätzerstr. 120. Besuchszeit wie im Kunsthistorischen Museum (Anstehend). — Opatowitz-Museum, Klosterstr. 26. Besuchszeit Sonntags wie im Kunsthistorischen Museum. — Museum für deutsche Volkstrachten und Gewandstücke des Hauswesens, Klosterstr. 28. Neben Tag mit Ausnahme des Mittwochs von 11—2 Uhr geöffnet. Eintrittsgeld: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf., Bekannte 20 Pf. — Reichspost-Museum, Leipzigerstr. 15. Geöffnet Sonntags 12—3 Uhr, Montags, Dienstags, Donnerstags, Freitag von 11—3 Uhr (Anstehend). — Rathaus, Königliche Hofbibliothek täglich außer Donnerstags und Freitag von 11—3 Uhr (Anstehend). Besuchszeiten

50 Pf. — Kunstausstellung des Vereins Berliner Künstler, Wilhelmstr. 22. Sonntags 11—3 Uhr, Donnerstags 10—4 Uhr, 50 Pf. Eintritt. — Sternwarte, Endeplatz 20. Mittwochs und Sonnabends von 9 bis 11 Uhr Vormittags. — Urania, Wissenschaftliches Theater, Sternwarte, Invalidenstr. 67—62. Geöffnet von 8 Uhr Nachmittags bis 10 Uhr Abends. Eintritt 50 Pf. Zuschlag für Theater von 50 Pf. bis 2 R. — Aquarium, Schadowstr. 14. Geöffnet von 9—5 Uhr. Eintritt Sonntags 50 Pf., an jedem letzten Sonntag im Monat 25 Pf. — Gasten's Panoptikum, Friedrichstraße. Geöffnet 10—10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. — Paffage, Panoptikum 10—10 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. — Martin's Panorama, Am Redter Bahnhof. Sonntags von 9—9 Uhr. Eintritt 50 Pf. — Kapell-Panorama am Bahnhof Tiergarten, zwei neue Dioramen: Katakomben des Kapuzinerklosters zu Palermo und Weltausbruch Sonntags 10 Pf. Eintrittspreis. Das Panorama ist bis 17 Uhr Abends zu besichtigen. — Zoologischer Garten, Sigmundstr. Sonntags 50 Pf. — Borja's Garten mit Palmenhaus, Alt-Moabit 55—56. Eintrittspreis 50 Pf.

Gerichts-Beilage.

Ein Sicherheitsbeamter. Der Schuhmann C. Schulz in Hagen hatte in einer Januar-Nacht d. J. einen Fabrikarbeiter plötzlich von hinten überfallen und durch vierzehn Säbelschläge so unarmbergig verhaun, daß es nur noch weniger Kraft bedurfte, um den am Boden liegenden Mann zu vernichten. Mehrere Personen, welche während der entsetzlichen Mißhandlung am Thortore erschienen waren, befreiten den Arbeiter aus den Händen des musterhaften Schuhmanns. Derselbe stand am Mittwoch vor der Strafkammer Hagen, um sich wegen seiner Handlungsweise zu verantworten. Der Strafantrag lautete, wie die „Abendpost“ berichtet, auf fünf, das Urtheil auf neun Monate Gefängnis. Schulz ist seit dem Ueberfall aus dem Polizeidienst entlassen.

Der berüchtigte Photographenschwindler Paul Giese n aus Stolpin bei Kolberg, vor dessen betrügerischer Thätigkeit Mitte vorigen und Anfang dieses Jahres wiederholt durch die Presse gewarnt wurde, stand gestern wegen Diebstahls und Betrug vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Der Angeklagte war Spezialist in seinem Fache, er stellte sich unter dem Namen „Paul Michaelis“ als Reisender großer Photographengeschäfte bei Arbeiterfrauen und Dienstmädchen ein, schwahte denselben Bock für die Anfertigung von Photographien an, auch Albums, mit und ohne Musf. Er nahm Anzahlungen von 3—10 Mark und wenn die Geprüften alsdann zu dem betreffenden Geschäft kamen, so mußten sie die Erfahrung machen, einem Schwindler in die Hände gefallen zu sein. Er verstand auch den Trick, die Dienstmädchen, welche eine kleine Anzahlung leisten wollten, aber nur großes Geld hatten, zu bewegen, ihm ein 10- oder 20-Markstück anzuertrauen, das er beim nächsten Kaufmann wecheln wollte. Natürlich vergah er in jedem Falle das Wiederkommen. Als ihm der Boden in Berlin zu heiß wurde, verlegte er seine Thätigkeit nach Reindorf. Wegen der dort begangenen Straftaten wurde er vom Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Er legte Berufung ein, die Strafkammer bedauerte aber nur, daß das erste Urtheil so milde ausgefallen sei und verwarf die Berufung.

Zwei Ladendiebinen, welche besonders die Wazare von Weidheim und Lubach unster gemacht haben, wurden gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Es waren die verehelichte Rosalie Weißbrodt und die Rentners-Wittwe Sina Große. Der Fall ist deshalb bemerkenswerth, weil die Angeklagte Große ein Vermögen von 80000 Mark besitzt! Sie hatte die Verkäuferin gespielt und die Weißbrodt bei den Diebstählen gedeckt. Der Kriminal-Schumann Witrowsky ertappte die Diebinen auf der That. Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagten zu je neun Monaten Gefängnis.

Abzahlungsgeschäfte und Nähmaschinen. Im Anschluß an unsern Artikel über „Abzahlungsgeschäfte“ in Nr. 151 Beilage des „Vorwärts“ wird uns Material aus der Reiblinger'schen Nähmaschinenfabrik übermittelte, das klar stellt, wie Herr Reiblinger die Wirkungen des Gesetzes zu umgehen sucht. Unter dem 8. Juni 1894 versendet Herr Reiblinger Formulare, in denen er betont, er könne nach dem Inkrafttreten des Abzahlungsgeschäfts Nähmaschinen nicht mehr verkaufen, dieselben vielmehr lediglich vermieten u. s. w. Nimmt Herr Reiblinger eine Gesamtmiete von 185 M. (Preis seiner Maschinen), so lehrt ihm vielleicht einmal einer seiner Kunden, daß § 6 des neuen Abzahlungsgesetzes also lautet: „Die Vorschriften der §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes, welche darauf abzielen, die Zwecke eines Abzahlungsgeschäfts in einer anderen Rechtsform, insbesondere durch miethsweise Ueberlassung der Sache zu erreichen, finden entsprechende Anwendung, gleichviel ob dem Empfänger der Sache ein Recht, später deren Eigenthum zu erwerben eingeräumt ist oder nicht.“ Unter „Zweck des Abzahlungsgeschäfts“ ist der wirtschaftliche Zweck, der durch Abzahlungsverträge überhaupt verfolgt wird, zu verstehen. Herr Reiblinger wird vielleicht ferner nicht unbekannt bleiben, daß darüber im Reichstag Uebereinstimmung herrschte, daß auf gewisse sich Miethsverträge nennende Abzahlungsgeschäfte der § 302a des neuen Wuchergesetzes Anwendung finden kann, § 302b bestimmt: Die Strafe des Wuchers trifft auch denjenigen, welcher mit bezug auf ein Rechtsgeschäft gewerbs- oder gewohnheitsmäßig unter Ausbeutung der Nothlage, des Rechtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich oder einem Dritten Vermögensvortheile verschaffen oder gewähren läßt, welche den Werth der Leistung übersteigen, das nach den Umständen des Falles die Vermögensvortheile in aufwälligen Miethverhältnissen zu der Leistung stehen. Entscheidet die Rechtsprechung trotzdem zu gunsten der neu kontrahirten „Miethverträge“ — desto besser für die Ausflüchter darüber, welche Interessen gerichtsseitig wahrgenommen werden müssen. Vorab mag jeder Agent der Reiblinger'schen Miethsverträge die Tragweite des § 302a St. G. B. etwas genauer wie bislang sich überlegen.

Die „arme Näherin“ und die Abzahlungsgeschäfte. Ein humaner Agent einer Nähmaschinen-Handlung macht darauf aufmerksam, das niemals seiner Ansicht nach eine Näherin, welche 80 Mark abbezahlt hat, 40 Mark von dem die Rückgabe begehrenden Verkäufer zurückverlangen könne, „da Niemand für alte Sachen nennenswerthe Preise zahlt“. Der Herr ist im Irrthum. Es kommt nach dem Gesetz durchaus nicht darauf an, was jemand für alte Sachen zahlt — auch für neue Sachen kommt beim Zwangsverkauf keine nennenswerthe Summe heraus — sondern allein auf § 2 des Gesetzes an. § 2 bestimmt aber: „Der Käufer hat im Falle des Rücktritts dem Verkäufer für die infolge des Vertrages gemachten Aufwendungen (z. B. Transportkosten), sowie für solche Beschädigungen der Sache Ersatz zu leisten, welche durch ein Verschulden des Käufers oder einen sonstigen von ihm zu vertretenden Umstand verursacht sind“, dazu gehört z. B. die Werthminderung, die eine Nähmaschine durch Verwendung als Bürschenschloß oder durch als Material für Holzschneiderkunst u. dergl. erduldet hat, für die Ueberlassung des Gebrauchs oder der Benutzung“, fährt § 2 fort, „ist deren Werth zu vergüten, wobei auf die inzwischen eingetretene Werthminderung der Sache Rücksicht zu nehmen ist.“ Im allgemeinen würde eine Näherin, die selbst für jahrelange Benutzung einer auf 90 Mark bewertheten, vielleicht nur 50 Mark werthen Nähmaschine, 80 Mark zahlt, einen enorm hohen Preis entrichtet haben und mit Recht 40 Mark der gezahlten 80 M. zurückverlangen können. Die lebhafteste Agitation der Nähmaschinen-Abzahlungsgeschäfte für unrichtige Auflegung des Abzahlungsgesetzes findet zwar selbstverständlich in freisinnigen Organen ein lebhaftes Echo, kann aber das Gesetz selbst nicht ändern.

Der des Mordes und des Eittlichkeits-Verbrechens beschuldigte Arbeiter Filzbut, welcher in seiner Wohnung in

der Pöbelstraße ein 10jähriges Mädchen in bestialischer Weise um's Leben brachte, wird auf den Antrag seines Verteidigers, H. Dr. J. v. S., dem sich das Medizinal-Kollegium der Provinz Brandenburg angeschlossen hat, demnächst in die Irrenanstalt zu Dallwitz überführt werden, wo festgehalten werden soll, ob er sich zur Zeit der That in einem geistesgesunden Zustande befunden hat.

Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen die Arbeiter W. H. Beyer, Max Lausch und Hermann Genert, welche der Nothdurft beschuldigt waren. Es wurde für erwiesen erachtet, daß die Angeklagten ein junges Mädchen unter dem Vorwande, ihm einen Dienst besorgen zu wollen, von der Straße in eine abgelegene Wohnung gelockt und es hier unter Anwendung von Gewalt in der schändlichsten Weise gemißbraucht hatten. Die Angeklagten wurden zu je drei Jahren Zuchthaus und fünfjährigen Ehrverlust verurtheilt.

Versammlungen.

In der Freien Vereinigung der Militär-Mühenarbeiter berichtete am 30. Juni Kollege Freyer über Werkstättenangelegenheiten, insbesondere über die Lohnreduktion in dem Sprucherschen Geschäft, betonend, daß sich wegen des jetzigen schlechten Geschäftsganges die Preise nicht erhöhen ließen. Nach lebhaften Debatten hierüber wurde auf Antrag Weg eine Kommission von 8 Mitgliedern gewählt, die im Auftrage des Vereins nochmals mit dem Unternehmer Rücksprache zu nehmen hat. Zu diesem Punkte führte Weg ferner aus, daß man auch mit den Kollegen jener Werkstätten, die uns noch fern stehen, in Verbindung treten müsse, soweit sie geneigt sind, sich dem Verein anzuschließen. Es wurde beschossen, diese Kollegen zu einer der nächsten öffentlichen Versammlungen einzuladen, um auch sie für die Vereinigung zu gewinnen. Kollege Fischer machte noch auf den Anschlag am 22. Juli aufmerksam und forderte zum Schluß die Kollegen auf, streng für den Vorpost einzutreten. Die nächste Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes findet am 14. Juli statt. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Eine recht gut besuchte öffentliche Versammlung der Metallarbeiter tagte am 3. Juli in der Berliner Ressource in der Kommandantenstraße. Der Referent, Kollege Vitzin, gab vorerst seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen der Kollegen Ausdruck. Es rechtfertigte die Hoffnung, daß in nächster Zeit Schritte erfolgreich unternommen werden könnten, um der Verschlechterung der Lage der Metallarbeiter entgegenzuwirken. Im vorigen Jahre sei infolge von Lohnabzügen in Kollegenkreisen die Frage angeregt worden, ob für die Metallarbeiter eine eigene Organisation zu gründen wäre; diese Frage solle beunruhigt beantwortet werden. Von der Gründung eines eigenen Fachvereins möge man Abstand nehmen, da die Beschäftigung der Brüder kein eigenes Fach ist, sie vielmehr gezwungen sind, in verschiedenen Berufsarten Beschäftigung zu suchen, auch würde eine Absonderung von den Metallarbeitern neben sonstigem Unschicklichen einen neuen Streit über die Form der Organisation heraufbeschwören. Da nur durch solidarisches Handeln aller in der Metallbranche Beschäftigten Lohnreduktionen verhindert, Mängel beseitigt, die Fixirarbeit abge schafft und mit den schmutzigsten Werkstätten ausgeräumt werden könne, so schlage er (der Referent) vor, für die Brüder eine zum Metallarbeiter-Verband gehörige festgeliebte Gruppe mit eigenem Vertrauensmann zu errichten, deren Pflicht es sei, für die Brüderbranche eigene Versammlungen abzuhalten, um das bisher Verkannte nachzuholen. Die Beschäftigung der Brüder bringe es mit sich, daß sie wiederholt jedem Temperaturwechsel ausgesetzt und infolge dessen von vielen, namentlich Nervenkrankheiten heimgesucht würden. Sehr selten finde man ältere Kollegen in Arbeit. Die Art der Beschäftigung raffe die Brüder entweder vorzeitig dahin oder verzehre ihre Kräfte derartig rasch, daß sie sich einer anderen, leichteren Beschäftigung zuwenden müßten. Außerdem werde überaus viel Velleidung verbracht. Der Wunsch, daß nie mehr als höchstens 2 Brüder dieselbe Arbeit verrichten (regelmäßig jedoch arbeite jeder verschieden), ermögliche die Zahlung verschiedener Preise. Daraus habe sich das werthvolle „nach Leistung bezahlte“ herausgebildet. Hinzu komme noch, daß die Brüderarbeit zur Saisonarbeit geworden sei. Im Herbst dränge die Arbeit, im Januar und Februar wäre aufgesetzt werden. Diese und noch ähnliche Zustände ergäben in Wirklichkeit keinen hohen Durchschnittslohn, wie man nach dem im allgemeinen üblichen 50 Pf.-Stundenlohn annehmen könnte. Bestrebungen, diesen noch herabzubringen, müsse man so entschieden entgegengetreten werden. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere sachliche Debatte, worauf gegen eine Stimme folgende Resolution beschlossen wurde: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden, und verpflichtet sich, innerhalb des Berliner Metallarbeiter-Verbandes eine festgeliebte Gruppe zu bilden, bestehend von der Neugründung eines Branchenvereins ab, in der Erkenntnis, daß nur solidarisches Zusammengehen aller Metallarbeiter Gewähr bietet, Maßnahmen des organisierten Unternehmertums und dessen Angriffen erfolgreich entgegenzutreten zu können. Die Anwesenden verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß sich alle Metallarbeiter dem Verbande anschließen; sie erklären in der Organisation das einzige Mittel, ihre Lage zu verbessern. Um mit den einzelnen Werkstätten Verbindung zu bekommen, ist es nöthig, daß in jeder ein Vertrauensmann ernannt wird, dessen Aufgabe es ist, alle Schäden und Mißstände aufzudecken und das Gefühl der Solidarität mit den organisierten Arbeitern zu stärken. In einer kommenden Versammlung sollen dann weitere Schritte zu einem eventuellen Vorgehen besprochen werden.“ — Zum Vertrauensmann der Metallarbeiter Berlins wurde hierauf der Kollege H. H. gewählt und ihm auf eigenen Antrag, zur Erledigung der Anfangsarbeiten, das gegenwärtige Bureau beigeordnet.

Die Freie Vereinigung der Blumen- und Pflanzenerbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend beschloß in ihrer Generalversammlung am 3. Juli die Auflösung. Der verlesene Kassenbericht ergab einen Bestand von 850 M. Dem steht eine Schuldenlast von ungefähr 88 M. gegenüber. Das Weitere wurde der Liquidationskommission überlassen, diese hat die Abrechnung durch Annonce im „Vorwärts“ bekannt zu geben. Die Kommission besteht aus den Herren Müller, Jäger und Frau Goldacker.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh- und Schäftefabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 5. Juli bei Haberer, Große Frankfurterstr. 30, tagte, nahm den Bericht über den Stand des Streiks bei Fürstenheim u. Co. (Andreasstraße) entgegen. Wie schon mittheilt, sind aus den Reihen der Ausständigen bisher keine Streikbrecher hervorgegangen. Der Fabrikant hat sich zu Unterhandlungen noch nicht herbeigelassen, da aber das Lager so ziemlich ausgezehrt sei, die Kunden nur zum kleinen Theil befriedigt würden und die angelieferten Wänder und Ballschuhmacher der Arbeit nicht gewachsen wären, so stehe zu erwarten, daß Fürstenheim bald nachgeben werde. Das Material sei nicht mehr ausreichend, die Sterver vollaus zu beschäftigen. Ein weiterer Beweis für den guten Stand des Streiks seien die Hilfsrufe der Fabrikanten nach der Polizei. Die Eingänge zum „Andreashof“ und dieser selbst wären jetzt ständig von Polizeibeamten in Zivil besetzt, die Jedem, den sie für einen Streikenden halten, den Zutritt zum Geschäft verwehren. Dem Wirth eines auf demselben Grundstücke befindlichen Restaurants, das von den Streikenden als Bureau benutzt wird, soll gedroht worden sein, man werde ihm das Lokal schließen, wenn er es noch länger zu derartigen Zwecken hergäbe. Der Redner schloß seinen Bericht

mit der Aufforderung an die Ausständigen, auszuhalten und der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu bieten, dann müßten sie liegen. (Beifall.) Ueber den „Stand des Streiks bei Morassé“ berichtete Winkler. Auch hier hat sich der Fabrikant zu Unterhandlungen noch nicht geneigt gezeigt. Von den 60 Streikenden sind die meisten (Burger) wieder abgereist; zu unterstützen bleiben noch 17 verheiratete Kollegen. Der Streik dauert unverändert fort. In der Diskussion forderten alle Redner zum treuen Festhalten an den den Fabrikanten gestellten Bedingungen auf, verurtheilten das Gebahren eines gewissen Kassenbuch, der sich zwischen Morassé und dessen streikende Arbeiter als Vermittler gedrängt habe, und kritisirten das Verhalten der im Andreashof postierten unteren Polizei-Organen. Niederaner warf die Frage auf, ob die höheren Beamten wohl davon Kenntniß haben mögen, in welcher Weise die Schlichter verfahren. Daß bei einem Fabrikanten, wo in einem Jahre drei bis vier Mal ein Streik ausbräche, auch Grund dazu vorhanden sei, müsse sich die Polizei doch selbst sagen und darum nicht so einseitig für die Fabrikanten Partei ergreifen. Bis jetzt wären nicht die geringsten Ausschreitungen von Ausständigen gegen Streikbrecher vorgekommen, mithin rechtfertige sich der Ton der Beamten gegen die Streikenden in keiner Weise. (Beifall.) (Der Polizeileutnant will den Redner stören lassen, begnügt sich aber schließlich mit der Prüfung von dessen Legitimationspapieren.) In einer einstimmig zur Annahme gelangten Resolution hieß die Versammlung das Verhalten der Streikenden gut und versprach ihnen nach wie vor moralische und materielle Unterstützung. Nachdem u. a. noch mitgetheilt worden war, daß bei Fürstenheim u. Co. ein Mädchen und ein Laufbursche sofort entlassen worden seien, weil sie mit Streikenden gesprochen hätten, wurde zur baldigen Ablieferung der Burger und der vom Lokalverein vorausgabten Sammellisten aufgefordert. Das Sammelwesen soll infolge einer Aenderung erfahren, als nur noch Listen durch die Agitationskommission in Umlauf gesetzt werden dürfen, alle anderen Listen sind schleunigst abzuliefern.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Töpfer beschäftigte sich am 4. Juli in Joll's Lokal, Andreasstraße, mit der Frage: Wie ist ein einheitliches Zusammenarbeiten aller Töpfer und Berufsgenossen Berlins und Umgegend anzubahnen? Der Referent Hagen erinnerte an die günstigen Erfolge, die die Töpferorganisation hatte, als sie noch nicht in zwei, sich gegenseitig kämpfende Lager gespalten war. Seitdem die gemeinsame Organisation in die Brüche ging, habe sich das Unternehmertum sehr vereinigt und nicht nur durch seine Innung den Arbeitern ein Schiedsgericht und andere schöne Sachen beschereit, sondern auch von Jobe zu Jahre die Löhne gekürzt. Um der weiteren Verschlechterung der Existenzbedingungen energisch entgegenzutreten, sei gemeinsames Handeln nöthig. Der leidige Streit um die Form der Organisation müsse endlich ruhen; die beiden vorhandenen Organisationen nebeneinander marschiren; sie sollten bei günstigen Gelegenheiten, zum mindesten vereint schlagen. Bei einigermassen vorhandenem gutem Willen werde sich der Boden für einheitlichen Wirken schon finden. Er schlage vor: einen gemeinsamen Fonds zu inneren Kämpfen anzusammeln, der von etlichen Personen beider Richtungen der Organisation verwaltet werde. (Beifall.) Dem Referat folgte eine lebhafteste Diskussion, die mit der Annahme folgenden, von Weikert gestellten Antrages endigte: „Eine Zehnerkommission zu wählen, die die Einigungsunterhandlungen zu führen und in kürzester Zeit einer öffentlichen Versammlung darüber Bericht zu erstatten hat. Die Einbrechung der Versammlung haben die Vertrauensleute beider Richtungen zu unterzeichnen.“ In diese Einigungscommission wurden von den Anhängern des Verbandes Greter, M. M. M. M., Weikert, M. M. M. M. und von den Anhängern der Zentralisation mit Vertrauensleuten Richard Hagen, Thiemer, J. David, Daubert und Volhar gewählt. — Hierauf erhaltene Hagen und Habang Bericht über die Thätigkeit der Generalkommission, wobei Daubert den Delegirten anheim gab, in der Kommission immer und immer wieder auf Grund der vielen Bekannmachungen wegen verlorener Listen auf das ungewöhnliche dieses Sammelwesens hinzuweisen und die Generalschaften zur Einführung von Beiträgen gegen Marken aufzufordern. Die Abrechnung des Vertrauensmannes Weikert wies für die Zeit vom 21. Mai bis 1. Juli eine Einnahme von 600,26 M. auf. Mit dem Bestand von 459,23 M. ergibt dies die Summe von 1059,49 M. Die Ausgaben betragen 449,95 M., somit verblieb ein Bestand von 609,54 M. Nach Bestätigung der Richtigkeit dieser Angaben durch die Revisoren, wurde Weikert Decharge ertheilt. Anstelle des ausscheidenden Revisors Volhar wurde Michel gewählt. Den ausgesperrten Brauereiarbeitern und den Schuhmachern in Burg bewilligte die Versammlung aus dem Generalfonds je 50 M. Weikert erinnerte noch an die Festschlüsse der vorigen Versammlung, auf allen angefangenen Boulen sofort einen Vertrauensmann zu wählen, der den Arbeitsvermittler oder ihn, den Redner, von allen Vorkommen umgeben zu unterrichten hat, und ermahnte zum Abonnement auf den „Vorwärts“ und den „Vauhandwerker.“ Auf den Bauten, wo eine Arbeitsordnung besteht, sind die Kollegen verpflichtet, eine Abschrift derselben dem Arbeitsnachweis einzujenden.

In Schmaragdendorf erstattete am 4. Juli in einer gut besuchten Versammlung, zu der auch die Parteigenossen aus Wilmersdorf und Prenzlau eingeladen waren, Reichstagsabgeordneter Zubeil Bericht über die Thätigkeit des Reichstags. Er unterzog die Vorlagen, die den Reichstag beschäftigt haben, einer eingehenden scharfen Kritik, zeigte, wie haltlos die von der Regierung für die verschiedenen Steuererlässe geltend gemachten Gründe waren, und legte im Anschluß hieran die von unserer Partei gemachten Vorschläge dar, deren Annahme eine Entlastung der ärmeren Volksschichten ermöglicht hätte, aber, weil sie die reichen Leute belasten würden, von der Majorität des Reichstags abgelehnt worden sind. Die Unersättlichkeit des einflussreichsten Theils der bestehenden Klasse, der Großgrundbesitzer, erwies der Vortragende, indem er den Antrag auf Monopolisirung des Getreidehandels geißelte, den diese Herren, nicht zufrieden mit den ihnen auch in der letzten Session gemachten Zuwendungen, im Reichstage eingebracht haben. Ferner gedachte der Redner der bei den Verhandlungen über das Feinstättengesetz, über das Nationaldenkmal, über den Schutz des Wahlgeheimnisses sowie gelegentlich der Nothstandsinterpellation zu Tage getretenen Einseitigkeiten der gegnerischen Parteien und der Regierung. Er theilte dann mit, daß die Fraktion beabsichtige, in der nächsten Session Anträge auf Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechtes und auf Aufhebung der Gesindeordnung einzubringen. Mit der Aufforderung an die Parteigenossen, nach gleicher Richtung ihre Agitation zu entfalten, schloß der Referent seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag. Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Versammlung einstimmig mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Zubeil sowohl wie mit der Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage, insbesondere mit der Nichtbewilligung der Mittel für das Kaiser Wilhelm-Denkmal einverstanden. Unter Lokalangelegenheiten erging die Mahnung an die Anwesenden, die Wirths, die den Arbeitern ihre Säle verweigern, entsprechend zu bedrücken; namentlich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Jarocke, der Inhaber des Wirthshauses „Zum Schwan“ in Schmaragdendorf, uns sein Lokal neuerdings auch nicht mehr hergiebt. In Wilmersdorf ist gar kein Lokal zu haben; besonders die Berliner Arbeiter sollen sich dies merken und nicht etwa dort Wirths in Achtung setzen. Ja, äußerte die Meinung, daß uns in Wilmersdorf nicht sämtliche Säle verloren gegangen wären, wenn die Parteigenossen dort den Wirths Mölter, der stets für uns zu haben gewesen sei, mehr unterstützt hätten. Der Referent Zubeil stimmte dem Vordrüber darin bei, daß auf die Unterstützung der Wirths, die uns ihre Säle zeitig zur Verfügung stellen, noch viel mehr als bisher Gewicht gelegt werden müsse, und ermahnte dann noch die Anwesenden, unter ihren Bekannten immer wieder an den Vorpost

zu erinnern und dabei namentlich auch die Frauen nicht zu vergessen.

Dermissches.

Ueber die Cholera wird aus Stockholm vom Freitag berichtet: Bei vier Passagieren des Dampfers „Döbeln“ ist durch die bakteriologische Untersuchung asiatische Cholera festgestellt worden. Augenblicklich werden in Hejan neunzehn Passagiere des Dampfers wegen schwacher Diarrhöe behandelt; zwei früher erkrankte Passagiere sind jetzt für gesund erklärt worden. — Der österreichische Minister des Innern hat infolge der zunehmenden Verbreitung der Cholera in Russland eine sanitäre Ueberwachung der aus Russland kommenden Reisenden angeordnet. — In Kronstadt sind vom 1. bis 4. Juli 18 Erkrankungen an Cholera und 4 Todesfälle vorgekommen, in Petersburg vom 3. bis 4. Juli 18 Erkrankungen und 6 Todesfälle. — Petersburg, am 4. und 5. Juli erkrankten an der Cholera 41 Personen, von denen 9 starben; im ganzen sind hier noch 60 Choleraerkrankte. In Kronstadt sind am 5. Juli 8 Personen an Cholera erkrankt und 1 Person gestorben.

Zur Geschichte der Attentate. Der „Daily Telegraph“ bringt aus Anlaß der Ermordung Carnot's eine Zusammenstellung von bemerkenswerthen Mordanschlägen. Er erinnert zuerst an die Ermordung Lincoln's im Fordtheater am 14. April 1865 durch Wilkes Booth und Garfield's in der Eisenbahnstation zu Washington am 2. Juli 1881 durch Charles Julius Guiteau. Lincoln starb schon am folgenden Tage, Garfield erst 2 1/2 Monate später, am 19. September 1881. Der englische Premier Spencer Perceval wurde am 11. Mai 1812 in einem der Vorzimmer des Hauses der Gemeinen durch einen Mann ermordet, der auf dem Schaffot erklärte, daß er nur persönliche Beschwerden gegen die Regierung habe. Aus ähnlichen Gründen wurde Drummond ermordet, während der Mordanschlag eigentlich Sir Robert Peel galt. Der Vikar von Indien, Lord Mayo, wurde bei dem Besuche eines Gefängnisses von einem Gefangenen erschossen. Alexander II. und General Prim (28. Dezember 1870) wurden in der Falle ihrer Macht ermordet. Fürst Bismarck, Kaiser Wilhelm, Stambulow und Crispien kamen bei den gegen sie gerichteten Mordversuchen mit dem Leben davon.

Ein Stück Selbsthilfe, das die Amsterdamer Arbeiterschaft seit kurzem übt, scheint nach dem Bericht eines dortigen Blattes von bestem und wohlthätigstem Erfolg gekrönt zu sein. Seit längerer Zeit machen die Sozialdemokraten, so heißt es, in Amsterdam die Zwangsverläufe unmöglich, welche aus Grund rückständiger Steuern durch Gerichtsvollzieher vorgenommen werden. Zu diesem Zwecke finden sich einige Hundert der ibrigen ein, drängen resolu (i) Käufer zurück und ersteigern Stück für Stück des Hausraths für 1 Cent, sodas die Exekution niemals mehr als 25—30 Cent ausbringt. Die Polizei ist nicht im Stande, das Treiben zu verhindern. Es wird ihr auch keine Gelegenheit zum Einschreiten geboten, da das lauffähige Publikum, namentlich die Trödler aus dem Judenviertel, wegbleibt.

Ein Schauspieler als Einbrecher. Zu der bereits gestern von uns gemeldeten, in Köln erfolgten Verhaftung des Sohnes eines unserer bekanntesten Hofschauspieler liegen weitere Einzelheiten vor. Man schreibt aus Köln vom 30. Juni: Die Verhaftung des jugendlichen Schauspielers vom Sommertheater, Franz Ludwig, erregt hier peinliches Aufsehen. Ludwig wurde eines schweren Einbruchsdiebstahls in einem hiesigen Goldwaarengeschäft überführt und hat die That auch eingestanden. Unverkennbar ist es, wodurch der junge Mann, der erst vor kurzer Zeit als einjähriger seiner Militärpflicht genügt hat, zum Verbrecher geworden ist. Von Hause aus gut situiert, mit einer guten Gage, war er hieher an das Sommertheater mit besten Empfehlungen engagirt worden und hier seit Anfang Juni thätig. Er trat in kleineren Rollen als jugendlicher Liebhaber auf und wirkte zuletzt in Paul Lindau's pathologischem Schauspiel „Der Andere“ in einer Nebenrolle mit. Der junge Mensch, der hier sehr bescheiden auftrat, war am Dienstag Abend nach der Vorstellung mit seinen Kollegen nach Hause gegangen und hatte sich gegen 1 Uhr Nachts von ihnen verabschiedet. Am Mittwoch früh fand man den Gold- und Uhrenladen eines an der Krefeldgasse wohnenden Juweliers erbrochen. Diebstahl hatten die Schaufenster vollständig ausgeraubt. Die Einbrecher hatten die Kolladen gewaltsam aufgehoben, das Fenster mit Seife beschmiert und dann eingedrückt. Eine Anzahl werthvoller Uhren, Ketten, Ringe und sonstiger Goldwaaren wurden eine Beute der Einbrecher. Der Bestohlene benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei und diese wiederum das städtische Leihhaus und die konfessionirten Pfandvermittler. Eine Pfandvermittlerin meldete sofort, daß ein junger, gutaussehender Mann am Morgen bei ihr verschiedene Uhren und Goldwaaren verpfandt habe, welche sich als ein Theil der bei dem Einbruch gestohlenen Sachen erwiesen. Bei der anderen Pfandleiherin erschien gegen Mittag ein elegant gekleideter junger Herr, der eine schwere goldene Uhr verpfanden wollte; diese war ebenfalls in dem Laden gestohlen worden. Der junge Mann wollte sie für 60 M. verpfänden, worauf ihm die Frau erwiderte, sie habe nicht so viel Geld, er möge die Uhr nur ruhig bei ihr lassen; sie gab ihm vorläufig 30 M. mit dem Bemerkten, er könne den Rest in einer halben Stunde holen. Sie benachrichtigte sofort die Polizei, welche den jungen Menschen bei seiner Rückkehr verhaftete. Er entpuppte sich als der 23jährige Schauspieler Franz Ludwig vom Flora-Theater. Zuerst wollte er die Uhr gefunden haben; erst im Gefängniß legte er ein umfassendes Geständniß ab. Ludwig giebt an, er sei ohne Geld gewesen und da sei ihm der Gedanke gekommen, sich durch einen Einbruchsdiebstahl solches zu verschaffen. Nachdem er sich von seinen Kollegen getrennt, sei er nach seiner Wohnung gegangen, habe einen Havelock angezogen und sein eigenes, aus der Militärzeit stammendes Seitengewehr zu sich gefehlt. Dann habe er an dem Hause des Uhrenhändlers geklopft, und als Alles ruhig gewesen, habe er die Kollade aufgehoben. Er habe sich hierauf entfernt und sich vergewissert, ob Niemand die Vorbereitung gesehen habe. Dann habe er die Scheibe eingedrückt und sich wieder entfernt. Erst nachdem er die feste Ueberzeugung erlangt, daß auch das durch Einbrüchen der Scheibe hervorgerufene Geräusch Niemand gehört habe, sei er an das Haus zurückgekehrt und habe dann erst die Goldwaaren und Uhren gemacht. — Man spricht mehrfach die Vermuthung aus, die Beschäftigung mit dem Lindau'schen Stück könne den jungen Mann auf den moralischen Abweg geführt haben.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Vertrauensmann chirurgischer Branche. Ihre Zuschrift ist nicht ganz klar; bitte wiederholen oder bei uns vorsprechen. M. S. 15a. Die Sprechstunde ist von 12 bis 1 Uhr Mittag.

Chiffre 222. Das Bundesgeschloß in Berlin war im Sommer 1890.

Burgstädt. „Kompetenzkonflikt“ ist kein Druckfehler. Im Kompetenzkonflikt-Verfahren wird entschieden, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse schuldig gemacht hat. Auch wenn in diesem Kompetenzkonflikt-Verfahren das Ober-Verwaltungsgericht entscheidet, der Staatsanwalt hat einer solchen Ueberschreitung sich schuldig gemacht, kann das ordentliche Gericht den Staatsanwalt von der Anklage beledigt zu haben, freisprechen. Spricht das Ober-Verwaltungsgericht seine Ansicht dahin aus, der Staatsanwalt habe keine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse sich schuldig gemacht, so muß die ordentliche Privatklage eingestellt werden.

74. Wenden Sie sich an Herrn Dr. Aug. Seine Wohnung steht im Adreßkalender.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, den 7. Juli.
Residenz-Theater. Jugend.
Alexanderplatz-Theater. Gespinnster.
National-Theater. Italien in Berlin.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Sensationelle Novität!
Italien in Berlin.
Große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Carl Peters. Musik von A. Wiedede.
Dekorationen aus dem Atelier von Müller und Schäfer. Maschinieren vom Theatermeister Otto Weise.
Elektrische Lichteffekte von Salowsky.
Kostüme vom Obergarbier Paul Silberbrandt.
Elektrische Lichteffekte von Salowsky.
Regie: Max Samst.
Raffensöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.**
Auf der Sommerbühne Aufführung von Lustspielen, Posen sowie Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Sonntag:
Ein Fest auf der Bastille.
Schauspiel in 3 Akten von Fr. Feld.
Montag: Italien in Berlin.

Castan's Panoptikum.

Hawaiische Königs-Tänzerinnen.
Das schwerste Ehepaar der Welt.

Wo speisen Sie?

In der alten pommerischen Küche
Oranienstr. 181
Hof part., bei G. Buckow.
Frühstück 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 80-50 Pf. nach Auswahl. 420L

Lackierer!

Jeden Sonntag Vormittag: Morgensprache bei Leng, Alte Jakobstr. 69.
Vereinszimmer, 15-20 Pers., Ausschank Potsdamer Bieres, ist zu haben Langestr. 62. 1669b

Evora-Bräu

In vorzögl. Qualität empfiehlt in Gebinden v. 20-100 Ltr. 80 Pf. = 3 M
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

M. W. Walter

Zenghofstraße Nr. 3.
Offiziere Ring freies Lagerbier.
Butter nur Natur 216L.
à Pfund 1 Mark bis 1 Mark 20 Pf.
Bratenschmalz à Pf. 50 Pf. Fetter Speck à Pf. 63 Pf. Fein Zucker à Pf. 25 Pf.
Frische Eier von 45 Pf. an. Mehl, 2 Pf. 25 Pf. Pfäumen 2 Pf. 35 Pf. Brennspritus Eier 25 Pf.
Sämtliche Kolonialwaaren billigst.

Achtung!

Das größte Brot, 7 Pf. für 50 Pfg., sowie Schrotbrot à 25 Pfg. und Korbrot à 45 Pfg., liefert die Brotfabrik **S.O. Elisabeth-Ufer 36** auf Bestellung frei ins Haus. 1662b

Achtung! Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Berlins.

Große öffentliche Versammlung

am Dienstag, den 10. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitseinstellung bei der Firma Wezel u. Naumann in Leipzig. Referent Kollege Otto Sillier. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Brandenburgischen Streik. 4. Bericht und Neuwahl des Delegierten zur Gewerkschaftskommission. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
Der Einberufer: R. Schöpke. 167/1

Dem Oberpion und Bierknechtler (frei nach Eugen) O. Grauer ein donnerndes Hoch zu seinem heutigen Geburtstag. 1665b
Na, Oswald, merkst Du was??
Aber kein Boylott- und kein Ringbier, sonst wird die Grünstraße naß!!
Die Unterpione und Bierknechtler:
Br. Bl. Cz. Cl. D. Fr. F. G. Gr. Hl. Hk. K. M. P. St. U. Wz. Wg.

Warnung!

Der Buchdrucker Gustav Pinski, wohnhaft Weissensee, König-Chaussee 40, hat das ihm geschenkte Vertrauen in der schändlichsten Weise mißbraucht. Dies allen gewerkschaftlichen, sowie politischen Vereinigungen zur Kenntnisnahme. 266/1
Die Vertrauensperson von Weissensee (Kr. Nieder-Barnim).

Ich erkläre hiermit, daß ich seit 23. Juni kein Ringbier, sondern nur Bier vom Münchener Brauhaus schänke.
G. Paul, Brunenwaldstr. 128.

Empfehle meine Räume für Versammlungen, wie zur Zahlstelle; gleichzeitig meinen Garten für Sommerfeste. Familien können Kaffee kochen.
419L
Roellig, Neue Friedrichstr. 44.

Achtung!

10 die Bäckerei Lübbenerstr. 10 liefert das größte Brot, 6 1/2 Pf. für 50 Pfg., gut ausgebacken und schmackhaft. — Ein Versuch überführt!
Nur zu haben Lübbenerstr. 10 bei **Johann Steidl.**

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Achtung, Schöneberg!

Mache bekannt, daß ich von heute ab nur Rathenower Export- und Abbelung u. Hoffmann, Potsdam, also kein Ringbier, auschänke.
G. Schulze (fr. Breitenstein), Friedenauerstr. 65, 1640b

Allen Genossen, sowie den Badegästen vom Studentenbad sei mein Lokal nebst Garten bestens empfohlen. Kein Boylott- und Ringbier. 390L
G. Seidler, Ratiborstr. 16.

Mehl und Mühlenfabrikate zu billigsten Preisen, ff. Groß-Tafelbutter à Pf. 1 Mk., sowie nicht boylottiertes Rathenower Tafelbier in Flaschen empfiehlt **H. Brüger, Weußelstr. 28.**

Alle Uhren 6462L

werden sauber und sorgfältig repariert unter Garantie des Gutgehens für **1,50 Mark** (außer Bruch) bei **W. Winkler,** Berlin N., Reinickendorferstr. 29, gegenüber der Dankes-Kirche. Lager aller Arten Uhren, Uhrkotten

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz tätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L

Genosse verl. Milchgeschäft Krankheits-halber billig Gräsestr. 83. 1659b

Photographisches Atelier

von **Carl Gräfe**
Berlin S., Prinzenstr. 11
hält sich den Parteigenossen zur Aufnahme von Porträts u. Gruppenbildern bestens empfohlen. Spezialität: Vereins- und Fabrik-Gruppen. 230Q

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag Vormittag 10 1/4 Uhr, 122/1
Rosenthalerstr. 38, im großen Saal, Quergebäude 1 Tr.:
Vortrag von **Frl. Ida Altmann:**
Pflicht und Religion. — Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ in Rixdorf.

Am Dienstag, den 10. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn **Kummer, Berlinerstraße Nr. 136:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Abrechnung des Kassiers vom 2. Quartal. Bericht vom Bibliothekar. Statutenberatung und Verschiedenes. — Mitgliedsliste legitimiert. — Um pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand: C. Schmidt. 272/1

Berband aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter Berlins und Umgegend.

Dem Versprechen, die zu unserem heutigen **Sommernachts-Fest** erforderlichen **Kellner** vom **Arbeitsnachweis** der **Berliner Gastwirthschaftsvereine** zu entnehmen, ist Herr **Dolinsky** nicht nachgekommen.
Wir bitten diesem Umstande die nöthige Beachtung zu schenken.
Der Vorstand.

Achtung! Vergolder. Achtung!

Große öffentliche Versammlung aller im Vergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag, den 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16.**
Tages-Ordnung:
1. Unsere Statistik. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl. 3. Erziehung der Agitationskommission. 4. Verschiedenes. 269/1

Freie Vereinig. aller in der chirurg. Branche beschäft. Berufsgen. General-Versammlung

am Dienstag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Brühning, Rosenthalerstraße 11/12.**
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Vortrag des Gen. Dr. Bernstein über: „Die Ursache, Heilung und Verhütung von ansteckenden Krankheiten.“ 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand. 99/2

Großes Sängerfest

des Arbeiter-Sängerbundes

Berlins und Umgegend
Morgen, Sonntag, 8. Juli

Schmargendorf

Schützenhaus Sausjoui
Festwiese an der Ruhlaer Strasse.

211 Gesangsvereine.

Massengesänge. — 3 Musikkapellen.

Die Musik wird von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins u. Umgegend ausgeführt.

Direktion die Herren **Grass, Loppe und Schonert.**
Von Nachmittags **4 Uhr ab: Tanz.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billets à 20 Pf.

Ausschank: **Münchener Brauhaus.**
Anfang des Concerts früh 8 Uhr, der Gesangs-Aufführungen Nachmittags 3 Uhr.

Zu diesem diesjährigen Sängerfest ladet der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend alle Genossen, Freunde und Gönner hiermit freundlichst ein. 107/16

Fahrerbindung: Nach Station Schmargendorf und Halensee 10-Minuten-Verkehr von allen Stadt- und Ringbahn-Stationen. Außer dem vom Potsdamer Bahnhof (Ringbahn). — Von Station Schmargendorf und Halensee Dampfbaun-Verkehr. — Vom Rosendorfsplatz bis Schmargendorf Dampfbaun.

Künstl. Zähne 2 M., Plomben von 1,50 M. Schmerzl. Zahnziehen u. Nervwäden 1 M. Theilz. Repar. sofort. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstrasse 22.**

Die Bierprotzen.

Heute Nachmittag, um 3 Uhr, erscheint in meinem Verlage:
32 Seiten. Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeuteure, sowie direkt vom Verleger **Hans Baake,** Berlin S., City-Passage.
(Der Ueberschuss wird der Wohltätigkeitskommission für die ausgesperrten Brauereiarbeiter überliefert.)

Dr. H. Weyl, Arzt

wohnt jetzt [1586b]
Elsasserstrasse 97, I,
Ecke Rosenthalerstrasse.

Buchhandlung des „Vorwärts“ Genthstraße 2.

Neu erschienen sind (soeben):
Leipziger Hochverrathsprozess
Heft 5.

Gute Nachmittags gelangt zur Ausgabe:

Anarchismus und Sozialismus.

Von **G. Plechanow.**
5 Bogen. Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Diese Schrift aus der Feder des bekannten russischen Sozialisten, der unter den sozialistischen Schriftstellern zu den ersten Theoretikern zählt, dürfte gerade unter den ausgedehnten politischen Verhältnissen ganz besonders Interesse beanspruchen. Sie führt in unserer Partei-literatur eine längst empfundene Lücke aus. In methodischer Darstellung entwickelt Plechanow, ausgehend vom utopischen Sozialismus, die Auffassungsweise des wissenschaftlichen Sozialismus, präzisiert klar den Gegensatz zwischen Sozialismus und Anarchismus, sowohl in prinzipieller wie tatsächlicher Hinsicht, und giebt in gedrängter, aber durchaus übersichtlicher Form eine Geschichte und Kritik der anarchischen Theorien an Hand der von den Anarchisten des Anarchismus vortragenden Schriften von Stirner, Proudhon, Bakunin angefangen bis herunter auf ihre Epigonen in der Gegenwart: Kropotkin u. Das Schlusskapitel enthält eine glänzende Abfertigung der Verwerflichkeit und Schädlichkeit der sogenannten „Propaganda der That“.

Das platte Land und die Sozialdemokratie.

Von **Emil Effner.**
Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Nach immer herrscht in unserer Parteiliteratur ein Mangel an brauchbaren Schriften für die Landbevölkerung; in vorliegender Schrift giebt uns der Verfasser in zwölf Kapiteln in populärer Darstellung Klarheit über die wirtschaftliche Entwicklung des platten Landes, Einsicht in den komplizierten Mechanismus des ländlichen Wirtschaftsgetriebes und legt dar, warum es nicht angeht, die industriellen Thatfachen einfach auf das platte Land zu übertragen. Die kleine Schrift kann den Genossen aus besten empfohlen werden.

Das kommunistische Manifest.

Mit Vorreden von **Karl Marx** und **Friedrich Engels.**
2 Bogen in elegantem Umschlag.
Preis 15 Pf. Porto 3 Pf.

Das im Jahre 1847 verfaßte Manifest ist die bedeutungsvollste Schrift der sozialistischen Literatur. Trotz der 46 Jahre Zeitfortschritt haben die darin aufgestellten allgemeinen Grundsätze im Ganzen heute noch ihre Richtigkeit; und die hier in unerreichter Klarheit und programmatischer Kürze entwickelte „Marx-Engels'sche Auffassung“ ist heute die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Bewegungen aller Länder geworden.

Martin Klein, Uhrmacher.

5464L
25 Neue Hochstr. 25

empfiehlt sein Lager aller Arten **Wand- und Taschenuhren.**

Reparaturen zu soliden Preisen

Reell und billig

läuft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitzko,** gegründet 1872, **Stalitzerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbusser Thor. 59702**

Freunden und Genossen empfehle ich meinen **Fleischverkauf** Eisenbahnhalde Stand 41, Eing. **Väckertstraße, 1638b**
Frau J. Schulze.

Wohl- u. Vork-Geschäft bill. zu verk. **Mühlhausenerstr. 3/4, Laden. 1664b**

1 Handwagen z. verk. **Wandlstr. 8, V. P.**

Rostockerstr. 14 sind schöne Vorder- und Hofwohnungen billig zu verm. **Rübers v. 2 Tr. bei Sprenger.**

Grünauerstr. 25 freundliche kleine Wohnungen preiswerth zu vermieten.

Arbeitsmarkt.

Geldschrank-Schlosser, tüchtige, selbständige verl. 400L
Ade's Fabrik, Demminerstr. 7.

Ein Werkführer, tüchtig und energisch, wird zur Aufsichtigung eines Kunststein-Geschäftes per sofort gesucht. Offerten unter **A. B. 50** an die Exp. d. Bl.

Geliebte **Cigarrenkisten-Kleber** verl. **F. Wienert, Rosenthalerstr. 23.**

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Sozialistische Presse Deutschlands.

III. Quartal 1894.

Zentral-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Weuthstr. 2. S.W. täglich erscheinend.

„Der Sozialdemokrat“, Wochenblatt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Weuthstr. 2, S.W.

Wissenschaftliche Revue.

„Die Neue Zeit“, Chef-Redakteur: Karl Kautsky. Ständige Mitarbeiter:

August Bebel, Eduard Bernstein.

Erscheint wöchentlich in Stuttgart, Furtachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Ingoburg „Volkszeitung“ Mittlerer Graben H 405.

Hamburg „Hamburger Volkszeitung“ Wohlfaßgasse 11, Würzburg.

Hant „Norddeutsches Volksblatt“ Adolfsstr. 1.

Hielefeld „Volksblatt“ Schulstr. 20.

Brandenburg „Volksblatt für Ost- und Westhavelland“ (Brandenburger Zeitung), St. Annenstr. 33.

Braunschweig „Braunschweig. Volksfreund“ Kannengießergasse 13.

Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Schlachte 35.

Breslau „Volksblatt“ Weißgerbergasse 64.

Cassel „Volksblatt für Hessen“ Hohenthorstr. 20.

Dortmund „Rheinisch-Westfäl. Arbeiter-Zeitung“ Lindenstr. 25.

Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Werbergasse 1.

Elberfeld „Freie Presse“ Kleine Kloppebahn 10.

Erfurt „Thüringer Tribüne“ Gartenstr. 7.

Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Hirschengraben 17.

Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“.

Gesfemünde „Norddeutsche Volksstimme“ Schulstr. 16.

Gera „Neufische Tribüne“ Fischhorn 54.

Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Böbergasse.

Hamburg „Hamburger Echo“ Gr. Theaterstr. 44.

Hannover „Volksstimme“ Marktstr. 45.

Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Marienstr. 77.

Hiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.

Helm „Rheinische Zeitung“ Gr. Griechenmarkt 195 und Hämergasse 37.

Leipzig „Der Wähler“ Dörrienstr. 9.

Lübeck „Lübecker Volksbote“ Große Altesfähre 35/37.

Magdeburg „Volksstimme“ Schmiedehofstr. 5/6.

Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Hessische Volksstimme) Deutschhausgäßchen 1.

Mannheim „Volksstimme“ T. 8, 4. b.

München „Münchener Post“ Bindenmacherstr. 5, 1.

Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Weizenstr. 12.

Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Frankfurterstr. 36.

Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rossmaringasse 15.

Sietlin „Volks-Vote“ Krenndstr. 3.

Stuttgart „Schwäbische Tagewacht“ Furtachstr. 12.

Würzburg „Unterfränkische Volkstribüne“ Bräunerstr. 6.

Zeitz „Volksbote“ Michaeliskirchhof 5.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Berlin „Volksblatt“, Organ für die arbeitende Bevölkerung. Weuthstr. 2, S.W.

Burgkädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.

Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 16.

Cresfeld „Niederrheinische Volkstribüne“ Am Ostwall.

Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 33.

Dortmund „Westfälische Volkstribüne“ Hagen, Selbederstraße 3. Lüdenscheid, Grabenstr. 1. Unna, Klosterwall 18.

Dresden „Der Volksfreund“ Werbergasse 1.

Düsseldorf „Niederrheinische Volkstribüne“ Karlsplatz 3.

Eisenach „Eisenacher Volksblatt“ Kaffelerstr. 20.

Frankfurt a. O. „Märkische Volksstimme“ Tuchmacherstr. 73.

Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Rinsleberstr. 11.

Greiz „Rheinische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.

Hrifen „Meißner Volksfreund“, Würzen, Schrotgasse 7.

Offenburg i. B. „Volksfreund“ Weggerstr. 208.

Regensburg „Arbeiterstimme“.

Rosbach „Niederrheinische Volkszeitung“ Hopsenmarkt 19.

Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.

Würzen „Neue Würzener Zeitung“ Jakobsgasse 18.

Zwickau „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Aachen „Aachener Volksblatt“ Kleinmarschnerstr. 29.

Altenburg „Der Wähler“ Brüdergasse 2.

Saugenbielan „Der Proletarier aus dem Entengebirge“.

München-Gladbach „Arbeiterstimme“, Solingen, Kaiserstraße 29.

Nordhausen „Nordhäuser Volksblatt“ Altendorferstr. 16.

Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Thür. Waldpost) Rossmaringasse 15.

„Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rossmaringasse 25.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Apolda „Freie Presse“.

Hant „Die Nord-Wacht“ Adolfsstr. 1.

Berlin „Gazeta Robotnica“ Oranienstr. 54, Hof 1.

Braunschweig „Der Landbote“ Kannengießergasse 13.

Breslau „Volksblatt“ Weißgerbergasse 64.

Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Wallthorstr. 27.

Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Grabenberg 3.

Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Vorder-Neßgarten.

Münster „Bayrisches Wochenblatt“ Weizenstr. 12.

Zeitz „Glück auf“ Neumarkt 38.

Wihblätter.

München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4.

Erscheint alle 14 Tage.

Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtachstr. 12.

Erscheint alle 14 Tage.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44.

Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse in Deutschland.

III. Quartal 1894.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig - Rudolph „Correspondent“ für Deutschlands Buchdrucker u. Schriftgießer, Konstantinstraße 8.

Wöchentlich erscheinend.

Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Englische Straße 27, II.

„Der Bauhandwerker“ S. Urbanstr. 124, Augb. IV.

„Bildhauer-Zeitung“, Reanderstr. 3.

„Allg. Fahr-Zeitung“ Schützenstr. 58.

„Der Gastwirthsgehilfe“ Annenstr. 16.

„Neue Union“ Organ für die Interessen aller in den graphischen Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. S.W., Kommandantenstr. 12.

„Der Töpfer“ Colbergerstr. 11, part. I.

„Verbindungs-Anzeiger für Maler“ Mittenwalderstr. 24.

Bremen Deutsche „Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.

Burgkädt „Der Textilarbeiter“ Obere Marienstr. 285.

Gelsenkirchgen „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ Friedrichstr. 47.

Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“

Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13 I.

„Glück auf!“ (für Former) Hamburg - Elbe, Konventstr. 5.

„Der Grundstein“ (für Maurer) Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13 I.

„Holzarbeiter-Zeitung“ Eimsbüttel, Wisnargasse 10.

„Bruder Schmied“ Altonaerstr. 43.

„Fachzeitung für Schneider“ 2. Durchschnitt 10.

„Der Zimmerer“ Barmbeck, Feslerstr. 28 I.

Leipzig „Der Gewerkschafter“ (f. Cigarrenarbeiter) Dörrienstraße 9.

„Reform“ (für Buchdrucker) Ulrichsstraße 27-29 I.

Leipzig-Falkendih „Graphische Presse“ Schleudih.

Linden-Hannover. „Deutsche Brauer-Zeitung“, Nieschlagstraße 18.

Löbau-Dresden „Der Fachgenosse“ (für Glas-, Porzellan- und Thonwaaren-Arbeiter) Wilsdrufferstraße 50.

Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ Weizenstr. 12.

Stuttgart „Buchbinder-Zeitung“, Heusenstraße 30.

„Der Handschuhmacher“ Wöblingerstr. 4.

Zwickau „Glück auf!“ (für Bergarbeiter) Neupörschnebergerstraße 60.

Monatlich dreimal erscheinend.

Altenburg „Correspondent für Gutmacher“ Leichstr. 3.

Hamburg „Der Kupferschmied“ Hammerbrook, Heidenlampsweg 62, IV.

Literarisches.

3. Stammhammer, Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus. Jena. G. Fischer. 1893.

Der Verfasser hat in seinem Werke, wie er in der Einleitung hervorhebt, eine vollständige Bibliographie der sozialistischen und kommunistischen Literatur in allen ihren Richtungen und Verzweigungen bieten wollen und dabei auch die Flugblätter-Literatur und Zeitungen berücksichtigt. So anerkannterwerth nach manchen Richtungen hin die Arbeit ist, so ist dieselbe doch von Vollständigkeit noch außerordentlich weit entfernt. Gerade die Eigenart der sozialistischen Literatur, verboten und verfolgt, wie keine andere, mußte außer der außerordentlich großen Reichhaltigkeit des Materials die Schwierigkeiten, mit denen jede Bibliographie zu kämpfen hat, bedeutend vergrößern. Aber so berechtigt diese Entschuldigung für die auswärtige englische und französische Literatur, besonders der Pamphlete, sein mag, für die deutsche Sozialdemokratie, die trotz aller Verfolgungen nie ihre Geschichte vergessen, sie nicht gepflügt hat, ist sie nicht stichhaltig. Herr Stammhammer scheint z. B. gar nicht das Schriftchen „Nach zehn Jahren“ zu kennen, wo er Theil II Seiten 101-120 ein Verzeichniß aller der Zeitungen, Bücher, Pamphlete aufgefunden hätte, die in den ersten zehn Jahren des Sozialistengesetzes verboten worden sind. Auch die älteren Kataloge sozialistischer Buchhandlungen, wie der allgemeinen deutschen Assoziationsdruckerei zu Berlin, der Expedition des „Volksstaats“ und des Verlags von Bracke hätten manche Ausbeute ergeben! Gehen wir etwas weiter zurück, zunächst zur Internationalen. Nur ein Protokoll, das des Baseler Kongresses, ist angeführt, warum nicht die anderen? Ueber diese hätte der Verfasser schon Jäger in seinem Buch „Der moderne Sozialismus“ belehren können. Gleichfalls Schrift über die Internationale ist erwähnt, nicht die Hilmann's. Von Organen der Internationalen ist nur der „Vorbote“ genannt, es fehlen: „Das Heilsheer“, „Der Arbeiter“, „L'Egalité“, „Le Devoir“, „L'Internationale“, „De Werker“, „Booruit“ u. s. w. Ebenso schlecht ist die Bewegung in Frankreich während der 40er Jahre weggelassen, obschon hier die größte Vorarbeit von Patis gethan war. „Justice“, das Organ der sozialdemokratischen Föderation in England, ist nicht erwähnt, so wenig wie der anarchische „Commonweal“, während die Jahresdaten für die „Autonomie“, 1887-1889, statt 1886-89, falsch angegeben sind. Doch genug der Zeitungen, kommen wir zu den Büchern.

Nur einige Worte auf Gerathewohl. Gänzlich fehlt Meißner und sein Testament. Grünberg's Artikel über ihn und sein Buch in der „Revue d'économie politique“ und der „Neuen Zeit“ sind psychisch nicht gemindert, nicht dogmen Strauß, Voltaire Anhang: Der Pfarrer Meißner u. s. w. von dem Grünberg seine Artikel fast gänzlich abgeschrieben hat. Von Voßler ist nur ein Buch angeführt, ebenso von Kestij; Linguel's Théorie des lois civiles, H. Wallace Various prospects of mankind etc. 1761 fehlen u. s. f. u. s. f.

Den Beweis für unsere Behauptung, daß das Buch unvollständig ist, glauben wir damit erbracht zu haben. Andererseits aber hat der Verfasser auch Werke aufgenommen, die durchaus nichts weder mit Sozialismus noch Kommunismus zu thun haben. So finden wir z. B. im Sachregister unter: Utopien, Phantasiestaaten, Staatsromane die folgenden Schriften genannt: Bacon's Atlantis, Harrington's Oceana, Le Cousin-Jacques von Beffroy de Reigny, L'Isle inconnue, Mercier l'an 2404, Le Grand Skydromedia, Ramsay les voyages de Cyrus, Terrasson Sethos u. s. w. in denen man wohl vergeblich nach einer Spur von Sozialismus suchen dürfte. Solche Schriften können doch nur dann ein Recht auf Aufnahme haben, wenn die in ihnen geschilderte Gesellschaft auf einer sozialistischen Form des Eigenthums beruht. Was soll dann aber hier Bacon's Atlantis, das Fragment einer Reisebeschreibung? Vergeblich fragt man sich, weshalb das kleine Nachwerk L'Isle inconnue eine Stelle fand, in dem die Schicksale eines außerordentlich fruchtbaren Ehepaars und ihrer Kinder auf einer einsamen Insel geschildert werden. Dem Verfasser desselben lag jeder sozialistische Gedanke so weit ab, daß er, obschon die Heirat zwischen Geschwistern erlaubend, aufs Aengstlichste das Heiligthum des Privateigenthums unter ihnen zu errichten bemüht war.

Auch in der äusseren Anordnung müssen wir einen Mangel rügen. Der Verfasser hat bei der Aufzählung der verschiedenen Werke desselben Autors überhaupt keine Reihenfolge innegehalten, wo sich doch von selbst die historische empfiehlt. Das ist ein Mangel, der sich z. B. besonders bei St. Simon, Fourier, R. Owen u. a. bemerkbar macht.

Jede Beschreibung der Werke, selbst Angaben über Formate und Seitenzahlen fehlen, über die Prinzipien, die den Verfasser bei der Herausgabe leiteten, ist nicht Rechenschaft abgelegt. Trotz dieser Mängel und Lücken muß die Arbeit des Verfassers als eine sehr verdienstvolle bezeichnet werden. Für das Studium der Geschichte des Sozialismus wird dieselbe ein nützliches Hilfsmittel sein, dessen Existenz allein schon dazu beitragen

wird, manchen, den die ungeheure und unübersichtliche Masse des Stoffes bisher abschreckte, denselben zuzuführen. —o.

Das platte Land und die Sozialdemokratie. Von Emil Essner. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“ (Th. Glöck). Preis 20 Pf.

Die vorliegende Schrift giebt uns in gedrängter Kürze einen Abriss der Entwicklungsgeschichte der deutschen Landwirtschaft. Der Autor will den Parteigenossen ein Bild geben von der Art und Weise, wie auf dem Lande gewirtschaftet wird; er schildert, wie die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr auch in der Landwirtschaft zur Geltung gelangt, welche Folgen sie zeitigt in Rücksicht auf die Art der Bodenbearbeitung, wie sie die Lage der Bodenbauer gestaltet, der Bauern, Tagelöhner und Dienstboten; es wird gezeigt, wie die auf dem Lande herrschenden Verhältnisse entstanden sind und warum sie gerade so geworden sind, wie sie sind. Der Ton, in welchen die Darlegungen gehalten sind, ist ein völlig objektiver, die Ausdrucksweise klar, der Stil ein flüssiger. Aus jedem der fünfzehn Kapitel, aus welchen die Schrift besteht, drängt sich dem Leser die Ueberzeugung entgegen, daß der Verfasser die Verhältnisse, über die er spricht, auch kennt aus eigener Anschauung. Gegen den prinzipiellen Standpunkt des Autors ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Wir können somit das Heftchen allen Parteigenossen, vor allen denen Gelegenheit haben, bei den Landarbeitern agitatorisch thätig zu sein, nur aufs beste empfehlen. Zur direkten Landagitation freilich möchten wir es nicht verwenden wissen. Dazu ist es viel zu viel akademisch und allgemein gehalten. Die Sprache des Verfassers ist das reine Schriftdeutsch, seine Ausdrucksweise die der Sozialwissenschaft. Was man unter „raffiniertesten kapitalistischen Praktiken“, was unter „sozialer Mobilisation“ versteht, ist zwar jedem Sozialdemokraten klar, der weiß, was er vertritt, aber der Bauer weiß es nicht. Ihm so etwas erst deutlich zu machen, fordert Zeit, verschwendet wohl auch den ungeduldig werdenden Zuhörer für immer. Der Einwand ginge gegen die Form. Ich bin aber auch überzeugt, daß unsere Landagitation sich noch zu viel mit allgemeinen Erörterungen befaßt. Der Bauer urtheilt nach dem Gefühl und läßt sich von augenscheinlichen Thatsachen leiten. Mit logischen Gründen ist ihm nur in den seltensten Fällen beizukommen. Der Agitator der auf Landbewohner einer Gegend einen Einfluß gewinnen will, muß ganz genau wissen, unter welchen Verhältnissen sie leben. Diese Verhältnisse sind in verschiedenen Gegenden Deutschlands grundverschieden. Die Hauptsache ist natürlich die Gestaltung der

Alle 14 Tage erscheinend.

- Wien** „Die Wiener“, (Organ der Konditorgehilfen und verwandten Berufsgeoffenen), Adolfsstr. 95.
- Berlin** „Deutsche Bäcker-Zeitung“ Bernauerstr. 30 III und Brunnenstr. 161.
- „Der Handelsangestellte“ O., Blumenstr. 21.
- „Sattler- u. Tapezierer-Zeitung“ Invalidenstraße 145.
- „Allg. Steinseher-Zeitung“ Emdenerstr. 42.
- „Vereinsblatt der Lederarbeiter Deutschlands“ Biefenthalerstr. 15.
- Dresden** „Der Barbier und Friseur“ (für die selbständigen anläufelstetischen Meister) Pragerstr. 46.
- Frankfurt a. M.** „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung“ Buchgasse 10.
- Hamburg** „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter) Gilbel, Konventstr. 5.
- „Der Goldarbeiter“ Gilbel, Konventstr. 5.
- „Der Schiffszimmerer“ Gilbel, Konventstr. 5.
- „Gärtner-Zeitung“ Eilenstr. 16.
- „Tapezierer-Zeitung“ St. Georg, Bremerstraße 65/66.
- Jannau** „Adamas“ (für Diamantseifer). Erscheint dreisprachig in Antwerpen. Deutsche Redaktionsadresse: „Brauerei Weismantel, Schnurgasse“.
- Hannover** „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen) Klosterweg 4A.
- Heilbronn** „Müller-Zeitung“ Verlag H. Stappf.
- Stuttgart** „Die Gleichheit“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Furtbachstr. 12.
- Wiesbaden** „Der Glaser“ Selenstr. 26.

Monatlich einmal erscheinend.

- Berlin** „Correspondenzblatt“ (für Geschäftsbdiener, Packer) Neue Grünstr. 10 I.
- „Correspondenzblatt“ (Vergolder-Verbandsorgan) Straßburgerstr. 69.
- „Der Bureau-Angestellte“, Treßdorfstr. 16.
- „Der Kürschner“ Brunnenstr. 164.
- Hamburg** „Der Holzarbeiter“ Gilbel, Konventstr. 5.
- „Der Rundschaffter“ (für Barbiergehilfen) Gr. Reichenstr. 62.

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir je zu Beginn des Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abdrück- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns behufs Vormerkung mitteilen zu wollen.

Berlin SW., Rahbachtstraße 9, I.

Der Parteivorstand.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Bohmeyer. Sitzung vom 3. Juli.

Gegen die Klagen zweier Ausreicher auf Auszahlung von imbehaltenem Lohn im Betrage von 18 M. und 23,50 M. wandte der Malermeister Ritter ein, er sei deshalb zu den Abzügen berechtigt gewesen, weil sich die Kläger einen Handwagen hätten entwendet lassen, wofür er sie verantwortlich gemacht habe. Die Kläger behaupteten dagegen, an diesem Verlust keine Schuld zu tragen; wenn sie auf den Wagen fortwährend hätten aufpassen sollen, so würden sie nicht haben arbeiten können. Der Beklagte wurde verurteilt. Grund: Nach dem Gesetz vom 21. Juni 1869, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Diensthobues, dürfe verdienter Lohn erst mit Beschlag belegt werden, wenn der Tag verstrichen ist, wo der Lohn fällig wurde, ohne daß der Arbeitnehmer ihn abhob.

Entschädigungs-Forderungen auf Grund der Einbehaltung des Krankenbuchs seien keine Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis und für sie das Gewerbegericht nicht zuständig. So hat das Gewerbegericht häufig entschieden, nach-

Beziehungsverhältnisse. Soweit Franken wohnen, gilt die Freiheit, während in anderen Strichen oft hundert Jahre verfließen, ehe beim Besitz eines Mittel- oder Kleinbauers ein Beet zu oder weglam. Die Kenntnis der älteren und älteren deutschen Agrargeschichten ist gleichfalls notwendig, sehr gut läßt sich auch manches Kulturgeschichtliche verwenden, und Bezeichnendes aus Sage, Tracht und Dialekt. In dieser Beziehung aber hapert es bei uns noch in vielen, vielen Stücken. Und fehlt das Material, und das muß geschafft werden, aber kurz oder lang. Ein einzelner kann das nicht schaffen und auch nicht einzeln.

Es fehlt uns heute der Raum, auf die Sache näher einzugehen, wir behalten uns aber vor, unsere Anschauungen später einmal, wenn auch vielleicht an anderer Stelle, weiter zu entwickeln und zu begründen.

Die soziale Lage und die Bildung der Handlungsgehilfen von Friedrich Goldschmidt, Verlag von Julius Springer, Berlin 1894.

Den freisinnigen Parteiführern ist allmählich doch klar geworden, daß die organisierte Arbeiterschaft einigartig mit ihnen gebrochen hat; nun auch das Kleinbürgertum rabinat wird und theils unter die Antisemiten, theils unter die Sozialdemokraten geht, heißt es retten, was noch zu retten ist, und den bisher so schände gemischten Handlungsgehilfen wird die Ehre diverser Bepfropfungen, theils ernsthafter, theils grotesker Art zu Theil. Zu den letzteren gehört unstreitig die vorliegende Broschüre des früheren freisinnigen Abgeordneten. Nachdem er die Nothlage der Handlungsgehilfen nach den verschiedensten Richtungen hin zugegeben, warnt er sie mit den eindringlichsten Worten vor dem ihnen, wie er selbst sagt, so nahe liegenden Anschluß an die Sozialdemokratie, da durch die Einbeziehung in die für die Arbeiter ergangenen sozialpolitischen Gesetze ihnen absolut nicht geholfen werden könne, denn — die Verhältnisse der jungen Kaufleute und der Arbeiter sind durchaus verschiedene. Nach dieser Nebewendung von wirklich erschütternder Beweiskraft giebt dann Herr Goldschmidt zum Besten, woraus seiner Meinung nach die Nothlage der Handlungsgehilfen resultiert, und thut so, als ob er eine neue Entdeckung gemacht hat, indem er den Satz ausspricht: „Dieses Unglück (der Handlungsgehilfen) hat seine Quelle in der Stellenlosigkeit.“ Kein Mensch wird die Richtigkeit dieses Satzes bestreiten, aber woraus resultiert denn der Nothstand der Arbeiter? Etwa nicht aus der chronisch gewordenen Stellenlosigkeit, nicht aus dem Ueberangebot von Arbeitskräften gegenüber der Nachfrage nach denselben? Aber das darf Herr Goldschmidt nicht zugeben. Wo bliebe denn sonst die Verschiedenheit der Verhältnisse! Und so appellirt er denn an den leider noch tief eingewurzelten Standesdünkel der meisten Handlungsgehilfen und durch den folgenden Satz

dem es anfangs eine andere Praxis übte. Nach einem kurz vor Pfingsten gefällten Urtheil schien es, als sollte denen, die solche Forderungen haben, die Fortsetzung des Gewerbegerichts wieder geöffnet werden. Diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Das Gericht hat seitdem wiederholt ausgesprochen, daß es für die Entscheidung der erwähnten Forderungen unzuständig sei. Der Arbeiter L., dem das Krankenbuchs von dem Maurermeister Graband nach der Entlassung mehrere Tage vorenthalten worden war, und der deshalb während dieser Zeit keine neue Arbeit bekommen hatte, glaubte, daß ihm das Gewerbegericht auf seinen Antrag 49 Mark als Entschädigung zubilligen würde. Er wurde jedoch abgewiesen. Das ist auch diesmal mit der Unzuständigkeit des Gerichts begründet. Sie soll besonders daraus hervorgehen, daß der § 8 des Gewerbegerichts-Gesetzes, der die von den Gewerbegerichten abzuhandelnden Streitigkeiten aufzählt, solche wie die vorliegende nicht erwähnt. Betont wurde in der Begründung auch, die Vorenthaltung des Buches sei ein Akt, der zeitlich erst nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfolge, er habe also auch in dieser Hinsicht mit dem Arbeitsverhältnis an sich nichts zu thun. Wenn der Kläger durch die nicht rechtzeitige Uebergabe des Krankenbuchs wirklich geschädigt wurde, gehöre der hieraus erwachsende Anspruch als zivilrechtlicher vor das Amtsgericht.

Kammer I. Vorsitzender: Assessor Tschow. Sitzung vom 4. Juli.

Unter folgender Begründung klagt der Schneider H. gegen den Schneidermeister Boges auf Zahlung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung. Er sei auf eine Annonce hin am 14. Juni Morgens 1/7 Uhr zum Beklagten gekommen und von diesem angenommen worden. Er habe darauf dem Meister gesagt, daß er noch etwas zu besorgen hätte, nach dessen Erledigung aber kommen würde, um die Arbeit anzutreten. Zur Sicherung seines Wiederkommens hätte er seine Scheere beim Beklagten zurückgelassen. Dieser sei mit allem einverstanden gewesen. Als Kläger aber etwa um 8 Uhr erschienen sei, wäre er nicht eingestiegen worden. Der Beklagte führt aus, Kläger habe gleich wiederkommen wollen; als er sich aber nach einer Stunde noch nicht eingefunden hätte, habe er einen anderen Schneider engagirt. Auf Befragen erklärt der Beklagte, ohne daß Kläger dies bestreitet, dieser habe ihm, als er sich das erste mal einfinden, seine Papiere nicht überreicht und auch seinen Namen nicht hinterlassen. Der Gerichtshof stütze hierauf sein Urtheil. — Kläger wurde abgewiesen —, indem der Gerichtshof annahm, das Arbeitsverhältnis sei noch nicht zu Stande gekommen gewesen. Und wenn es zu Stande gekommen wäre, führte der Vorliegende aus, so hätte sich Kläger das Arbeitsverhältnis dadurch verschert, daß er sich erst 1 1/2 Stunden nach dem Auftragen wieder beim Beklagten meldete.

Der Steuerfiskus und die Trinkgelber. Trinkgelber sind an und für sich freiwillig geleistete Zuwendungen, die ein nach § 15 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 steuerpflichtiges Einkommen, wie Lohn- oder Arbeitsverdienst der Gewerbetheiligen und Dienstboten, nicht hervorbringen, die auch nicht aus Rechten aus periodische Forderungen oder Vorteile irgend welcher Art entspringen. Dennoch ist, wie früher in der Verwaltungspraxis, so neuerdings auf Grund der bezüglichen, den früheren Nichtzustand beibehaltenden Bestimmungen in § 15 vom Oberverwaltungsgericht anerkannt, daß im gewerblichen und Verkehrs-Leben sich Gewohnheiten entwickelt haben, die es gestatten, Trinkgelber als Verdienst der Beteiligten anzusehen und demgemäß als steuerpflichtiges Einkommen im Sinne des § 15 zu behandeln. Diese Auffassung ist aber zugleich an die Voraussetzung gebunden, daß die Beteiligten auf die Trinkgelber neben dem Lohn oder sonst demselben angewiesen sind, mag dies ausdrücklich bei Entstehung des Lohnvertrages zwischen dem Dienstherrn und dem Dienstnehmer ausgemacht oder dem Personem entsprechend beiderseits so verstanden sein. Demnach sind die den Werdebahnkassieren von den Fahrgästen zufließenden Trinkgelber als steuerpflichtiges Einkommen nicht anzusehen. Die Werdebahnkassierer sind, wie notorisch, auf Trinkgelber nicht angewiesen, wie z. B. auch nicht die Dienstboten in Privathäusern.

Ein trauriges Ereignis unterlag vorgestern mit Beziehung auf das Verbrechen der Beurteilung der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Die Arbeiter-Gesfrau J. D. Demmler sollte durch Fahrlässigkeit den Tod ihres eigenen, acht Wochen alten Kindes verursacht haben. Am Nachmittage des 16. April fuhr die Angeklagte ihr Kind in der Blücherstraße in einem Kinderwagen. Sie traf eine Bekannte, die in einem Laden Einkäufe machen wollte und die sie auf ihre Bitte bis zu dem Geschäfte begleitete. Hier angelangt, begab sich die Freundin der Angeklagten in den Laden, während das achtjährige Töchterchen der Ersteren bei der Frau Demmler und dem Kinderwagen blieb. Als es der Angeklagten zu lange

wird im Nu die Stellenlosigkeit der Handlungsgehilfen zu einem ungleich mystischeren Dinge umgestempelt, als es die der Arbeiter ist. Er schreibt: „Nag diese Stellenlosigkeit bei tausenden von Handlungsgehilfen bedingt sein durch die Geschäftsverhältnisse im allgemeinen, den bei weitem größten Antheil an derselben hat der Mangel an kaufmännischer Bildung in den genannten Kreisen.“ Das also ist für Herrn Goldschmidt seiner Weisheit letzter Schluss. Unfähig, sie zu begreifen, steht er der Thatsache gegenüber, daß durch die Ausbreitung der Frauenarbeit und ihre geradezu frivol geringe Bezahlung jedes Jahr eine größere Zahl Handlungsgehilfen auf's Pfaster steigt. Er hat keine Ahnung von der Anzahl Geschäfte, die überhaupt nur mit Lehrlingen arbeiten, und dieselben nach gehäbrer Ausnutzung ihrer Arbeitskraft für einen Hundelohn mit unfehlbarer Sicherheit vor die Thür setzen. Er hat keine Ahnung, daß die Hauptursache der Stellenlosigkeit die Arbeitszeit von in der Regel 14—16 Stunden ist, daß ein Maximal-Arbeitsstag von 10 Stunden dem größten Theil der Stellenlosen ein Unterkommen verschaffen würde. Herr Goldschmidt verhält uns auch nicht, wo der Gehilfe die Zeit zu seiner Fortbildung hernehmen soll, nachdem er ca. 14—16 Stunden täglich seinem Brotherrn Frohndienste geleistet hat, sagt er doch selbst, daß von dem guten Willen der Gehelfe bisher nichts erreicht worden ist. Um Herrn Goldschmidt ganz zu verstehen, muß man wissen, was seiner Meinung nach ein jeder Handlungsgehilfe an kaufmännischer Bildung beherrschen muß. Da steht unter anderem: Die Revisen- und Effektenrechnung nach den Lancen der verschiedenen Wärfenpläne; die Arbitrage- und Paritätenrechnung, Erklärung der Konvertierungen von Anleihen u. s. w. So etwas mag wohl für einen Brauereidirektor erforderlich sein, für die große Mehrzahl der Handlungsgehilfen ist es ein unnützer Ballast. Sie müßten denn den Beruf eines Handlungsgehilfen mit dem eines Dividendenschluders glückselig zu vereinigen wissen. Letzteres nicht zu verstehen, ist jedoch entschieden auch ein Mangel an kaufmännischer Bildung. Nicht wahr, Herr Goldschmidt?

Dr. Paul Ernst, Die gesellschaftliche Reproduktion des Kapitals bei gesteigerter Produktivität der Arbeit. Berlin. F. Harnisch u. Co.

Der Verfasser beschäftigt sich in dieser Schrift mit der Untersuchung, wie die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit auf das Loos der arbeitenden Klasse wirkt, mit anderen Worten, welche Veränderungen bei der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals an den vier Bestandtheilen des Arbeitsproduktes: reproduzirtes Verth des verschliffenen Theiles des fixen konstanten Kapitals, erhaltener Verth des zirkulirenden konstanten Kapitals, reproduzirtes variables Kapital, neuproduzirtes Mehrwerth, statt-

dauerte, überließ sie für wenige Augenblicke den Wagen der Aufsicht des kleinen Mädchens, während sie sich an die Leberthür begab und ihrer Freundin zurief, sie möge sich beeilen. Als sie dann ihre Blicke wieder dem Kinderwagen zuwandte, wurde ihr ein entsetzlicher Anblick. Der Wagen war, entweder von selbst oder durch einen Anstoß des stöhrenden Kindes, ins Rollen und vom Bürgersteig heruntergerathen. Er war gerade zwischen Vorder- und Hinterbeine eines Pferdes gerollt, das Thier war schon geworden und von dem stützigen Laum zu hängen, es machte heftige Bewegungen mit den Hufen, um das Hinderniß zu beseitigen, ein Schlag traf den Kopf des Kindes und erschütterte ihn. Die unglückliche Angestellte machte noch vor Gericht den Eindruck einer Verzweifelten. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, da man der Angeklagten eine Fahrlässigkeit nicht nachzuweisen vermöge. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage.

Auskauflich verurtheilt wegen Diebstahls war f. J. der Arbeiter Friedrich Wilhelm Adolf Hartwig vom Charlottenburger Schöffengericht. Auf einen Monat Gefängniß lautete das Urtheil. Am 4. Januar d. J. befand sich Hartwig mit dem Arbeiter Dietrich auf einer Bierreise in Charlottenburg. Als Beide durch die Wilmersdorferstraße gingen, ließ Dietrich den Gefährten vorausgehen und stahl hinter dem Rücken desselben eine Gans von der Leberthür des Kaufmanns Sydow. Dieser hatte den Diebstahl wahrgenommen. Er verfolgte mit seinem Verkäufer den Dieb, der nun die gestohlene Gans über einen Zaun warf und entfloh. Sydow, welcher den Dieb und den p. Hartwig auf der Straße besammten sah, hielt den Hartwig fest und ließ ihn arretiren, während der andere entfloh. Der letztere war bisher nicht zu ermitteln gewesen. Aus den Zeitungen hatte Dietrich von der Verurtheilung des Hartwig Kenntnis erhalten, und im gestrigen Termin vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II erschien nun Dietrich als Entlastungszeuge für den p. Hartwig, der von Anbeginn den Diebstahl in Abrede gestellt und gegen das schöffengerichtliche Urtheil Berufung eingelegt hatte. Dietrich bezichtigte sich selbst jenes Diebstahls; und demgemäß erachtete die Strafkammer Hartwig für nicht-schuldig. Unter Aufhebung des ersten Urtheils erkannte die Strafkammer auf Freisprechung des Hartwig.

Der Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Paul Bismark, war vom Landgericht Frankfurt bei der drakonischen Strafe von 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil in dem Blatt ohne sein Wissen die später für unrichtig erkannte Nachricht gebracht war, daß ein Pastor sich in dem Augenblick erschossen hatte, als er verhaftet werden sollte. Auf eingelegte Revision hob das Reichsgericht am Donnerstag das Urtheil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Auf die vom Verteidiger beantragte Freisprechung erkannte das Reichsgericht nicht, weil noch zu prüfen sei, ob der Angeklagte sich nicht eines fahrlässigen Preßvergehens nach § 21 des Preßgesetzes schuldig gemacht habe.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hörte in seiner am 5. d. M. stattgehabten Versammlung einen Vortrag des Parteigenossen H. o s s m a n n über Agrarpolitik, worin er die ländlichen Verhältnisse und die Landagitation behandelte und der Gegensatz zwischen Geldwirtschaft und Naturalproduktion veranschaulicht war. Die Agrarfrage wurde in der folgenden Diskussion von H e r g h t und T e u f f e r t weiter behandelt. Die von den Bezirksleitern zu Abtheilungsführern in Vorschlag gebrachten Parteigenossen Krüger, W a t t e, B u h g e und S ö h n e wurden widerspruchslos befähigt. Nachdem H e r g h t das Verfahren einiger Gastwirthe gekennzeichnet hatte, ersuchte D r e s c h e r, da während des Sommers nur wenige Versammlungen stattfinden würden, diese jährlich zu besuchen und den Bierdaylott konsequent durchzuführen.

Die Brauerei-Arbeiter hatten am 5. Juli in der „Koncordia“ eine öffentliche Versammlung, worin zunächst W a l d u n n Frank die Mittheilung machte über die vor dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts über die Aufhebung des Bierbockotts geflozogenen Verhandlungen. O l p e r t ergänzte diese Mittheilungen, indem er ausführlicher auf die über den Arbeitsnachweis der Brauerei-Arbeiter von den Herren H a p p o l d t und R ö s i c h e gemachten Aeußerungen einging. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung sah die Versammlung von der Diskussion ab und erklärte in einer einstimmig angenommenen Resolution das Vorgehen der Kommission, die mit den Brauereibesitzern verhandelt hat, für gerecht, sprach ihr volle Anerkennung aus und verpflichtete sich, mit aller Schärfe für die weitere Durchführung des Bockotts einzutreten. S c h n e i d e r legte hierauf der Versammlung den von der früher gewählten Kommission aus-

finden. Je nachdem nun die Reproduktion eine einfache oder erweiterte, die Produktivität der Arbeit konstant bleibt oder sich steigert, sind vier Fälle zu unterscheiden, die der Verfasser in eben so vielen Abschnitten behandelt. Um größere Anschaulichkeit zu erreichen (Seite 88), bedient er sich in großer Ausdehnung einer schematischen Darstellung. Ein Blick aber auf die Schemata von Seite 25 und 40 zeigt, daß er gerade das Gegentheil von Anschaulichkeit erreicht hat. Zum Theil ist der Verfasser selbst daran schuld. Im ganzen Buch winnelt es er allerdings selbst daran schuld. Im ganzen Buch winnelt es von unzähligen, gänzlich überflüssigen Klammern, besonders im Schema auf Seite 26. Hier führt der Verfasser auch für zwei Summenausdrücke, $2(x + y + 1)$ und $2(x + u + 1)$ die einfachen a bez. β ein; warum dies nicht gleich auf Seite 23. Verkehrt ist es aber in der Rechnung des II. Abschnittes den Faktor $1/2$, der durchaus zu m gehört, zu dem Bruchfaktor von m zu ziehen. Das ganze Bild der Rechnung wird dadurch unklar und verhaschen. Gleichfalls unrichtig ist es, daß v und m je in ihrer Sphäre = 1 gesetzt werden. Solange beide Sphären vollständig getrennt bleiben, würde die Gleichsetzung unschädlich sein, sobald aber wie auf Seite 25 Ausdrücke, in denen sowohl v I, m I, wie v II, m II vorkommen, in einer Gleichung vereinigt werden, folgt, daß $v I = v II = m I = m II$ ist, was durchaus nicht der Fall. Größere Klarheit würden die Schemata noch dadurch erhalten, wenn die sich entsprechenden Größen in den beiden Sphären statt durch verschiedene Buchstaben durch gleiche Buchstaben mit verschiedenem Index bezeichnet worden wären, also dem X bez. X₁ in Sphäre I nicht ein Z in Sphäre II, sondern ein X₁ bez. X₂ entsprechen hätte.

Ausführlicher auf die Schemata des Verfassers und die Art und Weise, wie er dieselben gewinnt, einzugehen, ist uns an dieser Stelle nicht möglich. Ueber den Theil derselben spricht der Verfasser selbst das Urtheil, wenn er auf Seite 41 bemerkt: „Wir haben in der Untersuchung theils willkürliche, theils unbestimmte Größen angenommen und wollen nun beurtheilen, wie zwei aus verschiedenen willkürlichen Annahmen resultirende Werthe sich verhalten.“ Da dies natürlich nicht möglich ist, muß ein anderer Weg der Untersuchung eingeschlagen werden, die ganze bisher ausgegebene geistige Arbeit stellt sich also als vergeblich heraus — und dies 6 Seiten vor dem Ende des Buches! —

Die Arbeitseinstellung. Erzählung aus dem Volksleben von J. B. M u c h i, Breslau. Max Boywob's Volks- und Jugend-Bibliothek. Band 4. Preis 60 Pf.

Von der vor einigen Jahren mit so vielen Häftbenedern, Frommen und Weisen angeklügelt Schul- und Unterrichtsreform ist es schon seit langem wieder so still geworden, wie im Ochwald am Mittage. Wir glauben, nicht einmal Herr

Jede Uhr 5486*
 zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pfg. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 Mk. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 Mk. an, do. 10 Steine, von 16 Mk. an, goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat Gold v. 24 Mk. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen.
E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 62. Chausseestr. 78.
 Uhrmacher.

Herren-Garderobe
 aller Art
 mit nebenstehender Kontroll-Marke
 führt das
Konfektionshaus Solidarität
 Oranien-Strasse Nr. 173, zwischen Oranien-Platz und Adalbert-Strasse.
 Die Kontroll-Kommission deutscher Schneider und Schneiderinnen.
 Sitz Berlin.

„Confectionshaus SOLIDARITÄT“
 zwischen Oranienplatz und Adalbertstraße. Oranienstr. 173
 zwischen Oranienplatz und Adalbertstraße.
 Grosses Lager aller Arten
Herren- und Knaben-Garderobe.
 Anfertigung nach Maass.
 Eigene Betriebswerkstätten
 errichtet nach den Grundsätzen der beteiligten Arbeiterschaft.
 Reelle Bedienung — Feste Preise. 882L*
 Die in eigener Fabrik — Oranienstr. 173 — hergestellten Waaren erhalten die gesetzlich geschützte Kontrollmarke.
 Fahrgeld wird vergütet.

Möbeltischlerei und Lager
 von 323L*
A. Schulz, Tischlermeister,
 5 Reichenberger-Strasse 5,
 gegründet 1878.
 empfiehlt sein enorm großes Lager in Mahagoni- u. Nussbaum-Möbel, sowie Polsterwaaren eig. Fabrik, zu billigen Preisen. Garantie für dauerh. Arbeit.

Damen- und Kinderhüte,
 sowie Hüden, Spitzen, Federn, Schürzen, Schuhkragen, Chemisets, Kragen, Mandchetten u. s. w. empfiehlt zu billigsten Preisen. 892L*
Th. Sabor, Oranienstr. 204,
 zwischen Heinrichsplatz u. Mantuffelstraße.

Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in der eigenen Niederlage
Bellealliancestraße 98/99
 in vorzüglicher Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 925L*
 Deutsche Schuhfabrik. G. Markus & Co.

Wir sind aus dem Verein der Brauereien von Berlin und Umgegend ausgetreten.
 Pichelsdorf, den 30. Juni 1894.
Radeberger Exportbier-Brauerei
 Besitzerin der Brauerei Pichelsdorf.
 1595b

Marken z. quittieren von
Partei-Beiträgen
 empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken und Kautschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Schkenditz-Feipzig.**
 Preisliste gratis und franco.

Jede Uhr
 reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1,50 Mk., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer u. gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren u. Wecker etc. Alle Arten Ketten, sowie Brillen und Binoculare. 5885L*
Carl Lux, 34. Chausseestr. 34.
 Bitte genau auf No. 34 zu achten.

Cohn's Hosensabrik,
 als billigste Quelle Berlins bekannt für Herren- und einzelne Kinderhosen befindet sich jetzt (80018*)
Pallisadenstr. 5, part.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin
 Neue Friedrich-Strasse 9.
 Strong reelle Bedienung.
 Creditgewährung!
 nach Uebereinkunft!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Nur Hüte mit Arbeiter-Kontroll-Marke führt Genosse **O. Gerholdt**
 Trebenstr. 2 (am Kottbuser Platz).
 Nonholton in Sonn- u. Regenschirmen. Größtes Lager.

Schuhe und Stiefel mit Kontroll-Marke.
 Allen Freunden u. Genossen empfehle mein Schuh- und Stiefel-Geschäft. Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln zu den billigsten Preisen. 5465L*
L. Zaake,
 Küstriner-Platz Nr. 8.

!Roh-Tabak!
 Sämtl. in- und ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
 Brunnenstrasse 185.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
 Lehrplan für das Sommerhalbjahr 1894.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule Waldemarstr. 14.
Montag	Nationalökonomie.	Nationalökonomie.
Dienstag	Volksthümliche Medizin.	Volksthümliche Medizin.
Mittwoch	Gefeheskunde (Spez. Arbeiterrecht).	Gefeheskunde (Spez. Arbeiterrecht).
Donnerstag	Geschichte (neuer).	Geschichte (ältere).
Freitag	Deutsch (Logik u. Rhetorik).	Deutsch (Logik u. Rhetorik).
Sonn- u. 4. im Monat	Naturerkenntnis.	Naturerkenntnis.
abend 1. u. 3. im Monat	Diskurs-Übungen.	Diskurs-Übungen.

Der Unterricht wird des Abends von 6¹/₂ bis 10¹/₂ Uhr erteilt.
 In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen **große Versammlungen** abgehalten, in welchen wissenschaftliche **Thematika** in volksverständlicher Weise behandelt werden.
 Die Teilnahme an dem Unterricht steht Jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.
 Für sämtliche Lehrfächer werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer, (Damen und Herren) aufgenommen.
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonntags-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist.
 Die Zahlstellen sind folgende:

S.	C.
Schöning, Stallschreiberstr. 29.	Droscher, Linienstr. 50.
SO. Südostschule, Waldemarstr. 14. Schulz, Admiralstr. 40a.	Wernau, Rosenstr. 30.
SW. Grube, Mariendorferstr. 10. Windhorst, Junkerstr. 1.	N. Nordschule, Müllerstr. 179a. Gnaat, Spinnmünderstr. 120. Kleinert, Müllerstr. 174.
O. Tempel, Langestr. 65.	NO. Mamlock, Barnimstr. 42.
	NW. Vogtherr, Stephanstr. 27a.

50/1 Die Bibliothek ist allabendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
 Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
 Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). 5885L*

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
 Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, D. pt., gegenüber. Andreaskol
 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber. Humboldtshain
 Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Master-
 stattet 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Sussmann's Stoff-Soeke, ohne Fußnaht (geschl. gesch.).
 Wichtig für Arbeiter und Handwerker!
 Bereits eingeführt bei mehreren hiesigen Garde-Regimentern und mehreren Linienregimentern. Dieselbe trägt sich bedeutend angenehmer, ist haltbarer und dauerhafter als Strümpfe oder Fußlappen. Der Preis beträgt pro Paar 30 Pf. Zu haben in allen Posamentier- und Wollwaaren-Geschäften. 1540b

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
 Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Franz Tutzauer, Köpnickstr. 25.
Echt Stonsdorfer Likör 878M
 4 Liter 1,20, 5 Liter 1,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—.
Eugen Neumann & Co.,
 6a. Belle-Allianceplatz 6a 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

Bereinszim. (großes) Simeonstr. 23. Kein Ringbier! Flick.
Friedrichshagen.
Restaurant „Waldkater“
 Köpnickstr. 37, 2 Min. vom Bahnhof, mitten im Walde gelegen, 2000 Personen fassend. Kaffeeküche, 4 Regelmäßigkeiten aller Art. Borzügliche Speisen und Getränke. Hält sich Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Frei-Konzerte finden regelmäßig jeden Sonntag, Dienstag und Freitag statt. Ausschank von vorzüglichem Lagerbier der Brauerei „Müggelschloß“ Friedrichshagen.
 H. Koslowsky.

Weißbier!
 Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefert ich mein Versand-Weißbier in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 1/2 oder 25 1/2 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluss, ohne Pfandberechnung.
 Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
 Schöneberg, 214L*
 Gedankstraße Nr. 73-75 und 82.
 Berliner Weissbier-Brauerei.

Schweizer Garten.
 Am Friedrichshain. Am Königsthor.
 Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Volksbelustigungen aller Art.
 Im neu parquettierten Saale: } Täglich: **Gr. Ball.**
 Von 5-7¹/₂ Uhr: Freier Damentanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet.
 Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Treptow. Kämpel's Parkschloß.
 Köpnick Landstraße.
Größter Garten Treptow's. — Festaal für 1000 Personen.
 11 Regelmäßigkeiten, Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art.
 Platz für 8000 Pers. Borzügl. Bairisch-Bier 1/2, Str. 15 Pf.
 Zu Sommerfesten ganz besonders geeignet. 153L.